

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsort: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. Dezember 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsort: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Interflon-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatliche Kolonellehre oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berichtsblätter 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (letztgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Feiertagen und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Wochenschrift 2,50 M., monatlich 1,10 M., wochenschriftlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

#### Sachen rechts.

Die trostlos verflüchtenden Reichstags-Debatten über den Etat gewannen heute durch das Eingreifen der Sozialdemokratie frisches Leben. Allerdings wurde der Versuch, dem deutschen Parlamentarismus und geistige Bedeutung zu geben, alsbald wieder durch eine ausführliche Plauderei des Reichskanzlers abgewehrt, der die Verhandlungen alsbald auf den Stand einer Teinunterhaltung im Kreise allzu anspruchsvoller besserer Leute zurück brachte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Reichskanzler dem Hause mit, was schon bekannt war, daß die Handelsverträge erst nach Weihnachten vorgelegt würden, da man inzwischen hoffe, auch mit Oesterreich-Ungarn handelsweis zu werden.

Die Tagesdebatte eröffnete heute der Reichs-Schatzsekretär Freiherr v. Stengel, um vor allem dem Gedanken entgegenzutreten, die zerstückelten Reichsfinanzen durch Erhöhung der Matrularbeiträge verbessern zu wollen. Herr v. Stengel wünscht also Steuern auf die Volksmassen. Der neue Reichs-Schatzsekretär ist ja auch dazu in sein Amt gesetzt worden, um als sorglicher Hausvater für die Steuerinteressen der Einzelstaaten zu wirken und ihre wachsende Aufsehnung gegen die Vergeudungswirtschaft des Reiches zu beschwichtigen. Herr v. Stengel ist der eigentliche Minister gegen Matrularbeiträge, und man kann daher begreifen, daß er den Kampf gegen die Erhöhung der direkten Steuern in den Einzelstaaten sogar mit einer gewissen temperamentvollen Leidenschaft führt.

Graf v. Stolberg-Bernigerode, der konservative Redner, ergriff wohl nur das Wort, um die traditionelle Verbeugung vor den Ruffen zu machen.

Erst Genosse v. Solimar fand dann die Aufmerksamkeit des Hauses. Er hatte im wesentlichen auf die Willovsche Rede zu antworten und er war offenbar außerordentlich bemüht, durch die Kritik der kanzlerischen Richtlinien den verantwortlichen Minister des Deutschen Reiches zum mindesten für die Ansprüche eines zivilisierten Staatswesens ein wenig zu erziehen. Er führte alle Aeusserungen der Parteien über die Finanzlage dahin zusammen, daß nun wiederum die ärmeren Volksklassen durch neue Steuern getroffen werden würden. Nachdem Solimar die volle Verantwortlichkeit des Zentrums für die Finanzmissere gekennzeichnet hatte, wendete er die besonders unzeitigste neue Militärvorlage durch den Hinweis, daß man heute, wo Rußland militärisch zusammengebrochen sei und wo in Frankreich, dank den Bemühungen unserer Parteigenossen, die chauvinistische Strömung nachvollständig eingedämmt sei, mit der beherrschten Jweifronten-Theorie, mit der alle Militärvorlagen bisher begründet wurden, nichts machen könne. Hierauf wendete sich die Rede dem Grafen Wilow zu. Unter Hinweis auf Aeusserungen englischer konservativer Organe führte Solimar dem Kanzler zu Gemüte, daß es in keinem konstitutionellen Staate der Welt möglich sein würde, daß ein verantwortlicher Minister derartige Reden gegen die stärkste Partei des Parlaments hielte. Der Kanzler läuschte sich aber über die Wirkung seiner Worte auf die eigenen Freunde. Die wollten einen starken Mann ohne Hirn und mit Herden, die wählten Taten und denen sei mit den schönen Worten gar nichts gebietet. Graf Wilow möge, indem er die gewaltige Bewegung der Sozialdemokratie nur mit Späßen über Kleinigkeiten und Neugierigkeiten angreift, vielleicht ein brauchbarer Diplomat sein, aber ein Staatsmann sei er nicht. Mit scharfen Angriffen ging unser Redner auf die Russifizierungspolitik des heutigen Kurses ein, in der es gerade der Sozialdemokratie vorbehalten sei, die nationale Würde zu wahren. Auch auf den Königsberger Prozeß kam Solimar zurück. Starke Eindruck tiefen seine Schlusswendungen hervor, in denen er mit messerscharfer Ironie den Despeschenwechsel zwischen dem Präsidenten von Amerika und dem deutschen Oberhaupt auf seine demokratisch-republikanischen Folgerungen unterwarf.

Graf Wilow hat offenbar den Auftrag, keine sozialdemokratische Rede unbeanwortet zu lassen, und so erhob er sich sofort zur Gegengewehr. Auf Argumente ließ er sich nicht ein. Es kam ihm nicht darauf an, irgend welche Widerlegung zu versuchen, sondern er wußte durch seine späßhaften Anmerkungen das Laichen des Hauses zu erwecken. Dies ist ihm dann auch überraschend gut gelungen. Die Redte des Hauses johlte stellenweise bei jedem Wort mit fast militärischer Regenschall. Graf Wilow hatte sich darauf eingerichtet, allen Angriffen unseres Redners durch Scherze über Revisionismus und Radikalismus zu begegnen. Seine Schmäde hatten ihm so oft versichert, Genosse Solimar sei der maßvolle und Genosse Debel der rabiate Parteigenosse, daß er sicher war, mit der Konstatierung dieses Gegenstandes das Feld zu behaupten. Nun folgte es allerdings das Kanzlerloch, daß Genosse Solimar entsprechend der früheren Rede Wilow's gezwungen war, sachlich und formell die Schärfe unseres ersten Staatsredners zu steigern. Dem Grafen Wilow aber blieb nichts anderes übrig, als nach dem präparierten Rezept zu arbeiten und erreichte so die zwar nicht durch sofortiges Gelächter ausgelöste aber um so dauerhafter währende komische Wirkung, daß er unseren Redner, der seine staatsmännischen Talente erdarmungslos geschönt hatte, nun für einen vorzüglichen, gemäßigten, verhandlungsfähigen Sozialdemokraten erklärte, der leider nur nicht genügend Einfluß habe, um sich von dem Joch der Stabilitäten zu befreien. Allerdings war es Wilow gnädig erspart, unseren Redner und damit den unheimlichen Humor seiner eigenen Lage zu verfluchen. Solimar hatte sich nicht darüber wesentlich aufgehalten, daß der Reichskanzler unsere Partei groß angriffe, sondern er hatte vielmehr darüber gesprochen, daß es keinem Staatsmann der Welt erlaubt sei, außerhalb Deutschlands, eine weltgeschichtliche Bewegung, wie sie der Sozialismus darstellt, mit so flachen Bispositigkeiten abzutun. Solimar hatte lediglich der in der Sozialdemokratie allgemein verbreiteten Sehnsucht Ausdruck verliehen, mit einem wirklichem Wegner geistige Waffen zu

kreuzen. Man sagt, daß die deutsche Sprache eine grobe Sprache sei. Neuerdings scheint sich dies geändert zu haben. Die so höfliche französische Sprache hat viel kräftigere Worte für das Wesen unserer heutigen verantwortlichen Politik, als die deutsche. Was man in der deutschen bürgerlichen Presse für „Geist“ erklärt, was man als diplomatische Geschicklichkeit oder Schlagfertigkeit bewundert, das bezeichnet das bürgerliche Hauptorgan Belgiens, die „Indépendance Belge“, dieser Tage in der Weise, daß es in bezug auf die letzte Rede des Grafen Wilow meinte, der deutsche Reichskanzler verwerte die Sozialdemokratie doch Argumente, die „assez pueros“ seien. Verdeutschung läßt sich das nicht, ohne dem Reichskanzler wieder Anlaß zu geben über den rohen Ton der — Sozialdemokratie zu schelten.

Man konnte aber heute in das tiefste Seelenleben unseres verantwortlichen Ministers blicken. Er hatte anfangs ungefähr folgende politische Vorstellungen, die ihm wohl von freisinnigen Offizieren eingeblasen waren: Er hätte gar zu gern auch mit der Sozialdemokratie in Frieden gelebt, er hätte auch wohl mit den Führern beim Tee oder dem Glase Wein gemütlich geplaudert über so interessante Erscheinungen wie etwa Karl Marx, dessen geistige Bedeutung nicht zu verkennen sei, wenn auch seine Theorien ja bekanntlich in allen Punkten durch die historische Entwicklung überüberwunden seien. Dann hätte man sich wohl im Parlament ein wenig auseinandergesetzt, aber ohne ernstlichen Groll und ohne die schroffe Scheidung des Kampfes. Der Mann hat wirklich geglaubt, daß es in der Partei Leute gäbe, die sich Revisionisten nennen, die in vollem Ernst eine große weltgeschichtliche Bewegung zu einer anregenden Plin-Uhr-Diskussion machen wollten. Weil er in dieser sonderbaren Erwartung sich aber nun getäuscht fühlt, darum ist er böse und will selbst von den „Revisionisten“ nichts mehr wissen, die so schände seine Erwartungen getäuscht haben.

Wilow verlas heute ein Zitat aus einem Parteiblatt, das in etwas übertriebener Weise starke Worte gehäuft hatte. Bei jedem Worte machte er eine Grimasse und das hohe Haus schüttelte sich vor Lachen. Was hat das Zitat mit der Kritik seiner Politik zu tun, wie sie Genosse Solimar gelobt hat! Ein zweites Beispiel: Der „Vorwärts“ hatte an ihn die Frage gerichtet, wie es mit dem geheimen Vertrage mit Rußland stehe. Er hatte sich auf den amerikanischen Vorkämpfer White berufen, durch einen Schreibfehler aber von einem englischen Vorkämpfer gesprochen. Neben diesem nebenfälligen Jertum hielt sich der Reichskanzler sehr bedeutsam auf, obwohl sicher in einigen Jahren kein Sozialdemokrat erröten wird, wenn er seine Unwissenheit bloßstellt, daß er etwa von einem russischen Minister Graf Wilow spricht. Immerhin dürfte ein derartiger Fehler außerhalb des Mandarinentums weniger wichtig genommen werden, als die Verwechslung des Peter von Amiens mit dem Peter von Urburg oder die unglaubliche Behauptung des verantwortlichen Ministers, daß unser Genosse Kautsky sogar einmal das bloße Anzweifeln der sozialdemokratischen Dogmen verboten habe. Mit der Feststellung der Verwechslung eines englischen und amerikanischen Vorkämpfers aber erledigte der Reichskanzler die erste Frage nach dem geheimen Vertrag mit Rußland. Er „umkehrte“ die Wahrheit: Ein „solcher“ Vertrag existierte nicht, aber er leugnete den Vertrag selbst nicht, und es ist klar, daß man den Vertrag veröffentlichen würde, wenn er nicht das Licht der Öffentlichkeit scheuen möchte.

Hatte der Reichskanzler früher seine Sehnsucht nach einem deutschen Millerand bekundet, so wollte er jetzt durchaus einen deutschen Jaurès haben. Ein ganz sonderbarer Wunsch! Der deutsche Reichskanzler, der doch eine Herilite, militaristische, nationalisistische und monarchisistische Politik äußerster Reaktion vertritt, würde, nach französischen Parteifärbungen, etwa ein Parteigenosse des Herrn Syveton sein. Es ist uns nicht bekannt, daß Herr Syveton ein Freund des heutigen französischen Ministeriums, geschweige des vaterlandlosen Genossen Jaurès sei. Vielleicht versucht der Reichskanzler vor der Hand erst einmal selbst, ehe er uns zu ändern sucht, aufzuwachen, ein Syveton zu sein, womit wir über die Bedeutung des jetzt verstorbenen Parlamentariers kein allzu herbes Urteil fällen wollen. Es ist sinnlos, die Sehnsucht nach einem Jaurès mit der erstauilichen Russenliebe zu verbinden, die so weit geht, daß der Kanzler selbst die Freiheit der Wigblätter einzuschränken bemüht ist.

So hatte die Antwort des Grafen Wilow anscheinend weiter keinen Zweck, als der Redten Gelegenheit zu einigen Weiterleitsausbrüchen zu geben. Sachen rechts — das war der Erfolg des Tages. Gelächter der Welt — das ist der Erfolg der Zeit!

Herr Spahn vom Zentrum, der dem Reichskanzler folgte, verurteilte mit ungewöhnlicher Schärfe die sibiwestafrikanische Deutschschrittpolitik. Er warf der Regierung unüberbäumt eine bewußte Irreführung des deutschen Volkes vor. Seine Rede klang in einem ebenso dringenden wie drohlig argumentierenden — der arme Genosse Gähre soll nicht in den Reichstag kommen können, weil man ihm die Diäten sperrt! — Verlangen nach Diäten aus.

Herr Stöcker kam über die Sonntagsmittags-Predigt nicht hinaus, die diesmal nicht einmal provokatorische Reize hatte. Herr v. Gerlach, das nationalsoziale Mitglied der freisinnigen Vereinigung schloß den heutigen Tag mit einer kräftigeren Oppositionsrede, in der insbesondere das Dessauer Blutvergießen besprochen wurde.

Am Sonnabend wird die Etatberatung zu Ende geführt werden.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember.

Der Handelsvertrag zwischen Italien und der Schweiz.

Die von der deutschen Regierung mit Rußland, Italien, der Schweiz, Belgien, Rumänien und Serbien abgeschlossenen neuen Tarifverträge werden, wie der Reichskanzler Graf Wilow heute im

Reichstage vor Eintritt in die Tagesordnung ankündigte, erst nach Weihnachten dem Reichstage vorgelegt werden, da die Aussicht besteht, bis dahin auch mit Oesterreich-Ungarn zu einem Einverständnis zu gelangen. Diejenigen, die auf eine Veröffentlichung der Verträge in nächster Woche gerechnet haben, werden also ihre Wipfeligkeit noch einige Wochen zögeln müssen. Einen gewissen Einblick gewährt jedoch der von Italien mit der schweizerischen Regierung abgeschlossene Vertrag, der jedoch von dieser veröffentlicht wird, denn infolge der Meißbegünstigungs-Klausel erlangen die Zollermäßigungen, die sich beide Länder in ihrem Vertrag eingeräumt haben, auch für Deutschland Geltung.

Der Vertrag zwischen beiden Staaten ist auf 12 Jahre geschlossen. Es ist demnach mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die von der deutschen Regierung vereinbarten Verträge auf die gleiche Zeitdauer lauten. Von den Ermäßigungen einzelner Zollsätze hat naturgemäß nur ein Teil Interesse für Deutschland, da im Außenhandel Deutschlands mit der Schweiz und Italien andere Erzeugnisse die Hauptrolle spielen, als im Warenverkehr der beiden Länder untereinander. Italien hat, wie aus dem Vertrage hervorgeht, tatsächlich auf jegliche Zollermäßigungen verzichtet. Der Vertrag ist vollständig auf Grund des alten Generaltarifs abgeschlossen. Er bringt durchgehend dieselben Ermäßigungen wie der alte Vertrag und geht in manchen Artikeln sogar noch unter die bisherigen Vertragssätze herunter. Italien bildet also hier eine Ausnahme unter den Staaten des europäischen Kontinents, die in Erhöhung der Zollmauern und Schaffung zollpolitischer „Klüngeleien“ sich nicht genug tun konnten. Die Ermäßigungen beziehen sich in der Hauptsache auf Schokolade und Zuckerwaren, Antikfarben, Garn und Gewebe aus Baumwolle und Seide, Stickereien, Bänder, Maschinen, Bijouterien, Uhren, Vieh und Kollereiprodukte. Für Deutschland sind von besonderer Bedeutung folgende Positionen: (Zollsätze des neuen Vertrages in Lire für 100 Kilogramm):

Nr. 78. Karden aus Steinblech etc. in trockenem Zustande (Pulver, Kristalle, Brocken), (alter Generaltarif und alter Vertragstareif frei) frei, in Reigform oder flüssig (a. G.-Z. und a. B.-Z. frei).

Nr. 105. Baumwollgarne, einfache, roh, das halbe Kilogramm über 20 000 bis 30 000 Meter messend (a. G.-Z. 30 M., a. B.-Z. 27 M.) 24 M.

Nr. 106. Baumwollgarne einmal gewirnt, das halbe Kilogramm messend: bis zu 30 000 Meter (a. G.-Z. und a. B.-Z.: Zoll der einfachen plus 17 M.) Zoll der einfachen plus 13 M., über 30 000 Meter (a. G.-Z. und a. B.-Z.: Zoll der einfachen plus 17 M.) Zoll der einfachen plus 15 M.

Nr. 115. Baumwollgewebe, bedruckte, im Gewicht von 7 Kilogramm oder mehr, aber weniger als 15 Kilogramm per 100 Quadratmeter: Tafelartiger, Foulards, Cadnez, Schals, glatte (Leinwand-artig, gewirnt und Krepp), in Reize und Schuß im Quadrat von 5 Millimeter Seitenlänge enthaltend; 27 Elementarfäden oder weniger (a. G.-Z. 180,80 M., a. B.-Z. 146,60 M.) 90 M., über 27 bis 38 Elementarfäden (a. G.-Z. 200 M., a. B.-Z. 180,10 M.) 100 M.

Nr. 157. Gewebe, gemischt, worin Seide oder Florettseide im Verhältnis von mindestens 12 Proz. und höchstens 60 Proz. enthalten ist: schwarze: 1. glatt (a. G.-Z. und a. B.-Z. 4 M.) 4 M., 2. gemusst (a. G.-Z. 7 M. und a. B.-Z. 6,50 M.) 4 M.; farbige: 1. glatt (a. G.-Z. und a. B.-Z. 5 M.) 4 M., 2. gemusst (a. G.-Z. 8 M. und a. B.-Z. 7,50 M.) 5 M.

Nr. 240. Maschinen für Spinnerei (a. G.-Z. 10 M.; a. B.-Z. Karden ohne die Beschläge 10 M., andere 8 M.) 8 M. Maschinen für Weberei und Beschläge (a. G.-Z. 10 M., a. B.-Z. 7 M.) 6 M. Wirkhähle (a. G.-Z. und a. B.-Z. 10 M.) 7 M. Dynamo-elektrische Maschinen 1. im Gewicht von mehr als 1000 Kilogramm (a. G.-Z. 30 M., a. B.-Z. 16 M.) 16 M., 2. im Gewicht von 1000 Kilogramm oder weniger (a. G.-Z. 30 M., a. B.-Z. 25 M.) 25 M.

Apparate für angewandte Elektrizität (Spannungsregulatoren, Anker, Widerstände, Stromunterbrecher, Wechsel- oder Umschalter, Kontroller, Geschwindigkeitsregulatoren, Sicherungen, Wählapparat etc. (a. G.-Z. meist 75 und 125 M., a. B.-Z. 30 M.); 1. im Gewicht von 100 Kilogramm oder weniger: 30 M., 2. im Gewicht von mehr als 100 Kilogramm 25 M.

Akkumulatoren, elektrische und deren metallische Bestandteile (Akkumulatoren a. G.-Z. 30 M., a. B.-Z. 8 M.; Zelle: Weisfasten a. G.-Z. 5 M., andere a. G.-Z. 30 M., a. B.-Z. 25 M.) 16 M.

Transformatoren, elektrische, mit oder ohne Delfüllung (a. G.-Z. 30 M.; a. B.-Z.: über 1000 Kilogramm 16 M., bis 1000 Kilogramm 25 M.) 25 M.

Maschinen und Apparate zur Fabrikation des Papiers und des Papierstoffes (a. G.-Z. 10 M., a. B.-Z. 8 M.) 6 M.

Maschinen für die Mälerei (a. G.-Z. 10 M., a. B.-Z. 7 M.) 6 M.

Als Ausfuhrartikel nach Italien kommen von diesen für Deutschland speziell in Betracht: Leerfarbstoffe (Ausfuhr nach Italien 6,4 Millionen Mark), Baumwollgarne (1,2 Millionen Mark), dicke bedruckte Baumwollgewebe (1,1 Millionen Mark), halbseidene Gewebe (1,8 Millionen Mark), Spinn- und Webmaschinen (0,8 Millionen Mark), elektrische Maschinen (1,7 Millionen Mark), Maschinen für Papierfabrikation (0,4 Millionen Mark), Mälerei-Maschinen (0,8 Millionen Mark).

Die Zollermäßigungen der Schweiz sind für Deutschland von geringer Bedeutung. Sie beziehen sich in der Hauptsache auf Südschafwolle, Vieh, Kollereiprodukte, Fleisch, Kurwaren, Wein, Seide sowie einzelne Baumwollgewebe. Die Sätze bedeuten gegenüber dem neuen Generaltarife meist ziemlich erhebliche Herabsetzungen (nur für Portlandzement ist der neue hohe Zollsatz von 1 Frank für 100 Kilo festgehalten worden). Gegenüber dem alten Vertragstareif und teilweise auch gegenüber dem alten Generaltarife weist der neue Vertrag erhebliche Zollsteigerungen auf. Nur an den Zöllen für Rindvieh und Schafe hat Deutschland größeres Interesse, da aus Süddeutschland eine nicht unerhebliche Ausfuhr nach der Schweiz stattfindet. Die Zollsätze dafür lauten (für 1 Stück in Frank):

Nr. 136. Dähnen (alter Generaltarif 30 M., alter Vertragstareif 15 M., neuer Generaltarif 50 M.) 32 M.

Nr. 137. Stiere zum Schlachten mit Milchhähnen (a. G.-Z. 25 M., n. B.-Z. 50 M.) 30 M.

Nr. 138. Lämmer (a. G.-Z. 25 M., a. B.-Z. 18 M., n. B.-Z. 50 M.) 30 M.

Nr. 139. Kinder, geschlachtet (a. G.-Z. 25 M., a. B.-Z. 18 M., n. B.-Z. 50 M.) 30 M.

Nr. 140. Käber bis und mit 60 Kilogramm Gewicht (a. G. 2. 6 M., a. S. 2. 5 M., n. G. 2. 15 M.) 10 M.

Nr. 141. Mastkälber über 60 Kilogramm Gewicht (a. G. 2. 10 M., n. G. 2. 20 M.) 15 M.

Nr. 145. Schafe (a. G. 2. 2 M., a. S. 2. 50 Pf., n. G. 2. 2 M.) 50 Pf.

Kudgafuhr wurden im letzten Jahre aus dem deutschen Zollgebiet nach der Schweiz: Ochsen (1,8 Mill. M.), Kühe (1,4 Mill. M.), Jungvieh (1,4 Mill. M.), Schafvieh (1 Mill. M.).

### Der große Schweizer Bälou.

Als Graf Bälou in seiner ersten Rede die unwahre Behauptung aufstellte, daß der „Vorwärts“ anlässlich der Verhinderung des deutschen Fischereidampfers „Sonntag“ durch die Flotte Roschdestwenski „sogar“ die Forderung erhoben habe, daß Deutschland Rußland ebenfalls die „gepanzerte Faust“ zeige, stellten wir noch an demselben Tage fest, daß sich kein Gewährsmann diese Behauptungen frech und dreist aus den Fingern gefogen habe. Graf Bälou hielt es für überflüssig, seinen Handlanger und sich selbst gegen diesen Vorwurf der Unwahrheit zu verteidigen. Wir glaubten aber, daß er wenigstens seine nächste Rede im Parlament dazu benutzen würde, um — als Gentleman, der er nun einmal ist — seine unwahren Angriffe gegen den „Vorwärts“ zurückzunehmen. Wir haben uns getäuscht. Graf Bälou ist mit keinem Wort auf die unwahren Anschuldigungen gegen den „Vorwärts“ zurückgekommen. Er hat sich dafür ausgiebig mit der politischen Latlosigkeit der Wikipresse beschäftigt, der er sich selbst — in richtiger Einschätzung seiner den Humor anstachelnden Persönlichkeit — in aufopferungsvoller Weise preisgab, der er es aber verwehren möchte, daß sie Personen, wie den Admiral Roschdestwenski oder andere Kriegerhelden, satirisch geißelt. Auch hier zeigt es sich wieder, von welcher selbstloser Kriegerfurcht der Kanzler des Deutschen Reiches besetzt ist. Die Wikipresse werden sich vermutlich diesen neuen Stoff nicht entgehen lassen. Wir jedoch sehen uns genötigt zu konstatieren, daß es Graf Bälou für vereinbar mit der Würde eines Reichskanzlers hält, daß er absolut unwahre Behauptungen aufstellt, ohne sie zu widerrufen, wenn sie auch noch so triftig widerlegt sind.

Da wir uns nun einmal auf die dermalige Bälourede zurückzukommen genötigt sehen, möchten wir noch ein paar Worte über dieses Meisterwerk staatsmännischer Rhetorik einflechten. Alle Welt betrachtete das tödlichste Bombardement auf harmlose Fischerfahrzeuge als frechste Attentat auf das Völkerrecht, das jemals die Geschichte zu verzeichnen hatte. Graf Bälou jedoch, der erlauchte Staatsmann, war anderer Ansicht. Er sprach in seiner Rede von diesem Zwischenfall als von „Vorkommnissen, wie sie Neutralen gegenüber im Seekrieg kaum zu vermeiden sind“. Demgegenüber möchten wir denn doch noch einmal Aeußerungen zitieren, die wir damals in der absolut staatszerstörerischen Presse gefunden haben. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nannten die Verhinderung der Fischerfahrzeuge „ungeheuerlich und unerklärlich“ und eine Rechtsfertigung dieser Rohheit „sich nicht als unmöglich“. Das Blatt äußerte dann weiter die Vermutung, daß „die edlen Seefahrer betrunken gewesen seien“ und überhaupt nicht mehr gewußt hätten, was Sie taten. Ebenso sagte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß die Tat Roschdestwenski eine schwere Beleidigung der britischen Handelsflagge bedeute. Die Russen hätten „gleich dem tollen Ritter de la Mancha“, der gegen Windmühlen und Schafherden gewütet hätte, in blinder Wut auf Heringsboote schiefen lassen“. Es sei England keineswegs zu verdenken, wenn es die doch noch einmal kommende unausweichbare Auseinandersetzung mit Rußland schon jetzt kurzer Hand mit der Vernichtung des baltischen Geschwaders erledigte. Wie man sieht, urteilte diese staatszerstörerische Presse über den frechen Mißbrauch der russischen Flotte mit so herben Ausdrücken, wie sie von der sozialdemokratischen Presse gar nicht hätten überboten werden können. Ja, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erklärte es sogar als sehr vernünftig, wenn England die baltische Flotte einfach in Grund und Boden schösse, eine Auffassung, wie sie die sozialdemokratische Presse niemals vertreten hat, die stets nur den Standpunkt einnahm, daß England die Ehrenpflicht habe, ausreichende Schiffe für diesen tollen Streich zu verlangen. Graf Bälou hat also alle seine tiefstimmigen staatsmännischen Betrachtungen an die falsche Adresse gerichtet. Er hätte sich an die Blätter vom Schlage der „Berl. Neuesten Nachrichten“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wenden müssen und nicht an die sozialdemokratische Presse. Es paßte aber dem Herrn Reichskanzler besser in den Kram, den „Vorwärts“ anzukempeln, wenn auch nur auf Grund gefälschter Zitate!

Doch um auf die geniale Schweigekunst des Grafen Bälou zurückzukommen: Der Reichskanzler hatte bekanntlich die Erklärung abgegeben, daß die deutsche Kriegsführung in Südwesafrika keineswegs auf die Vernichtung der Hereros abzielt. Die innere Unwahrheit dieser Phrasen haben wir verschiedentlich dargelegt. Noch in unserer gestrigen Nummer erbrachten wir auf Grund der Darlegungen des Bälou-offiziösen Scherl-Organs den Nachweis, daß das Verhalten unserer südwesafrikanischen Truppen nur eine erbarmungslose Vernichtung der verhungerten und verdurstenden Hereros darstellt. Hierzu hätte Graf Bälou unbedingt Stellung nehmen müssen. Er hat aber über alle möglichen Dinge seine wohl memorierten Worte vom Stapel gelassen und über diese für die deutsche Ehre so ungemein wichtige Frage sich vollständig ausgezwiegen!

### Deutsches Reich.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag den vom Herrenhause abgeänderten Gesetzentwurf betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen zur nochmaligen Beratung an die Kommission zurückverwiesen, in erster und zweiter Lesung die Gesetzwürde betreffend Errichtung eines Amtsgerichtes in Langendroer, betreffend Errichtung eines Amtsgerichtes in Wieg, betreffend Verlegung der Landesgrenze gegen die freie und Hansestadt Lübeck am Elbe-Trave-Kanal und betreffend die Vermehrung der Wahlkreise für die Brandenburgische Provinzialparlament angenommen und endlich das evangelische sowie das katholische Kirchensteuer-Gesetz einer Kommission übergeben.

Am Sonnabend steht die freistimmige Interpellation betreffend den Königsberger Prozeß auf der Tagesordnung.

### Militärjustiz.

Das Kriegsgericht der 8. Division, das sich durch das Dessauer Urteil ein bleibendes Denkmal gesetzt hat, fällt wiederum zwei Urteile, die kaum begrifflich erscheinen. Mißgünstig ein Unteroffizier, so bekommt er eine kleine Arreststrafe, während der Untergebene dem Unteroffizier solche Handlung vor, und es

wird ihm kein Glauben geschenkt, dann wandert er viele Monate ins Gefängnis.

Aus Halle wird uns vom 8. d. M. berichtet:

1. Der Vorgesetzte. Der Unteroffizier Max Schramm vom Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 153 in Alzenburg, ein Mensch von schlechter Führung, der schon wegen Mißhandlung eines Untergebenen vorbestraft ist, war angeklagt, den Musketier Sperber durch einen heftigen Stoß vor die Brust mißhandelt zu haben. Sperber, der auch von dem Feldwebel Alcemann gefaßigt worden ist, geriet nach dem am 25. Oktober erhaltenen Stoß derartig in Verwirrung, daß er einen Selbstmordversuch unternahm. Er versuchte zunächst auf den Eisenbahnschienen seinem Leben ein Ende zu machen; da aber kein Jug kam, ließ er in den Wald, besetzte dort an einem Steinhäuschen sein Seitengewehr und brachte sich, indem er auf das Seitengewehr zu rannte, unterhalb der Herzgegend zwei glücklicherweise nicht lebensgefährliche Stiche bei. Nachdem er besinnungslos, blutend zu Boden gefallen und schließlich wieder zu sich gekommen war, schlüpfte er sich ins Lazarett, wo er eine Heilung behandelt werden mußte. Sperber hatte sich schon früher, um von der Kompanie wegzukommen, nach Südwesafrika gemeldet. Er wollte lieber gegen die Hereros kämpfen, als sich von den Vorgesetzten schuttern lassen. Vor dem Selbstmordversuch hatte er seinem Bruder einen Abschiedsbrief geschrieben, in dem er den Bruder bat, er möge sich der alten Mutter annehmen; er als Soldat werde derartig gefaßt, daß er es nicht mehr ertragen könne. Der Unteroffizier leugnete einfach, dem Sperber den letzten Verzeihungsstich vor die Brust versetzt zu haben. Er wurde aber durch die Beweisaufnahme vollkommen überführt; und das Urteil lautete auf — 14 Tage Mittelarrest.

2. Der Untergebene. Gleichfalls um einen Stoß vor die Brust handelte es sich in der Sache des Musketiers Max Seidel vom Infanterie-Regiment Nr. 72 in Bernburg. Seidel war am Abend des 7. November von seinem Vorgesetzten, Unteroffizier Gebhardt, befragt worden, weshalb der Schmutz in der Stube nicht ordnungsgemäß zusammengekehrt sei. Er entgegnete, daß er keine Müllschuppe gehabt, und mit den Händen den Dreck nicht habe zusammenwischen können. Dann wußte er von dem Unteroffizier mit den Worten: „Wenn Du nicht ruhig bist, schlage ich Dir ein paar in die Fresse“, einen Stoß vor die Brust erhalten haben. Der Unteroffizier stellte aber in Abrede, getöhen zu haben, und Seidel erhielt eine Anklage wegen Verleumdung, Ächtungsverletzung usw. Obwohl der Unteroffizier als schwurkräftiger Zeuge auftrat, wies Seidels Verteidiger darauf hin, es erscheine in hohem Grade wahrscheinlich, daß der Unteroffizier getöhen habe. Der Ankläger beantragte gegen Seidel 8 Monate Gefängnis und das Urteil lautete mit dem Hinweis, es sei eine schwere Verleumdung, einem Unteroffizier so etwas vorzutueren, auf 6 Monate und 14 Tage Gefängnis!

### Die „Geistigen Waffen“ des Zentrums.

Das Zentrum erhebt den Anspruch, die allerchristlichste Partei zu sein und der Katholizismus will als Religion die Liebe und Barmherzigkeit, sogar der Feindesliebe, angesprochen werden. Wer aber mit dem Zentrum und dem Katholizismus in der Nähe zu tun hat, der erfährt alle Tage mehrere Male das Gegenteil.

Zur Zeit wird in der oberen Rheinprovinz der vom sozialdemokratischen Agitationskomitee herausgegebene „Rheinische Volkskalender“ verteilt. In all den kleinen Zentrumsblättern kann man insofern Tag für Tag die geistreiche Aufforderung lesen, die Kalender sofort ungelassen ins Feuer zu werfen oder sie zum Pflaster zu bringen. Eine andere Antwort auf die bitteren Wahrheiten des Agitationskalenders hat das Zentrum nicht. Am schärfsten treibt es die „Koblenzer Volkszeitung“ des Zentrums-Abgeordneten Dr. Marcour. In einem katholischen Orte an der schönen Mosel war der sozialdemokratische Kalenderverteiler, dessen Geschenk man aus den vorherigen Jahren kannte, mit allen Ehren ausgenommen und freundlich bewirtet worden. Das veranlaßte die „Koblenzer Volkszeitung“ zu folgendem Wutausbruch: „Wir wissen ganz bestimmt, daß viele Moselaner, nachdem sie den sozialdemokratischen, auf Massenverhetzung abgesehenen Wutausbruch gelesen, den Witz sofort verbrannt haben. Wenn ihnen in dieser Stimmung der sozialdemokratische Agitator in die Hände gefallen wäre, würden sie ihn, statt mit Schinken, Obst und Wein, mit kräftigerer Kost, nämlich mit ungebrannter polnische traktiert haben.“

Die Moselbewohner werden hier geradezu zur Mißhandlung sozialdemokratischer Flugblattverteiler aufgefordert, was übrigens auch in früheren Jahren wiederholt in der „Koblenzer Volkszeitung“, ebenfalls unter der Chefredaktion des Herrn Dr. Marcour, geäußert ist. An dem einen Artikel hat aber das Blatt für diesmal noch nicht genug; denn in der Nr. 647 wiederholt es seine Aufforderung in einem aus Brodenbach datierten Artikel in folgender Weise:

„Sollte der Herr „Genosse“ Brodenbach noch einmal als Feld seiner Tätigkeit ausersuchen, so möchten wir ihm den Rat geben, sich der Jahreszeit entsprechend die zu kleiden, was ihm bei dem zu erwartenden „freundlichen Empfang“ von großem Nutzen sein könnte“.

Das ist Zentrums-Christentum in Reinkultur, und das steht zu lesen nicht in einem belanglosen Winkelblättchen, sondern in einer Zeitung, die am Kopfe ihre Auflage als über 28 000 angibt.

### Ein Katholik über die „Sittlichkeitsbestrebungen“ des Zentrums.

Mit den Führern des Zentrums und mit der katholischen Geistlichkeit ist der Oberbürgermeister von R. Gladbach in Konflikt geraten. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters war beschlossen worden, daß die Volksbäder nach Geschlechtern getrennt unter Aufsicht der Lehrpersonen in der städtischen Badeanstalt kostenlos haben können. Es ist den Kindern freigestellt, das Schwimmbad oder die Brausebäder zu benutzen. In der letzten Zeit war nun bemerkt worden, daß die Kinder in den Brausebädern Badehosen resp. Badeschürzen benutzten, trotzdem jedes Kind für sich allein badete. Die katholische Geistlichkeit war die Urheberin dieser Maßregel, sie hatte es für unsittlich erklärt, daß die Kinder nackt in der Bäder seien. Daraufhin machte der Oberbürgermeister bekannt, daß in den Einzelzellen keine Badeschürzen benutzt werden dürfe. Jetzt brach aber riesiger Spektakel gegen den Oberbürgermeister los, der einen „Gewissenszwang“ ausüben wolle. Dieser aber erklärte ruhig, er halte, obwohl er auch ein sehr religiöser Katholik sei, die Prüderie für eine Sittlichkeitsmaßregel, die leider sehr anstößend wirke. Auch hat er in einer Kommissions Sitzung in der er über seine Verordnung zur Rede gestellt wurde, sich die Frage erlaubt, ob die katholischen Geistlichen auch mit der Badeschürze in die Bäderwände steigen. Diese Dinge kamen in einer Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache und der Oberbürgermeister hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, sondern die Prüderie in der schärfsten Weise geißelt. Die traurige Tatsache ist aber nun zu verzeichnen, daß fast kein katholisches Kind mehr zum Baden kommt. Die Geistlichkeit hat ihre Schäflein gut an der Leine.

### Wie's gemacht wird!

Ein in mancher Hinsicht interessanter Prozeß beschäftigt gegenwärtig die Zivilkammer V des Landgerichts in Hannover. Die Aktiengesellschaft Straßenbahn Hannover war vor einigen Jahren in erhebliche Schwierigkeiten geraten, aus denen sie sich inzwischen allerdings dank der tatkräftigen neuen Leitung und der Einführung nützlicher Neuerungen sehr wieder herangearbeitet hat. Sehr unangenehm war damals für Direktion und Aufsichtsrat die gegen sie gerichtete Agitation eines Aktionärs, des Herrns Scheller, der schließlich die Beschlüsse der Generalversammlung im Wege der Klage anfocht. Gegen ein Schweißgeld von 25 000 M., das ihm ein Mitglied des Aufsichtsrates, der Baron v. Königs- warter, auszahlte, ließ Scheller sich jedoch zu einem Vergleich

bereit finden, durch den die Anfechtungsklage aus der Welt geschafft wurde.

Jetzt verlangt nun der Baron von Königs- warter, der die 25 000 M. aus seiner Tasche bezahlt hat, dieses Geld von der Gesellschaft zurück und beruft sich darauf, daß er im Auftrage der Gesellschaft gehandelt habe. In dem gestrigen Termin machte nach den Berichten hiesiger Blätter sein Rechtsbeistand geltend, daß ein solcher Auftrag tatsächlich, wenn auch nicht in offizieller Form, vorgelegen habe. Allerdings habe der Aufsichtsrat, als Organ der Gesellschaft, eine solche Abfindung nicht selbst in die Wege leiten wollen; dazu wurde vielmehr ein einzelner Aufsichtsrat, dessen Handlungsweise seitens der Gesellschaft unter Umständen desavouiert werden konnte. Der Kläger v. Königs- warter habe als Bevollmächtigter mit Scheller verhandelt, auch nachdem das Organ der Gesellschaft einen Beschluß dahin gefaßt habe, daß es für unzulässig erachtet würde, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrates für die Gesellschaft einen solchen Vertrag abschließe. Nach Empfang des Geldes von v. Königs- warter habe Scheller die Klagen gegen die Straßenbahn zurückgenommen. Der Vertreter der belangten Gesellschaft bestritt, daß der Auftrag zum Abschluß eines Vergleichs erteilt worden sei. Auf den Einwand des Vorliegenden, der Vergleich sei doch aber tatsächlich abgeschlossen, erwiderte er: „Einen solchen Beschluß (den Scheller 25 000 M. zu zahlen) hätte man vor der Generalversammlung niemals rechtskräftig fassen können. Ein Vergleich mit einem geringeren Betrage wäre vielleicht im Interesse der Gesellschaft gewesen. Uebrigens sei v. Königs- warter nicht zu den Vergleichs- verhandlungen gezwungen worden.“ Die Entscheidung soll nächste Woche verkündet werden.

Reeder-Humanität. Das „Ostpreussische Tageblatt“ meldet von einem Opfer der Ballm-Wirtschaft in folgender Form:

„Erhängt vorgefunden wurde am Dienstag an einer Parade der Auswanderer-Kontrollstation in Insterburg ein russischer Untertan. Er war nach beendeter Krankheit in einer Königsberger Klinik nach Insterburg zurückgeschickt worden und sollte nach Rußland zurückkehren, weil er nicht die Mittel besaß, nach England oder Amerika weiter zu reisen. Er steht im russischen Militär- verhältnis und soll die uneligierte Tat aus Furcht, in den Feldzug nach der Mandchurei geschickt zu werden, begangen haben. Verwandte von ihm, welche die Mittel zur Weiterreise für ihn mitbrachten, sind in Insterburg eingetroffen; sie kamen leider zu spät.“

Das ist die „humane“ und befriedigende Reform der Ballm- Wirtschaft, von der neulich in freistimmigen Blättern die Rede war.

Freilich, wir wissen ja jetzt: Humanität ist das, was wir in Südwesafrika treiben!

### Die Korruption der Lehrerschaft.

In Blättern der östlichen Provinzen ist dieses Zeugnis preussischer Korruptionspolitik zu lesen:

„Diejenigen Lehrer polnischer Geburt, welchen anfangs die Ostmarken-Zulage wegen politischer Unzuverlässigkeit vorenthalten wurde, haben jetzt nach längerem einwandfreien Verhalten zum größten Teile diese Zulage erhalten.“

Die „Gedinnungszulage“ hat ihre Erfolge. Urbarmäßig bezahlte Lehrer werden vom Staat genötigt, die Ueberzeugung abzuschwören und politische „Unzuverlässigkeit“ heuchlerisch zur Schau zu tragen. So entwürdigt der Staat diejenigen, welche den Kindern Muster der Wahrhaftigkeit sein sollen.

Die Wirkung der antipolnischen Korruptionspolitik zeigt sich auch in der folgenden Ausführung der „Katholischen Schulzeitung für Norddeutschland“:

„Die Ostmarken-Zulage ist ja bekanntlich nur für die Staats- bürger erster Klasse, dann auch für diejenigen Lehrer, welche den „freien“ Lehrervereinen angehören und auf die Katholiken und Rom- thümlich mischlingen helfen, und endlich auch für diejenigen, welche ihre auf „ih“ endenden Vaternamen ändern, in gemischten Ehen leben und ihre Kinder evangelisch erziehen. Aber auch die wenigen Gläubigen wissen es nicht, ob sie noch morgen die Ostmarken- zulage erhalten, da die Spione in Schafschleibern verdeckt herum- laufen, heimlich in die Häuser eindringen und von böswilligen Nachbarn Erkundigungen einziehen, um auch den seltenen Vogel um die unglückliche Zulage zu bringen. Noch unlängst stand es in den Zeitungen: „Die sorgfältig die königlichen Regierungen in der Aufsicht über die Ostmarken- zulage an die Lehrer vorgehen, zeigt der Umstand, daß die Kreis- schulinspektoren ihre vierteljährlichen Nachweise hierüber durch die Hand der Landräte gehen lassen müssen, damit diese in der Lage sind, in eine Prüfung der Gesamtverhältnisse der Lehrer, namentlich bezüglich ihres politischen und nationalen Verhaltens einzu- treten.“

Sächsisches. Die Zivilliste des Königs von Sachsen hat am Donnerstag das Landgericht in Dresden beschäftigt. In Nr. 48 der „Dresdener Rundschau“ vom 22. Oktober 1904 war ein längerer Artikel, in dem getadelt wurde, daß sofort nach der Thron- bestiegung des Königs Georg die königliche Zivilliste erhöht worden sei und in dem diese Erhöhung in Gegensatz zur Not des Volkes gestellt wurde. In dem Artikel erklärte die Staatsanwaltschaft eine Verlegung des § 131 des Strafgesetzbuches. Der angeklagte Redakteur wurde wirklich zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Württemberg (Privatbesuche). Die Stadt Stuttgart beabsichtigte die Errichtung einer Schule für geistig zurückgebliebene Kinder. Infolge Einspruchs von katholischer Seite erließ das Ministerium aber eine Verfügung, wonach eine solche Schule mit dem Schulgesetz nicht vereinbar sei und legte der Stadt auf, die Schule auf evangelische Kinder zu beschränken. Da die Stadt aber mit Grund befürchtete, daß sobald die Katholiken unter Berufung auf die Parität auch für sich eine eigene Hülfschule fordern würden, beschloß sie, das Projekt zunächst aufzuschieben und die Frage dem Landtage zu unterbreiten. In der Landtagssitzung wurde eine diesbezügliche Eingabe der Stadt Stuttgart eingebracht und zur geschäftsordnungs- mäßigen Behandlung zugeführt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Bestimmungen über die Gemeindeordnung in der Kommissionsfassung genehmigt. Versuche, dieselben in der Richtung größeren Einflusses der Gemeinden zu ändern, blieben erfolglos. Für die Volkspartei ist bezeichnend, daß sie einem Paragrapphen zustimmte, wonach in kleineren Städten oder Landgemeinden einem Steuer- pflichtigen, der zum mindesten ein Viertel der Steuern zahlt, zwei Wochen vor der Beratung des Etats eine beglaubigte Abschrift des Etats zu überreichen ist. Wird seinen eventuellen Einwendungen nicht stattgegeben, so steht ihm der Einspruch an den Bezirksrat, eventuell an das Ministerium zu. Nur die Sozialdemokraten erhoben Wider- spruch gegen diese plutokratische Bestimmung.

Die Beteiligung an den heutigen Stuttgarter Gemeindevahlen war ungewöhnlich stark.

Berichtigung. Unser Druckfehlerheft hat seine niederrichtige Spezialität, ein Wort oder einen Satz in sein Gegenteil zu ver- kehren, auch in der gestrigen Nummer über die Stichwahlen in Dresden geübt. Er läßt uns sagen: „Die Sozialdemokraten haben gegen den freistimmigen Kandidaten gewählt.“ Der Zusammenhang ergibt, daß es heißen soll: Die Sozialdemokraten haben dagegen den frei- stimmigen Kandidaten gewählt.

### Rußland.

#### Die Verfassungsbewegung in Rußland.

Zu den bedeutsamsten Kundgebungen nach dem Semstwoongesetz gehören die aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Verfassungs- reform stattgefundenen. Am 3. und 4. Dezember fanden aus Anlaß dieses Gedentages in mehreren größeren Städten Rußlands Versammlungen und Bankette statt. In der allgemeinen Versammlung der Moskauer Rechtsanwälte, an der 126 Personen teilnahmen, vom 3. Dezember, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die in den Schluß ausklingt, daß das regelmäßige Funktionieren eines Rechtslebens in Rußland unmöglich ist ohne eine fundamentale Reform des Staatssystems, die die Freiheit der Person,

des Wortes, der Rede, des Gewissens, des Versammlungs- und Vereinsrechts sichert." Die Rechtsanwältin Pischewski und Melantowitsch wurden beauftragt, diese Resolution zur Kenntnis des Justizministers und des Ministers des Innern zu bringen. Dieser Resolution schlossen sich die am Sonntag in Moskau auf einem Bankett vereinten gegen 400 Professoren, Schriftsteller, Journalisten und Rechtsanwältin an.

In Petersburg hat gleichfalls aus Anlaß des Gedenktages der Gerichtsreform am letzten Sonntagabend ein Bankett stattgefunden, an dem gegen 650 Personen beiderlei Geschlechts teilgenommen haben: Literaten, Journalisten, Rechtsanwältin, Professoren, Semstwomitglieder, Kerzte, Gymnasiallehrer usw. Den Vorsitz führte der berühmte russische Belletrist Korolenko. Nach zahlreichem Reden wurde eine Resolution angenommen, die nach Zeugnis der russischen legalen Presse wegen ihrer großen Deutlichkeit in ihr nicht genau wiedergegeben werden kann. Jedoch auch die mildere „ungefähre“ Fassung der Resolution, die noch den Weg in die legale Presse gefunden hat, ist bedeutend genug — ihre Schlussfolgerungen lauten folgendermaßen: „Für die normale Entwicklung des Volkslebens sind absolut notwendig als unüberwindliche Rechte: die persönliche Unverletzlichkeit, die Freiheit des Gewissens, der Rede, der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts, Abschaffung der Beschränkungen, die mit der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Stande, einer Nation und einer Konfession verbunden sind, und wirkliche Gleichheit aller vor dem Gesetze; Heranziehung zur Ausarbeitung der Gesetze und zur Feststellung der Steuern der vom gesamten Volke gewählten Vertreter; die Sicherung der Verantwortlichkeit der Minister vor den Volksvertretern und Unterwerfung aller Handlungen und Verfügungen der administrativen Gewalt unter das Gesetz. Infolge der außerordentlich schwierigen Umstände, die jetzt Russland erleidet, ist erforderlich die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung frei gewählter Vertreter sowie eine bedingungslose Amnestie für alle politischen und religiösen Verbrechen.“ Von den in Westeuropa bekannten Schriftstellern haben die Resolution unterzeichnet Gorki, Andrejew, Korolenko.

Am Sonntag sollte in Petersburg im Gebäude des Landesgerichts eine Versammlung der Rechtsanwältin stattfinden. Als die Rechtsanwältin jedoch vor das Gerichtsgebäude kamen, fanden sie es verschlossen — es stellte sich heraus, daß der Vorsitzende der Rechtsanwaltschaft vom Staatsanwalt der Gerichtskammer brieflich benachrichtigt worden war, er könne es nicht erlauben, daß die geplante Versammlung im Gerichtsgebäude stattfinde. Als dieses Verbot bekannt wurde, ereignete sich etwas in Petersburg noch nicht Dagewesenes: zirkel 400 Rechtsanwältin begaben sich in geschlossenem Zuge den Dnjepr und den Kewitsch-Prospekt — zwei Hauptstraßen von Petersburg — entlang zum Rathaus, nahmen dort Platz, hielten dort eine Versammlung ab und nahmen eine Resolution an, ähnlich der oben mitgeteilten. Es wurde noch der Wunsch der Amnestierung der politischen und religiösen Verbrechen hinzugefügt.

### Frankreich.

#### Deputiertenkammer.

Das Haus ist stark besetzt. Präsident Brisson widmet dem verstorbenen Deputierten Savyon einen Nachruf, der sehr beifällig aufgenommen wird. Ribot (Republikaner) interpelliert die Regierung über den vom Ministerpräsidenten an die Präfekten bezüglich der politischen Auskünfte gerichteten Rund-erlass. Ribot erkennt an, daß die Regierung das Recht habe, sich Auskünfte zu verschaffen; die Regierung müsse aber Angehörigen zurückweisen und die Ehre des Heeres wahren. Wenn sie das nicht könne, müsse sie zurücktreten. Die Regierung hätte allerdings gestern zurücktreten sollen, da sie nur eine Mehrheit von zwei Stimmen erhalten habe. (Beifall im Zentrum.) Millerand (Soz.) spricht sich ebenfalls gegen das Angeberweisen aus und wirft dem Ministerpräsidenten vor, dieser wolle aus den Bürgermeistern Denunzianten machen.

Millerand wirft im weiteren Verlauf seiner Rede dem Ministerpräsidenten vor, er entehre die Republik. (Beifall.) Die Republik werde durch sein System, wenn es zur Herrschaft gelange, verfaßt und unweiblich gemacht werden. Sache der Kammer sei es, das Land zu reinigen und von der verworrenen Herrschaft zu befreien. (Wiederholter Beifall rechts und im Zentrum; heftiges Murren links.) — Ministerpräsident Combes ergreift das Wort und führt klage darüber, daß dem Kabinett aus dem Munderlah ein Vorwurf gemacht werde, der sich einfach auf das Recht der Regierung beziehe, bei den Präfekten Auskünfte über die politischen Meinungen aller Zivil- und Militärbehörden einzuholen. (Beifall links.) Der Ministerpräsident wirft den Interpellanten vor, daß sie die Rolle und den Charakter der Verwaltungsbelegierten in den Gemeinden, die reaktionär sind, entstellen, und weist durch verschiedene Schriftstücke nach, daß es solche Delegationen auch unter den früheren Regierungen gab. Die Interpellanten suchten nicht nur ihn, den Ministerpräsidenten, zu kürzen, sondern sie suchten hauptsächlich seine republikanische Politik zum Verschwinden zu bringen. Der Ministerpräsident fordert die Republikaner auf, dieses Manöver zurückzuweisen, das für lange Zeit jede ernsthafte Reform unmöglich mache, und schließt mit der Erklärung, daß er Vertrauen zur Gerechtigkeit der Kammer habe und daß er, wenn diese Versagen sollte, an die Gerechtigkeit des Landes appellieren werde. (Anhaltender Beifall links.) Doch (sozialistischer Radikaler) beantragt die einfache Tagesordnung, die den Charakter eines Tadelers tragen soll. Combes erklärt, nur die Tagesordnung Martin (radikal) anzunehmen, welche die Erklärungen der Regierung billigt. Hierauf wird die einfache Tagesordnung mit 291 gegen 280 Stimmen abgelehnt. (Beifall links.)

In Erwiderung auf eine Anfrage erklärt Combes im Namen der gesamten Regierung, daß sie das System der Auskunftsregel und der geheimen Notizen mißbilligt. Hierauf wird die Tagesordnung Vivien Martin mit 295 gegen 265 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

### Amerika.

#### Die amerikanische Arbeiterföderation.

In San Francisco fand der 24. Jahreskongreß der „American Federation of Labor“ statt. In seinem Bericht gab der Präsident Gompers seiner Genugtuung über das Wirken dieses mächtigsten und größten Gewerkschaftsverbandes der Welt Ausdruck, betonte aber zugleich, daß es sehr nötig sei, für die weitere Organisation der Arbeiter alle Kräfte anzustrengen. In der Zeit vom 1. Oktober 1903 bis zum 30. September 1904 sind 443 neue Organisationen in die Föderation aufgenommen worden. Im ganzen sind mit derselben verbunden: 120 internationale Verbände, 62 Staatsföderationen, 669 zentrale Verbände und 1271 Organisationen lokaler Art oder die sich über den Staatenbund erstrecken. Die durchschnittliche Beiträge entrichtende Mitgliederzahl belief sich im Jahre 1904 auf 1 678 000 gegen 1 465 800 im Jahre 1903. Der Präsident gedachte der Vorgänge in Colorado und verurteilte scharf die Art und Weise, wie dort die Gewerkschaften belämpft wurden. Die große Streitfrage, ob in der Organisation der Industriebund oder der einzelne Gewerkschaftsverband dominieren solle, gab Anlaß zu längeren Ausführungen in dem Bericht. Gompers ist gegen den Industriebund. Bei den Versuchen, auf den Kongreß der Vereinigten Staaten zugunsten der Arbeiter Einfluß zu gewinnen, wurde die mächtige Gewerkschaftsorganisation schwer enttäuscht, was bei der politischen Haltlosigkeit derselben nicht zu verwundern ist. Die Wünsche um ein Achtunden-Gesetz und um Veseitigung der richterlichen Willkür bei Streiks und Lockouts blieben unberücksichtigt, aber Gompers will die „Hoffnung nicht sinken lassen“. — Auf der Insel Porto Rico hat die Föderation eine starke Vertretung; es bestehen dort vier zentrale Verbände, eine Staatsorganisation und 38 lokale Verbände. Es wird u. a. noch mitgeteilt, daß ein Vizepräsident der A. F. of L. an dem Weltfriedens-Kongreß in Boston teilgenommen und daß die Ausstellung der Föderation auf der Weltausstellung in St. Louis den ersten Preis gewonnen habe.

Auf die Erneuerung des Vertrages mit China, wodurch die Einwanderung eines der schlimmsten Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt verhindert wird, ist die Aufmerksamkeit der Konvention gerichtet. Im Laufe der Verhandlungen wurde auch ein Beschluß angenommen, der sich scharf gegen die unbeschränkte Einwanderung der Japaner richtet, da diese ebenso gefährlich seien wie die Chinesen.

Die Organisation in den letzten 8 Jahren gewachsen ist, zeigt folgende Tabelle des Sekretärs, welche die Mitgliederzahl jeden Jahres nach den bezahlten Beiträgen angibt: Im Jahre 1896 gab es 272 815, 1897: 364 825, 1898: 278 016, 1899: 349 422, 1900: 548 321, 1901: 787 637, 1902: 1 024 399, 1903: 1 465 800, 1904: 1 676 200 Mitglieder.

Die Stellung der Sozialisten war auf der Konvention sehr gestärkt durch den Ausfall der letzten Wahlen. Die sozialistischen Vertreter brachten eine Reihe von Resolutionen ein, in welchen die Arbeiter dazu aufgefordert wurden, die ökonomischen Verhältnisse zu studieren; ferner wurde verlangt, daß die Nation die großen Trusts übernehme und daß für alte und invalide Arbeiter ausreichend gesorgt werde.

Für die freitenden Textilarbeiter in Massachusetts bewilligte die Konvention eine Unterstützung von 60—75 000 Dollar durch eine Besteuerung sämtlicher Mitglieder der Föderation auf die Zeit von drei Wochen.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Freitag ihre Verhandlungen mit der Beratung des Gesetzes wegen Milderung des Reichssteuergesetzes wieder auf. Dieser Gesetzentwurf bezweckt durch Beseitigung einiger Mängel des Gesetzes die Entwicklung der Reichseinnahmen zu fördern und zugleich berechtigten Anforderungen des Verkehrs Rechnung zu tragen. Der Rückgang des Börsenverkehrs in den letzten Jahren ist so erheblich gewesen, daß die von den Stempelsteuern des Gesetzes vom 14. Juni 1900 erwarteten Mehrerträge nicht nur nicht eingetreten sind, sondern daß sogar Mindererträge zu verzeichnen gewesen sind. Die Steuern der Verträge sind eben zu hoch gewesen, vielfach überstiegen sie den zu erwartenden Nutzen. Der Referent Abg. Schindler und Korreferent Abg. Wommsen, der eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Verhältnisse gab, empfahlen in der Generaldiskussion im allgemeinen die Regierungsvorlage; Abg. Wommsen schlägt vor, die Umsatzsteuer für Reichs- und Staatsanleihen ganz aufzuheben, um den Kurs dieser Papiere auf eine angemessene Höhe zu bringen; gegen den Regierungsvorschlag, ausländische Wertpapiere gegen Entschädigung einer bestimmten Abfindung von der Bezahlung der Stempelabgaben zu befreien, machte er wesentliche Bedenken geltend; den Wertstempel wünschte er gründlich reformiert zu sehen, eine Vermehrung der Einnahmen aus fremden Wertpapieren lasse sich nur nach einer Verbilligung der Stempel erzielen. Abg. Speck bestritt die Behauptung, daß die Einnahmen aus den Stempelabgaben dauernd zurückgegangen seien; das Jahr 1904 habe schon einen deutlichen Wandel gebracht und den Beweis geliefert, daß die Erhöhung der Stempelabgaben an dem Rückgang der Börsengeschäfte keine Schuld trage; auch England zeige vorübergehende Rückgänge, ohne daß dort irgend eine Milderung der Steuererhebung vorliege. Die Vorlage des Reichs-Schatz-amtes laide übrigens an Dunkelheit und Unklarheit; bald könne sich in der Materie überhaupt niemand mehr aus und mit jeder Neuregelung müsse eine Neubestimmung des ganzen Stempelgesetzes Hand in Hand gehen. Auch Speck sprach sich für die Freilassung der Reichs- und Staatsanleihen von dem Umsatzstempel aus und begründete einen von ihm eingebrachten Abänderungsantrag, den man als lex Krupp bezeichnet hat, weil er verhindern soll, daß sogenannte Familiengründungen von Aktiengesellschaften sich der Stempelsteuerpflicht entziehen können. Abg. Arendt beämpfte die vorgeschlagene Freilassung der Reichs- und Staatspapiere von der Umsatzsteuer, weil diese Steuer das Gegenstück zu den Umsatzgebühren beim Umlauf von Immobilien bilde; höchstens dürfe man die vorübergehende Anlage großer Bankkapitalien in Staatspapieren steuerfrei lassen. Der Verzicht in Reichsschatzämtern sollte ganz von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Abg. Arendt sprach sich gegen eine Erhebung der Gebühren im allgemeinen aus und möchte das Pauschquantum bei der Einfuhr ausländischer Papiere nur dann eingekürzt werden, wenn sich dabei kein Ausfall für die Reichskasse ergibt. Der Staatssekretär v. Steingel begrüßte die Anregung, die Reichs-Schatzämter von der Stempelsteuer zu befreien; die Vorlage selbst ermächtigt sie schon um ein Viertel. Abg. Wommsen wandte sich energisch gegen die Gerüchte, die Bankiers übten in großem Umfange Stempelunterzeichnungen. Gegen den Abg. Arendt polemisierte Abg. Kämpf. Er sprach sich für möglichst niedrige Besteuerung der Umsätze in Staatspapieren und Reichsschatzämtern aus. Als eine Folge der unrichtigen deutschen Börsenregelung bezeichnete er den Rückgang des deutschen Kapitalistenpublikums, seine Geschäfte im Ausland zu machen; so sei z. B. der Ankauf der Goldminenshares von den deutschen Börsen direkt verhängnisvoll.

Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Aus Industrie und Handel.

Große Berliner Straßenbahn. Schon vor einigen Tagen bereitete der von der Großen Berliner Straßenbahn mit Vorliebe für ihre offiziellen und inoffiziellen Publikationen benutzte „Börsen-Courier“ darauf vor, daß die Verwaltung nur 7½ Proz. Dividende auszuscheiden gedulde. Gestern bestätigte die Direktion diese Ansicht durch ein Rundschreiben. Die niedrigere Dividende (im Vorjahre 8 Proz.) erklärt sich aus der vorgenommenen Vermehrung des Aktienkapitals um 14,3 Millionen Mark; außerdem aber will dem Ansehen nach die Verwaltung dem Magistrat Berlins einen Denksatz für seine Haltung in der Untergrundbahnfrage erteilen. Der „Börsen-Courier“ schreibt nämlich:

„Nach der letzten Kapitalerhöhung partizipiert die Stadt zur Hälfte an denjenigen Ueberzinsen, die sich über eine Verzinsung des Aktienkapitals über 7,37 Proz. hinaus ergeben. Man wird es angesichts der Haltung, die die städtischen Behörden der Gesellschaft gegenüber einnehmen, der Verwaltung nicht verdenken können, wenn sie es möglichst vermeiden will, der Stadt aus diesem Titel eine bedeutende Einnahme zuzuwenden. Bei einer Dividende von 7½ Proz. hätte die Gesellschaft an die Stadt Berlin aus ihren Ueberzinsen rund 125 000 M. herauszuzahlen gegen rund 338 000 M. im vorigen Jahre. Das Mehrerfordernis für die Dividende würde dagegen circa 445 000 M. betragen.“

Das Ende der Helios-Gesellschaft. In der Donnerstags-Nummer haben wir nach dem Geschäftsbericht der Helios-Verwaltung die äußerst mißliche Lage dieser Gesellschaft, sowie den noch einmaligen Rettung vor dem Konkurs erlassenen neuesten Sanierungsplan mitgeteilt und davon die Frage geknüpft, ob es nicht besser sei, die Helios-Gesellschaft schon jetzt sterben zu lassen, als sie zwecklos noch einige Zeit über Wasser zu halten. Dieselbe Frage wird in einem Artikel ihrer gestrigen Nummer die „Aöin. Zeitung“ auf und kommt nach gründlicher Erörterung der Verhältnisse und der Vorgänge bei der vor zwei Jahren vorgenommenen letzten „Sanierung“ ebenfalls zur Ansicht, daß der Konkurs vorzuziehen sei. „Die Verwaltung“, schreibt sie, „liegt nahe, daß eine Kapitalerhöhung deshalb nicht vorgeschlagen wird, weil man den Besitzern der Schuldverschreibungen die durch § 289 H.-G.-B. gegebene wirksame Waffe aus der Hand nehmen und sie auf diese Weise gezwungen zu Zugeständnissen machen will. Dafür spricht auch, daß die Versammlung der Besitzer der Schuldverschreibungen vor der Aktionärsversammlung stattfinden soll. Haben die Inhaber der Schuldverschreibungen erst einmal die von ihnen verlangten Zugeständnisse gemacht, so hat die Aktionärsversammlung nachher freie Hand. Sie kann insbesondere auch die Fabrik veräußern, während die Inhaber der Schuldverschreibungen, wenn das Aktienkapital herabgesetzt würde, in der Lage wären, eine hypothekarische Eintragung auf die Fabrik zur Sicher-

stellung ihrer Forderungen durchzuführen. Unter diesen Umständen erscheint es doch zweifelhaft, ob die Inhaber der Schuldverschreibungen sich auf die von ihnen verlangten Zugeständnisse ohne weiteres einlassen sollen und ob sie sich nicht besser sehen, wenn sie den Konkurs herbeiführen. Die Prüfung dieser Frage liegt um so näher, als die Verwaltung der Helios noch keinen Anlaß genommen hat, sich darüber zu äußern, wie sie sich zu der in dem Abkommen vom 11. November 1902 vorgesehenen Verwertung der als Sicherheiten für die Bank- und Anleihegeschulden bestellten Werte und der daraus fließenden Einkünfte stellt. ... Auch bleibt weiter noch zu prüfen, ob den Vorkaufgläubigern, denen ja ebenfalls ein Verzicht auf die Hälfte ihrer Zinsen angenommen wird, nicht auf der anderen Seite in der Bemessung ihrer Provisionen ein Ausgleich zum Nachteil der Inhaber der Schuldverschreibungen gegeben wird. Die Inhaber der Schuldverschreibungen haben somit allen Anlaß, sich die Anträge der Verwaltung des Helios nach jeder Richtung hin reiflich zu überlegen, um wenigstens für sich zu retten, was überhaupt zu retten ist. Wie sie sich aber auch stellen mögen, das Schicksal der Helios-Gesellschaft erscheint so oder so endgültig besiegelt. Die Fabrik wird auf die eine oder andere Weise in fremde Hände übergeben und der sonstige Besitz wird allmählich verwertet werden. Wir hören hierzu, daß wegen Verkaufes der Fabrik mit verschiedenen rheinisch-westfälischen Großindustriellen verhandelt wird, während andererseits bei den großen Elektrizitätsgesellschaften ein Interesse an der Ausschloßung der Fabrik besteht. Was aber am 30. Dezember auch beschlossen wird, es ist des Röhler Helios unruhiglicher Untergang.“

Die Helios-Gesellschaft ist im Jahre 1884 mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet, das 1886 auf 1 100 000 Mark erhöht wurde. Im Jahre 1890 erfolgte die zweite Erhöhung durch Vergebung von 1 100 000 M. 6proz. Vorkaufaktien mit dem Rechte auf Nachzahlung. Durch Zahlung von 45 Proz. oder Zusammenlegung im Verhältnis von 4 : 1 wurden dann im Jahre 1894 die Stammaktien den Vorkaufaktien gleichgestellt, wodurch das Aktienkapital auf 2 056 000 M. herabgesetzt wurde. Nun folgten sich in ungemein rascher Aufeinanderfolge die Kapitalerhöhungen. Zunächst wurde eine Erhöhung um 944 000 M. im Jahre 1895 vorgenommen. Das Jahr 1897 brachte zwei Erhöhungen um zusammen 5 000 000 M., das Jahr 1898 eine solche um 2 000 000 M., das Jahr 1899 um 6 000 000 M. und das Jahr 1900 die letzte um den Betrag von 4 000 000 M., so daß das Gesamtkapital auf 20 000 000 M. angewachsen war. In ähnlichem Maße wuchs auch die Anleihe der Gesellschaft. In den Jahren 1896 bis 1898 wurden 4 000 000 M., im Jahre 1900 10 000 000 M. 4½proz. Schuldverschreibungen und im Jahre 1901 6 000 000 M. 5proz. Schuldverschreibungen gegeben. Insgesamt sind also bei Berücksichtigung der früheren Kapitalzusammenlegung und der über 3 000 000 M. betragenden Zahlung aus der letzten über 40 000 000 M. Mark in die Helios-Gesellschaft hineingekostet worden, ungeredet die Bankkredite, mit denen sie jetzt noch belastet ist. An Dividenden wurden nach Gleichstellung des Aktienkapitals gezahlt 12, 11, 11 und für das Geschäftsjahr 1899/1900 letztmalig 7 Proz. Das Jahr 1900/01 erbrachte dann plötzlich einen Reibetrag von 4 900 000 M., der sich im folgenden Jahre noch steigerte und dann im Jahre 1902 zu der bekannten Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis von 5 : 1 führte. Aber auch diese Pufferbetrag hat nichts genützt. Jetzt ist schon wieder ein Defizit von 6,2 Millionen Mark, also mehr als die Hälfte des Aktienkapitals (8 895 000 Mark) vorhanden.

Zur Lage des Arbeitsmarktes. Steigender Zug von platten Lande und eine starke Abnahme der Beschäftigungsgelegenheit, die in erster Linie durch den Rückgang der Bautätigkeit verursacht wird, betreiben im November regelmäßig ein Anwachsen des Andrangs auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt. Im November des laufenden Jahres kamen an den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen 162,6 Arbeitsuchende gegen 124,6 im Oktober. Damit erreichte der Andrang den höchsten Monatsstand in diesem Jahre, denn selbst im Januar kamen auf je 100 offene Stellen nur 159,1 Arbeitsuchende. Die Lage des Arbeitsmarktes war also noch in keinem Monat des laufenden Jahres so unangünstig wie im November. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich freilich noch eine minimale Besserung. Im November des Vorjahres kamen nämlich auf je 100 offene Stellen 168,8 Arbeitsuchende, d. h. 6,2 mehr als im laufenden Jahre. Nicht man den männlichen Arbeitsmarkt ausschließlich ins Auge, so ist der Grad der Besserung noch geringer. Auf 100 offene Stellen für männliche Arbeiter kamen im laufenden November 186,1 Arbeitsuchende gegen 188,5 im November vorigen Jahres.

Vor allem ist es das Baugewerbe, das an einem Ueberangebot von Arbeitskräften leidet. Der Eintritt kälterer Witterung führte an vielen Orten zur gänzlichen Einstellung der Bauarbeit. In engem Zusammenhang damit liegt der Bedarf an Arbeitskräften auch in allen den Branchen nach, deren Beschäftigungsgrad von der Bautätigkeit beeinflusst wird. Dahin gehören vor allem mancher Zweige der Tischlerei, so z. B. die eigentliche Bautischlerei und die Parkettfabrikation. Auch im Bekleidungsgebiete erforderte der Geschäftsgang fast nirgends eine Vermehrung der Beschäftigten. Im Eisen- und Maschinenbau aber, wo eine leichte Besserung des Geschäftsganges festzustellen war, äußerte sich diese hauptsächlich darin, daß die schon beschäftigten Arbeiter etwas mehr zu tun bekamen. Durch Verbesserungen der Produktionsmethode sucht man hier so viel wie möglich an Arbeitskräften zu sparen. Ganz geringen Arbeiterbedarf endlich zeigte der Kohlenbergbau, obwohl im Hinblick auf die Jahreszeit gerade hier eine Steigerung der Nachfrage zu erwarten gewesen wäre. Tatsächlich aber stellte sich im Ruhrkohlenbergbau ein merkliches Ueberangebot von Arbeitskräften heraus, ganz im Gegensatz zum Vorjahre, wo die Belegschaftsziffern steigend waren. Eine günstige Bewegung der Nachfrage zeigte fast nur das Textilgewerbe, das mit Ausnahme weniger Bezirke und Branchen recht flott beschäftigt war und steigenden Arbeiterbedarf aufwies.

## Der Fall Kerfin.

Ueber das Verwaltungs-Streitverfahren unseres Genossen Kerfin gegen die hiesige Stadtverordneten-Versammlung, das am 20. November in erster Instanz mit einem vorläufigen Erfolg endet hat, lohnen sich noch einige Mitteilungen.

Die Ausrufung der Wahl war am 20. Dezember vorigen Jahres bekanntlich erfolgt, nachdem mehrere von den freisinnigen Protest-erhebten benannte Zeugen bestätigt hatten: daß eine Anzahl von Wählern im Wahllokal Dresdenstraße statt des Namens Kerfin, Namen wie Karwin, Krefin, Kerfin, Karfin, auch Kerfin und dergleichen genannt hatten, und daß statt dieser „Namen“ vom Wahlvorsteher, zum Teil nachdem er sich vorher von den Wählern auf die Frage „Sie meinen wohl Kerfin?“ dies hatte bestätigen lassen, zum Teil ohne eine solche Rückfrage der Name Kerfin in die Abstimmungsliste eingetragen worden war.

Die Mehrheit erblickte in jener Rückfrage des — freisinnigen — Wahlvorstehers eine Beeinflussung der Wähler zu Gunsten Kerfins. Soweit keine Rückfrage erfolgt war, wurde auf zwei Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts verwiesen, nach denen keinerlei Interpretation der Stimmabgabe zulässig sei.

Die Klage, die Genosse Dr. Karl Nieblich für Kerfin erhob, machte folgendes geltend: Die Stimmabgabe ist eine Willenserklärung. Der Wahlvorsteher hat die Pflicht auf eine unzweideutige Erklärung des Willens hinzuwirken.

Die Angabe irgend eines Familiennamens ist keine klare Willenserklärung; dazu gehört der Regel nach — soweit nicht ein notorischer Kandidat in Frage kommt — Vorname, Beruf, Adresse. Der Vorsteher tat daher nur seine Pflicht, wenn er die Wähler durch Rückfrage zum klaren Ausdruck ihres Willens veranlaßte. In der Frage des freisinnigen Vorstehers eine zur Begung des Willens des Wählers geeignete Maßnahme zu erblicken, geht über die Grenzen jeder verständigen, objektiven Auffassung. Soweit die Rückfrage nicht erfolgt ist, bedarf es der genauen Prüfung, welche Namensform in jedem einzelnen Fall gebraucht ist; bei geringen Abweichungen

von der präzisen hochdeutschen Aussprache des Wortes Kerkin, zum Beispiel bei den Formen Kerwin, Karfin, Karwin, sei der Wille an sich deutlich genug ausgesprochen; bei etwas abweichenden Formen fragt es sich, ob nicht durch andere Umstände, zum Beispiel daß die Wähler Kerwin-Stimmzettel in der Hand hielten und abzulesen suchten, diese Zweideutigkeit des Willens und der Willensäußerung ausgeschlossen wird, zumal es undenkbar erscheint, daß irgend ein Wähler durch einfache Angabe eines Familiennamens einen anderen als einen der notorischen Kandidaten zu bezeichnen suchen könnte. — Die Beweisaufnahme des Stadverordneten-Ausschusses war eine ganz unzureichende.

Der Bezirksauschuss beschloß in der Verhandlung vom 29. März d. J. eine umfassende Beweisaufnahme und zwar auch über die auf das Wahllokal Prinzenstraße bezüglichen Protestpunkte, die bekanntlich von der Stadverordnetenversammlung selbst und ihrem Ausschuss für unerheblich erachtet waren, aber vom Vertreter der Beflagten, Justizrat Cassel, vor dem Bezirksauschuss vorgetragen wurden. In der Prinzenstraße hatte der Vorsteher jede geringste Abweichung in der Aussprache des Namens Kerkin sorgfältig in neun Fällen ad notam genommen und gebucht; es sollte dort aber von sozialdemokratischer Seite aus den Wählern vielfach laut zugeworfen worden sein: „Kerkin“.

Die Beweisaufnahme war von großem Interesse. Die Aussagen der Mitglieder des Wahlvorstandes wurden von dem am freisinnigen Parteilich postiert gewesenen Protestzeugen leuzschenderweise allentäglich im Sinne des Protokolls um das Doppelte übertrumpft. Darin stimmten aber fast alle Zeugen überein: Daß in der großen Mehrzahl der Fälle der Vorsteher vor Eintragung des Namens Kerkin die oben geschilderte Rückfrage vorgenommen hatte, daß die Frage von den Wählern stets bejahend beantwortet wurde und daß erhebliche Abweichungen von dem Namen Kerkin nur ganz vereinzelt vorgekommen sind. Die Wahlvorstandsmitglieder bezeugten, daß eine solche Rückfrage sogar regelmäßig unterblieben sein könne, und daß überall dem Protokollführer bei der Eintragung der richtige Name laut genug zugerufen sei, um von den Wählern verstanden zu werden, ohne daß doch je ein Wähler Widerspruch gegen die Eintragung des Namens „Kerkin“ erhoben habe.

Mehrere Zeugen versicherten: sie hätten „den Eindruck gehabt, daß manche der Wähler aus Furcht vor dem sozialdemokratischen Parteilich absichtlich dem Namen Kerkin ähnlich klingende Namen nannten.“ Auf die Frage des Genossen Liebnecht: wodurch sie diesen Eindruck gewonnen hätten, kam die stereotypische Antwort: „weil ich mir nicht denken kann, daß sie den Namen dessen, den sie wählen wollten, nicht wußten!“

Mit erschreckender Rücksichtslosigkeit zerriß ein der Wahlvorstandsmitglieder diesen Rebel parteilicher Verböhrheiten und spitzfindiger Verschlingungen, indem er betonte: es sei klar, daß sich die Wähler nur „verquatscht“ hätten.

In bezug auf die Prinzenstraße verließ die Beweisaufnahme wie das Hornberger Schützen. Ein paar Proben von der Klarheit, die die Protokollzeugen hier entwickelten! Einer bekundete: „Ich habe in diesen Juraten eine Beeinflussung der Wähler... gesehen... außerdem erhielt ich den Eindruck, daß die Jurate auch in solchen Fällen geschwiegen, in denen der Wähler mit der Stimmabgabe zögerte.“ Ein anderer: „Ich habe den Eindruck gehabt, daß durch diese Jurate eine Kalkulation und damit zugleich eine Beeinflussung erfolgen sollte.“

Im Termin vom 21. Juni wurde die Erhebung des vom Genossen Liebnecht angezeigten Gegenwärtigen beschloffen, der die Vorgänge weiter zu Gunsten Kerkins klärte. U. a. ergab sich, daß der Wahlvorsteher in der Prinzenstraße ein Wähler, der den Namen Kerkin von einem Zettel ablesen wollte, dies verbot und den Zettel wegnahm. Liebnecht überreichte dem Bezirksauschuss von der großen Mehrzahl der Wähler, die in der Dresdnerstraße nach der Abstimmungsliste „Kerkin“ gewählt hatten, eidesstattliche Versicherungen dahin, daß sie Kerkin tatsächlich wählen wollten und seinen Namen nach besten Kräften richtig anzusprechen oder abzulesen bemüht gewesen seien. Ebenfalls eidesstattliche Versicherungen wurden von denjenigen Wählern vorgelegt, die nach der „korrekten“ Abstimmungsliste in der Prinzenstraße die großen Unbekannten Kerstin, Kirin, Kerfin, Kerwin usw. gewählt haben sollten.

Am 29. November verwies Genosse Liebnecht noch auf die erst neulich erlangene Entscheidung des Bezirksauschusses, nach der nicht einmal Freiberger Spenden und „amtliche“ Bezeichnungen der Straßenbahn „Angestellten eine erhebliche Wahlunregelmäßigkeit darstellen sollen.“

Mit Recht darf man gespannt sein, ob sich die Stadverordneten-Versammlung nun einer unbefangeneren Auffassung der Sachlage zugänglich zeigen wird.

## Die Vernichtung der Port Arthur-Flotte.

Tokio, 9. Dezember. Der Kommandeur der gelandeten Schiffsgefähre berichtet vom 8. d. M. abends: Die „Pallade“ hat Feuer gefangen und sich nach Vorkord übergelegt mit dem Heck unter Wasser. Die „Gilliat“ ist von 11 Schüssen getroffen; um 1/2 12 Uhr vormittags habe die „Bajan“ angefangen zu brennen und um 4 1/2 Uhr noch gebrannt. Das Minenschiff „Amur“ ist von 14 Schüssen getroffen und mit dem Heck weggesunken; viele Schiffe haben die Warenlager und andere Gebäude in der Nähe von Pajuschan und dem Arsenal getroffen.

Fusan, 9. Dezember. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Aus dem Hauptquartier der dritten Armee vom 7. d. M. wird berichtet, daß am Morgen des 2. d. M. die Russen den Japanern die Erlaubnis gegeben haben, ihre Toten und Verwundeten von der östlichen Frontlinie aus dem Gefecht vom 28. November fortzuschaffen; um dieselbe Erlaubnis kamen die Russen am 6. Dezember ein, sie wurde ihnen bewilligt und heute (am 7.) wieder zurückgenommen. Im Gefecht am 20. November ist der zweite Sohn des Generals Rogi beim 203 Meter-Hügel gefallen; sein älterer Sohn war bei Rauschan gefallen, so daß der General jetzt kinderlos ist.

London, 9. Dezember. („Bureau Laffan.“) Aus Shanghai wird dem „Standard“ gemeldet: Das chinesische Wachtschiff, das den hierher geschickten russischen Kreuzer „Astold“ bewacht, hat den Hafen verlassen, angeblich, um Reparaturen auszuführen. Es wird gemeldet, der „Astold“ ersehe Teile seiner Maschinerie, die entfernt worden waren, nehme große Kohlenvorräte an Bord und treffe Vorbereitungen, aus dem Hafen zu flüchten, um sich dem russischen Ostseegeschwader anzuschließen.

Die Behandlung der Verwundeten im russischen Heere. Das nachfolgende Zirkular wirft ein eigenartiges Schlaglicht auf das Los der „für Faren und Vaterland“ verwundeten russischen Krieger. Die Fürsorge für die Verwundeten liegt im Reiche Väterchens zwei Institutionen ob: der offiziellen militärischen Medizinalverwaltung und dem „Roten Kreuz“, einer von der Regierung subventionierten und kontrollierten Privatgesellschaft. Zeigt sich nun letztere nichts weniger als auf der Höhe ihrer Aufgabe, so spotten die Zustände im offiziellen militärischen Heilwesen geradezu jeder Kritik. Was aber das schlimmste, beide Institutionen führen untereinander einen unaufhörlichen Kleinkrieg, dessen Kosten die hilflosen, zu Krüppeln geschossenen Soldaten zu tragen haben, die die Mitalitäten der oberen und niederen Behörden mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlen müssen.

## Das interessante Schriftstück lautet:

Amurischer Militärbezirk.  
An die Militärbezirksverwaltung.  
Pharmaceutische Abteilung.  
5. Juni 1904. Nr. 4317. Zirkular 36.  
„Einige Spital-Ärztel wendeten sich um Hilfe an das „Rote Kreuz“, statt die ihnen fehlenden Gegenstände der medizinischen Versorgung rechtzeitig aus dem Drogenlager in Chabarowsk zu verlangen und gaben dadurch zu der Annahme Anlaß, als wäre die medizinische Militärversorgung unzulänglich, obwohl dies in Wirklichkeit nicht der Fall ist, und alle vom „Roten Kreuz“ durch diese Ärzte erhaltenen Gegenstände bei der militärischen Medizinalverwaltung im Ueberfluß auf Lager vorhanden sind.

Um derartiges in Zukunft zu vermeiden, empfehle ich, diejenigen Gegenstände der medizinischen Versorgung, deren Vorrat zu Ende geht, rechtzeitig zu verlangen, und sich nur in außerordentlichen Fällen um Hilfe an das „Rote Kreuz“ zu wenden, worüber dann jedesmal an die militärische Medizinalverwaltung Mitteilung gemacht werden muß.

In der Verwendung von Arzneien muß mögliche Sparsamkeit beobachtet werden, indem man Arzneien bei Kranken nur in Fällen wirklicher Not anwenden soll. Dabei bitte ich die älteren Militärärzte, ihre von der Reserve herangezogenen noch unerfahrenen Kollegen mit dem Charakter der militärischen Kranken vertraut zu machen, unter denen die Simulation eine gewöhnliche Erscheinung darstellt.“

In der Verwendung von Arzneien muß mögliche Sparsamkeit beobachtet werden, indem man Arzneien bei Kranken nur in Fällen wirklicher Not anwenden soll. Dabei bitte ich die älteren Militärärzte, ihre von der Reserve herangezogenen noch unerfahrenen Kollegen mit dem Charakter der militärischen Kranken vertraut zu machen, unter denen die Simulation eine gewöhnliche Erscheinung darstellt.“

Die Spitalärzte sehen sich also danach nur des Vergnügens wegen oder aus Eigensinn einem Mißfall durch die vorgesezte Behörde aus, und die frankten Soldaten „simulieren“ bloß Schiefwunden, Knochenbrüche, Typhus und Dysenterie, um möglichst viel Nicotin, Zedophorn, Karbolsäure und anderer Medikamente zu verbrauchen! Was aber der Sache besondere Pikanterie verleiht: Staatsdiebe, die notorisch von berufsmäßiger Verbochselung des Staatsfäkels mit der eigenen unersättlichen Gasse leben, wollen nun auf einmal das Staatsinteresse wahren und zwar auf Kosten der unglücklichen Verwundeten — wahrhaftig der blödsinnige Zynismus der Zarenschurken scheint keine Grenzen zu kennen! —

## Gerichts-Zeitung.

Der große Platinadieb bei der Firma Siemens u. Halske, welcher seinerzeit großes Aufsehen erregte, gelangte gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoffmeier zur Verhandlung. In der Nacht zum 24. Juli d. J., einem Sonntage, wurden, wie noch erinnerlich sein dürfte, aus dem in Charlottenburg, Kaiserin Augusta-Allee 8, gelegenen Laboratorium der Firma Siemens u. Halske zwei Platinaschalen im Werte von 37 000 M. gestohlen. Durch eine fieberhafte Tätigkeit, welche durch die ausgezezte Prämie von 3500 M. für Ermittlung der Täter noch mehr angepörrt wurde, gelang es der Charlottenburger Kriminalpolizei schon nach einigen Tagen, die Diebe mit ihren Helfern zu ermitteln, welche namentlich vor dem Strafrichter standen. In der Anklagebank ruhten Platz nehmen: 1. der Händler Hermann Grahnid, 2. der 20jährige Arbeiter Paul Dietag, 3. der Zimmermann Alexius Obiersky, 4. der Eisenhändler Stanislaus Obiersky, 5. der 19jährige Arbeiter Wilhelm Hartmann, 6. der frühere Wäcker, jetzige Kellner Paul Sinsler und 7. der Handelsmann Sjawaj Enseleit. Als Verteidiger traten auf für Grahnid Rechtsanwalt Dr. Schwandt und Meyerstein, letzterer auch noch für Enseleit; Dietag wurde vom Rechtsanwalt Liebnecht, Hartmann vom Rechtsanwalt Heine verteidigt. Die Anklage lautete gegen Hartmann und Dietag auf gemeinschaftlichen schweren Diebstahl, bei Dietag im Rückfall, ferner auf Anstiftung, Beihilfe und Hehlerei. — Die Angeklagten Dietag und Hartmann waren Schulfreunde. Hartmann war etwa drei Monate lang bei der Firma Siemens u. Halske in dem Laboratorium in der Kaiserin Augusta-Allee 8 als Diener angestellt gewesen. Nach seiner Entlassung trat er Anfang Juli mit Hartmann zusammen, welcher mit den Angeklagten Gebrüder Obiersky schon längere Zeit verkehrte. In einem Lokal kam die Sprache auf das wertvolle Inventar in dem Laboratorium, und Hartmann, der angeblich ungeduldig entlassen worden war, äußerte, er bedauere es sehr, daß er sich nicht etwas von den wertvollen Gegenständen mitgenommen habe. Diese Äußerung wurde von Alexius Obiersky aufgenommen, der namentlich auf Hartmann einredete, die wertvollen Platinaschalen zu stehlen, er selbst wolle den Abschlag besorgen. Ohne viel zu zögern ging Hartmann darauf ein. Als Tag der Tat wurde der 9. Juli festgesetzt, jedoch wieder geändert, da ein Bruder des H. an jenem Tage Hochzeit feierte. Am Sonnabend, den 23. Juli d. J. trafen sich Hartmann, Dietag und Obiersky wie verabredet in dem Bederschen Lokal in der Beusselstraße. Hier wurde beraten, daß der Diebstahl in derselben Nacht verübt werden sollte. Nachdem sich alle drei gehörig Rut getrunken hatten, gingen sie nach dem Grundstück von Siemens u. Halske. Da dieses von einem Wächter mit mehreren Hunden bewacht wurde, der sich gewöhnlich in der Nähe des Laboratoriums aufhielt, so mußte so lange gewartet werden, bis der Wächter seinen Rundgang antrat. Gegen 12 Uhr überleitete Hartmann mit Hilfe Dietags den Baum, schlich sich auf Strümpfen bis an das Laboratoriumsgebäude und schlug hier ein partielle gelochtes Fenster ein. Durch die Öffnung schob er hindurch, riegelte das Fenster auf und stieg dann hindurch. Durch mehrere unverschlossene Türen gelangte Hartmann in den eigentlichen Laboratoriumsraum. Hier wurden zu experimentellen Zwecken Schalen von Platin verwendet, welche bekanntlich jeder Säure und auch hohen Oxidgraden widerstehen. Der Wert von den vorhandenen fünf Schalen beziffert sich auf etwa 75 000 M. Der Angeklagte wollte erst alle fünf mitnehmen, da jedoch die drei etwas kleineren beim Transport Geräusch machten, ließ er diese liegen und nahm nur die beiden größten Schalen im Werte von 37 000 M. mit. Als einige Tage später von einem Händler ein Stück Platin im Gewicht von etwa 150 Gramm bei einem Alt Händler verkauft werden sollte, wurde der Kriminalpolizei Mitteilung davon. Der Betreffende wurde verhaftet, bald stellte es sich heraus, daß er mit den eigentlichen Dieben und Hehlern nichts zu tun hatte. Immerhin war die Spur gefunden, die schließlich zur Festnahme der Händler Grahnid, Enseleit, Sinsler und Koch führte. Letzterer hatte von Enseleit ein Stück Platin für 200 M. gekauft. Im Gefäß seiner Schuld und aus Angst vor Verurteilung beging auch im Untersuchungsgefängnis durch Erhängen Selbstmord. Ein anderes Stück Platin wurde von Grahnid veräußert, der noch mehrere Pfund betragende Rest endlich von Stanislaus Obiersky in der Jungfernheide vergraben, wo es später durch die Kriminalpolizei wieder ausgegraben werden konnte. Bis auf 2 1/2 Pfund Platin ist die Firma Siemens u. Halske wieder in den Besitz des wertvollen Metalls gelangt. — Vor Gericht waren nur Hartmann und Dietag geständig, während die Hehler und die wegen Begünstigung usw. angeklagten Gebrüder Obiersky jede strafbare Handlung entschieden in Abrede stellten. Es wurden verurteilt: Dietag zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, Alexius Obiersky zu 3 Jahren Zuchthaus, Stanislaus Obiersky zu 2 Jahren Zuchthaus, Hartmann zu 2 Jahren Gefängnis, Sinsler und Enseleit zu 3 resp. 5 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Grahnid wurde mangels ausreichender Beweise freigesprochen.

Ein kleines Liebesdrama beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsrats v. Pöschhammer. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Böse, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Hennigson. Die Angeklagte, Näherin Emma Bach, ein 22 Jahre altes, bisher unbekanntes Mädchen, hatte sich auf die schwere Anklage des versuchten Mordes zu verantworten. Die Vorgeschichte des Dramas geht auf mehrere Jahre zurück. Die Angeklagte wohnte bei ihrer Schwester, einer Frau Rohde. Im Alter von 15 Jahren lernte sie dabeilbst den

Decorateur Alois kennen, es entspann sich ein Liebesverhältnis zwischen ihnen und er soll ihr schon damals die Ehe versprochen haben. Dies ging eine Reihe von Jahren in dieser Weise, manchmal kam es zwischen den jungen Leuten zu Zank und Streit und auch zu Tätlichkeiten, man schlug sich und vertrat sich, sie erklärte ihm wiederholt, daß aus ihnen beiden doch nichts werden könne, er konnte aber von ihr nicht lassen und es kam immer wieder zu einer Aussöhnung. Da zog der Dekorateur Alois als Mieter zu ihrer Schwester. Puls wußte, daß sie ein Liebesverhältnis mit Alois hatte, dies hinderte aber nicht, daß sich zwischen ihr und Puls auch ein hartes Verhältnis entwickelte. Es kam später bis zum Aufgebot mit Alois, das aber rückgängig gemacht wurde. Bald war auch die Geschichte mit Puls zu Ende, da dieser sich verlobte. Am 8. Oktober schrieb sie trotzdem eine Karte an diesen und verabredete darin mit ihm ein Zusammentreffen bei Wöhringer am Alexanderplatz. Dort erklärte ihr Puls, daß ein weiterer Verkehr keinen Zweck mehr habe. Trotzdem erschien er am 11. Oktober abends wieder bei Wöhringer auf eine briefliche Bitte der Angeklagten hin. Man unterhielt sich bei mehreren Gläsern Bier ganz friedlich und harmlos und es ist im Lokal zu keinerlei erregten Auseinandersetzungen zwischen den beiden gekommen. Von dort gingen sie Arm in Arm die Landsbergerstraße entlang nach der Richmannstraße, wo die Wohnung des Puls lag. Sie gingen weiter, dem Wöhringerplatz zu, wo Puls in eine Reitbahn trat. Inzwischen hatte sie den Revolver, den sie immer bei sich trug, herausgeholt und hielt ihn in der Hand, die sie in dem Jackett verbarg. Eine kleine Straße ging sie noch neben Puls. Vor dem Hauje Landsbergerstraße 9 stiegen plötzlich, mitten im Gespräch, zwei Schüsse, von denen Puls getroffen wurde. Dieser war der irdischen Meinung, daß die Schüsse von Alois abgegeben worden wären und rief deshalb den sich amammelnden Publikum zu: „Alois hat geschossen!“ — Die Angeklagte behauptete, daß die Schüsse ohne ihr Wissen losgegangen seien. Als sie grüßte, daß Puls getroffen worden, habe sie vor Entsetzen einen Schuß auf sich selber abgegeben, der aber nicht getroffen habe. Die Anklage nimmt dagegen an, daß der erste Schuß vielleicht unabsichtlich losgegangen sein kann. Bei der Zengerenernehmung kam zur Sprache, daß gerade in den kritischen Tagen eine Anzeige bei der Polizei eingelaufen war, wonach die Wahrheitspflicht wurde, einen stöckerlichen Lebenswandel zu führen und nicht zu arbeiten. Der diese Anzeige geschriebenen, ist nicht festzustellen gewesen. — Der Zeuge Puls hatte einen Streifschuß an der Wade erhalten, außerdem ist ihm eine Kugel nicht tief in den Hals gegangen. Sie ist unklar im Krankenhaus entfernt worden; dauernde gesundheitliche Nachteile hat Puls nicht davongetragen. Er hat seinerzeit erklärt, daß er einen formellen Strafantrag nicht stellen wolle. — Staatsanwalt Böse plädierte auf Verjahung der Frage betreffend den versuchten Mord bzw. der Körperverletzung. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen. Der Gerichtshof erkannte demgemäß auf Freisprechung.

Die Engländerin in Hamburg beschäftigte gestern das Reichsgericht. Vom Schwurgericht Hamburg ist am 10. Oktober die verurteilte Elisabeth Wiese geb. Werfeld wegen Mordes in fünf Fällen zum Tode und wegen schwerer Kuppelei sowie Verleitung zum Meineide zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Von der Anklage des Mordversuches gegen ihren Ehemann ist sie freigesprochen worden. Das Reichsgericht hat auf Grund umfangreicher Indizienbeweise als erwiesen angesehen, daß die Angeklagte fünf Pflegekinder, darunter das neugeborene uneheliche Kind ihrer unehelichen Tochter Paula Werfeld, ermerdet hat. Sie hat in jeder Hinsicht ihre Schuld bestritten, insbesondere hat sie behauptet, das Kind Bertha Frank sei von ihrem Vater mit nach England genommen worden. Sie hatte Frank als Zeugen benannt, aber das Reichsgericht hatte ihn nicht auffinden können. Der Untersuchungsrichter war dann nach England gereist und hatte mit Hilfe der englischen Behörden nach jenem Frank geforscht, aber ohne Erfolg. Schließlich hat das Reichsgericht Hamburg in 22 Sitzungen einen Aufbruch erlassen und demjenigen 100 M. versprochen, der über Frank etwas mitteilen könne. Auch dieser Versuch blieb ohne Ergebnis. In ihrer Revision beschränkte sich die Angeklagte darüber, daß nicht die Verhandlung verurteilt worden ist, da der Zeuge Frank ermittelt sein würde. Sie rügte ferner, daß die Bildung der Geschworenenbank zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt sei. Was diese letztere Rüge betrifft, so handelt es sich um die Einreichung eines Ergänzungsgeschworenen in die Geschworenenbank. Diese erfolgte bei Beginn eines neuen Verhandlungstages, nachdem tags zuvor die Öffentlichkeit ausgeschlossen gewesen und noch nicht wieder hergestellt worden war. — Das Reichsgericht erwartet die Revision als unbegründet. Als ein Akt der Bildung der Geschworenenbank für die Hinzuziehung des Ersatzgeschworenen nicht angesehen werden, deshalb komme es nicht darauf an, ob jener Akt unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt ist. Unbegründet sei auch die Beschwerde, daß zu unrecht angenommen worden sei, der Zeuge Frank sei nicht auffindbar. Selbstverständlich könne nicht eine Verhandlung auf unbestimmte lange Zeit verurteilt werden in der vagen Hoffnung, daß der Zeuge doch noch aufgefunden werde.

## Versammlungen.

Der „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins“ hielt am Sonntag, den 4. Dezember, bei Radura, Landsbergerstraße 39, seine dritte Mitgliederversammlung ab. Außer den 220 Mitgliedern hatten sich noch an 300 Gäste eingefunden, so daß der Saal wiederum überfüllt war. Die Versammlung leitete ein vom Rechtsanwalt Dr. Broh gehaltenen interessanten Vortrag über „Der Krieg und der moderne Mensch“ ein, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Da man eine Diskussion darüber nicht beabsichtigte, wurde zum Punkt „Gründung einer Zeitung“ übergegangen. Nach längerer reger Diskussion wurde einstimmig beschlossen, eine Zeitung, die unter dem Titel „Die arbeitende Jugend“ vom 1. Januar 1905 ab erst monatlich, dann vierzehntägig erscheinen soll, zu gründen. Sie wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Als Redakteur des Blattes wurde der Vereinsvorsitzende Helmuth Lehmann einstimmig gewählt. Der Expedient, sowie die fünf Mitglieder der Redaktionskommission, die ebenfalls von der Versammlung gewählt wurden, sind sämtlich Lehrlinge resp. jugendliche Arbeiter. Um die Kosten, die durch das Erscheinen des Organs entstehen, zu decken, wurde der monatliche Beitrag für Lehrlinge und Mitglieder unter 18 Jahren auf 25 Pf. erhöht. — Zum Schluß der Versammlung brachte u. a. einer der anwesenden Lehrlinge recht krause Mißstände, die in verschiedenen Betrieben vorhanden sind, zur Kenntnis der Versammlung. — Einige Lehrlinge waren in Begleitung ihrer Eltern erschienen, die mit scharfer Befriedigung über das selbstbetrieuerte Auftreten und die sachlichen Ausführungen ihrer Sproßlinge und lebhaftem Interesse den Verhandlungen folgten. — 150 Personen erklärten ihren Beitritt zu dem Verein, so daß er jetzt mehr als 450 Mitglieder zählt. In diesem überaus schnellen Wachstum des Vereins hat wohl die rührige Agitation der „Christlichen Junglingsvereine“, die in der schätzbaren Weise den Lehrlingsvereinen bekämpfen, ein gut Teil beigetragen.

## Eingegangene Druckchriften.

Sozialer Fortschritt. Zeitschrift und Flugblätter für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Heft 27. Dr. Ludwig Gahn. Unsere Unfreie. Heft 20. Leopold Kallher. Die Gewerkschaften. Heft 20. Ute Vaders. Arbeiterinnen-Organisation und Frauenbewegung. Einzelheft 15 M. Doppelheft 30 M. Reihe von 10 Heften 1.20 M. Verlag Felix Dietrich, Leipzig 1904.

Warg, Karl. Theorien über den Mehrwert. Band I. Herausgegeben von Karl Kautsky. 430 Seiten. Trochert 5.50 M., gebunden 6 M. Stuttgart 1905. Verlag von S. O. W. Dietz Nachf.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schließung der Wiener Universität. Wien, 9. Dezember. (W. T. G.) Der Hochschulcorrespondenz zufolge hat der akademische Senat in seiner heutigen Sitzung die Schließung der Universität beschlossen.

Reichstag.

108. Sitzung. Freitag, den 9. Dezember 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Bülow, Fhr. v. Stengel, Graf Poldowski, Fhr. v. Rittshofen, v. Einem, v. Tzipitz.

Vorlesung der ersten Beratung des Etats und der Militärvorlagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Reichskanzler Graf Bülow:

Die verbündeten Regierungen hatten die Absicht, diesem hohen Hause die mit Russland, Rumänien, Belgien, Italien, Serbien und der Schweiz vereinbarten Handelsverträge nach dem Schluß der ersten Lesung des Etats vorzulegen. Die Handelsverträge-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn waren aber, wie Sie wissen, auf einen toten Punkt gelangt und mühten wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten abgebrochen werden. Infolge der uns jetzt von Oesterreich-Ungarnischer Seite gemachten Mitteilungen ist Aussicht vorhanden, auch mit diesen unseren Nachbarn zu dem gewünschten Einverständnis zu kommen. Selbstverständlich halten wir daran fest, daß wir gemäß dem von mir in diesem hohen Hause feierlich abgegebenen Erklärungen nur einem solchen Handelsverträge zustimmen und Ihre Genehmigung für einen solchen nachsuchen können, der uns ausreichende Garantien bietet, daß der deutsche Viehbestand gegen ausländische Seuchen geschützt bleibt. (Bravo! rechts.) Auch haben wir hinsichtlich der Behandlung der deutschen Ausfuhrindustrie durch Oesterreich-Ungarn gewisse Wünsche, die erfüllt sein müssen, wenn es zu einem Handelsverträge kommen soll. Da das Einbringen der sechs fertiggestellten Handelsverträge die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn stören würde, während andererseits nach der Geschäftsstöße des hohen Hauses nicht sicher zu erwarten ist, daß jetzt eine volle Durchberatung der Handelsverträge stattfinden kann, so haben die verbündeten Regierungen beschlossen, Ihnen die neuen Handelsverträge sobald nach den Weihnachtstagen vorzulegen. Wir werden bestrebt sein, darauf hinzuwirken, daß das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge und des neuen Zolltarifs keine Verzögerungen erleidet. Unter diesen Umständen darf ich an das hohe Haus die Bitte richten, zurzeit nicht in eine Besprechung der handelspolitischen Situation einzutreten. Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel:

Ich will auf einige Anregungen aus den Staatsdebatten zurückkommen. Den Wunsch des Abgeordneten Spahn, dem Etat ein alphabetisches Sachregister beizugeben, werden wir, wenn es möglich ist, gern erfüllen. Ueber die anlässlich der Finanzreform vom Reichstag beschlossenen Resolutionen sind die Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Herr Storz meinte vorgestern, ich mißgönnte den Witwen und Waisen die Erträge aus dem Zolltarif. Wenn er diese Meinung von mir hat, so muß ich mir das wohl oder übel gefallen lassen. Aber aus dem Wortlaut meiner Rede geht deutlich hervor, daß meine einzige Absicht war, dem Reichstage über die Finanzlage und auch über die finanziellen Grundlagen der Witwen- und Waisenversicherung reinen Wein einzuschenken. Alle Vorschläge zur Sanierung der Reichsfinanzen werden ernsthaft geprüft werden. Aber darauf muß ich doch hinweisen, daß die durch die Konjunktur bestimmten Einnahmen immer nur eine unsichere Schätzung zulassen werden. Das Reichs-Reformgesetz vom 14. Mai d. J. verliert deshalb nichts an Wert; ich wünschte nur, wir hätten es schon vor 20 Jahren gehabt; dann hätten wir der Reichskasse 744 Millionen Mark erspart. Und da frage ich den Abg. Müller-Sagan: Wäre es denn wirklich ein so großes Unglück, wenn wir doch in absehbarer Zeit in die Lage kämen, wenigstens einen Teil unserer Reichsschulden zu tilgen, wenn wir schon in nächster Zeit in die Lage kämen, die fällig werdenden Schatzanweisungen anstatt mit neuen Schuldtiteln mit barem Gelde einzulösen? (Heiterkeit.) Und wäre es wirklich so furchtbar, den Invalidentfonds, die Versorgung unserer Kriegsinvaliden, wenigstens zu einem kleinen Teil wieder aufzufüllen. Von mehreren Seiten ist angeregt worden, die 24 Millionen ungedeckter Matricularbeiträge nach dem Vorbild Oesterreich-Ungarns auf die einzelnen Staaten nach der Steuerleistung statt nach der Kopfzahl zu verteilen. Ich weiß nicht, ob das Beispiel Oesterreich-Ungarns für Deutschland mit seinen 25 selbständigen Staaten passend ist.

Näher als ein Vergleich mit Oesterreich-Ungarn liegt ein solcher mit der Schweiz. Hier sind die Bundesbeiträge, die unseren Matricularbeiträgen entsprechen, von den kleineren Kantonen einfach nicht zur Erhebung gekommen. — Von dem Momente an, wo Preußen mehr leisten würde, als es nach der Reichsverfassung verpflichtet ist, würde das Reich in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Preußen treten; und die Erhöhung der Matricularbeiträge würde sofort ein starkes Anzeichen der Steuergrube in den einzelnen Staaten zur Folge haben. Derselben Abgeordneten aber, die hier auf Erhöhung der Matricularbeiträge dringen und ihre Reaktionsgenossen, dürften kaum geneigt sein, in den Einzellandtagen für eine Erhöhung der Steuern einzutreten.

Die Erhöhung der Matricularbeiträge würde zur Folge haben, daß die Einzelstaaten bei der Erfüllung ihrer Ansuranpflichten sparen müssen. Tausende von Arbeitern entbehren dadurch lohnender Beschäftigung, Tausende mangelnder besoldeter Landesbeamten harren Jahr für Jahr vergebens auf eine Verbesserung ihrer Lage. Das sind die Schattenseiten der Ueberlastung der Einzelstaaten mit Matricularbeiträgen. Darum sage ich: wer auf diesem Wege um die notwendige Bewilligung neuer Einnahmemeinellen für das Reich zur Sanierung seiner Finanzen herumzuzummen glaubt, der rede mir von allem in der Welt, nur von diesem nicht, der rede mir nicht von schonender Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwachen. (Bravo!)

Abg. Graf v. Stolberg-Wernigerode (l.):

In der Staatsdebatte ist das omnibus robus et quibusdam aliis (über alle Dinge und noch einige mehr) geredet worden, und so auch über den Fall Wiedach. Nach meiner Ansicht ist dies eine interne preussische Angelegenheit, da sie aber hier einmal zur Sprache gebracht worden ist, so möchte ich im Namen meiner Freunde erklären, daß wir mit den Worten übereinstimmen, die Herr Dr. Stodmann über diesen Gegenstand gesprochen hat.

Die Militärvorlage hat hier im Hause im allgemeinen eine sehr günstige Aufnahme gefunden. Es liegt das zum großen Teil an der Offenheit, mit der der Kriegsminister ebenso wie auch der Reichs-Schatzsekretär vor dem Hause gesprochen haben. Herr Bebel hat allerdings auf den ostasiatischen Krieg hingewiesen und gemeint, Rußland sei durch ihn so geschädigt, daß Deutschland sich in Zukunft nicht mehr auf einen Krieg mit zwei Fronten einzurichten habe. Nun wäre es ja allerdings eine große Torheit, wenn wir einen Krieg mit Rußland predigen würden. Aber keineswegs ist Rußland so ohnmächtig, daß es keinen Krieg führen könnte. Rußland hat jetzt noch nicht den dritten Teil seiner Armeemobilisiert, und vor Port Arthur sieht man, was der russische Soldat leisten kann, wenn er gut geführt wird. Rußland ist schon oft in mindestens ebenso schwieriger Lage gewesen und hat sich stets wieder emporgearbeitet. Wir dürfen unsere Sicherheit nicht auf die Spekulation auf die Schwäche unserer Nachbarn gründen. — Auch die Kavallerie-Vermehrung ist zu verteidigen. Theoretisch kann man allerdings ja nachweisen, daß eine Kavallerie-Attade gegen die jetzigen Infanterie-Waffen unmöglich ist, aber trotzdem werden Kavallerie-Attaden in der Praxis immer wieder vorkommen. Nach jeder Neubewaffnung hat es sich herausgestellt, daß das theoretisch „obgeleitete Ueberflüssigwerden der Kavallerie praktisch nicht eintrat.

In betreff der Manöver nun hätte ich an den Kriegsminister eine Bitte zu richten! Unsere Quartierlegung in den Manövern nämlich leidet an gar nicht zu unterschätzenden Mängeln. Die Beobachtungen nämlich, die ich in Ostpreußen zu machen Gelegenheit hatte, zeigten mir, daß unsere dortige tüchtige Landbevölkerung, die selbst zum größten Teil Soldat gewesen ist, sich zwar herzlich freut, wenn sie Einquartierung bekommt, daß aber die Belästigung durch diese gewöhnlich eine so starke wird, daß die Freude daran den Leuten verloren gehen muß. Die Geldentschädigung ist als viel zu gering, ist als gänzlich ungenügend anzusehen. Und nicht die leistungsfähigeren großen Städte, sondern gerade die kleinen Städte und das plattdeutsche Land werden davon betroffen. — Im nationalen Interesse ist zu wünschen, daß den Leuten die Freude an der Einquartierung erhalten und dieser Mangel abgestellt wird.

Abg. v. Volkmar (Soz.):

Ich will mich heute auf wenige Punkte beschränken, die in der bisherigen Debatte von verschiedenen Rednern, insbesondere von Mitgliedern des Bundesrats besprochen, und zwar in einer Weise besprochen worden sind, daß sie eine sofortige Erwidrerung notwendig erscheinen lassen. Es hat mehrfache Anerkennung gefunden, daß der Reichs-Schatzsekretär sich in seiner Schilderung der finanziellen Lage einer rühmlichen Offenheit befleißigt hat, und daß er die Dinge ehrlich und aufrichtig geäußert hat, wie sie sind. Man sollte nun allerdings meinen, daß bei einer selbstverständlichen Pflicht der finanziellen Verwaltung, allein, nachdem das jetzige Verfahren des Herrn Reichs-Schatzsekretärs gegenüber dem seiner Vorgänger wesentlich zu seinem Vorteil absteigend sich gezeigt hat, so hat auch der erste Redner unserer Fraktion ihm eine gewisse — selbstverständlich nur relative (Heiterkeit) — Anerkennung nicht entzogen. Freilich können wir Sozialdemokraten die Ueberzeugung, die von verschiedenen Rednern geäußert worden ist über den finanziellen Abgrund, in dem wir geraten sind, nicht teilen. Die Herren halten und Sozialdemokraten für Träumer, weil wir die politischen Verhältnisse nicht bloß aus dem engen Quader der Tagespolitik ansehen und sie halten sich selbst für großartige Realpolitiker. Aber solche Illusionäre sind wir nicht, daß wir glauben, daß mit der zunehmenden Schärfe der Waffen die Kriege unblutiger werden, daß, wenn man auf eine Ware einen Aufschlag legt, sie nicht teurer, sondern billiger wird, und daß man aus der Reichskasse mit vollen Händen schöpfen kann, ohne jemals auf den Boden zu kommen. (Heiterkeit. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine vielmehr, wer von uns allen sehen konnte, oder was mehr ist, wer sehen wollte, der konnte seit vielen Jahren genau aus dem Gange der Entwicklung unserer Finanzen sehen, wohin wir mit Notwendigkeit geraten würden. Wir haben seit Jahren unablässig darauf hingewiesen, daß es so kommen müsse, wie es gekommen ist. Ich behaupte, wer die letzte Rede des Herrn Reichs-Schatzsekretärs drühen im Lande etwas unachtsam, ohne auf den Namen des Redners zu achten, liest, muß zu der Meinung kommen, die Rede stamme von einem Kritiker der äußersten Linken, aber nicht von einem Regierungsvertreter. Wenn die Politik — manche behaupten sogar, sie sei eine Kunst — (Heiterkeit) Gefühlen Raum ließe und das private Wohlgeschick des einzelnen dabei in Betracht käme, so könnte man wirklich ein großes Bedauern mit der Stellung des Herrn Reichs-Schatzsekretärs haben. Er ist doch aus einem leidlich guten Hause hervorgekommen (Heiterkeit), in dem man seit Jahrzehnten mit Ueberflüssen gearbeitet hat und die Ueberflüsse in den Strumpf tat (Heiterkeit), um nachher als segenbringendes Wesen aufzutreten und besonders eifrige Dränger sich verpflichten zu können.

Derselbe Reichs-Schatzsekretär ist nun in ein derartiges Elend hineingeraten, in ein so wildes Schuldenmachen, daß man mit den halbschreierischen Künsten der Welt nicht imstande ist, die Einnahmen und Ausgaben auch nur buchmäßig auszugleichen. Dabei hat man sich nicht einmal gescheut, besondere Stellungen zu bestimmten Zwecken anzugreifen. Da muß man doch mit dem Dichter sagen: Quo diable va-t-il faire, Dans cette galère? (Heiterkeit.) Die Regierung und die Parteien versuchen jetzt, die Verantwortung von sich abzuwälzen. Aber die Regierung, die uns ihre entsprechenden Vorschläge gemacht hat und die Vertreter der Reichsparteien, die diese Vorschläge gebilligt haben, sind wohl dem deutschen Volke ganz verantwortlich und werden auch verantwortlich sein für die neuen Steuern,

die die unvermeidliche Folge der bewilligten Ausgaben sein werden, wenn man auch von keiner Seite dies heisse Eisen anfassen will. Von Sparen kann keine Rede sein; denn da, wo zu sparen wäre, wollen die Herren nicht sparen und auf der anderen Seite ist bereits angefangen, daß eine große Menge gewaltiger neuer Ausgaben bevorsteht. Man denkt sogar an das Zurückzahlen aller Anleihen zu geben und den verpulverten Reichsinvalidenfond zu ersetzen. Meiner Meinung nach hat der Schatzsekretär vollkommen recht, wenn er über die Größe der Einnahmen aus dem neuen Zolltarif sich sehr skeptische Vorstellungen macht. Es wird eben nichts anderes übrig bleiben, Sie mögen sich drehen und wenden, wie Sie wollen, als eine neue, lächerliche, derbe Steuererhebung. — Nun hat der Staatssekretär allen Vorwürfen, die ihm deswegen gemacht werden könnten, dadurch vorgebeugt, daß er versichert hat, die wirtschaftlich Schwachen würden geschont werden. Heute hat er schon einschränkend gesagt, „man werde erst sehen müssen, wie dieser Schatz stattfinden könne, ohne daß der Zweck neuer Geldmittelbeschaffung unmöglich gemacht wird.“ Ich will heut darauf nicht weiter eingehen, ich will Ihnen nur eins sagen. Ich erkläre Ihnen ganz einfach und offen, daß nicht nur die Sozialdemokraten, nicht nur unsere Wähler, sondern zahlreiche weitere Kreise an die Einköpfung dieses Wortes von der Schonung der schwachen Schultern nicht mehr glauben (Wiesaches „Sehr richtig“ bei den Sozialdemokraten) jedenfalls solange nicht, als bis es erfüllt ist. So ist ist dieses Wort schon gebrochen worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere Sie nur an die Vorgänge des Jahres 1887, wo Windthorst das gleiche Versprechen bekam und als die letzte Flottenvorlage kam, da wurde in Hunderttausenden und Millionen von Flugblättern das selbe Versprechen vom Zentrum wiederholt. Das Ende war der Zolltarif. Ich beabsichtige durchaus nicht, auf seine Bestimmungen hier einzugehen. Ich erwähne ihn nur deshalb, weil die jetzige Finanzlage dem Kollegen Spahn endlich das Verständnis herausgerissen hat, das alle Interpretationskünste nicht befähigen werden, daß der neue Zolltarif im Vergleich zu den Preisen des Auslandes eine Verteuerung auf dem inländischen Lebensmittelmarkt bringen wird, d. h. zu deutsch, daß eine Verteuerung der Lebensmittel in Deutschland infolge des Zolltarifs eintreten wird. Wir werden Sie an dieses Wort erinnern, wenn erst das deutsche Volk die Folgen dieses schamlosen Zolltarifs bezug der Handelsverträge am eigenen Leibe verspüren wird. Der Herr Dr. Spahn hat dem Herrn Reichs-Schatzsekretär, als dieser darauf hinwies, daß sogar jenes

Schönheitspfälsterchen des Zolltarifs

(Heiterkeit), nämlich die Wägen- und Wägenverpflanzung, in Gefahr sei, erwidert, dieses Schönheitspfälsterchen sei nicht nur nicht in Gefahr, sondern er hoffe sogar, daß aus den neuen Steuern noch weitere Geldmittel für diesen Zweck flüssig gemacht werden könnten. Nun, wir werden ja sehen. Ich möchte an das Sprichwort erinnern: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert! (Heiterkeit links.) An den Sozialdemokraten soll es ja nicht liegen, Ihr Gedächtnis zu stärken, wenn es schwach werden sollte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber keineswegs ist das warnende Wort des Reichs-Schatzsekretärs so unbegründet. Ein bekannter Zentrumsgabgeordneter hat dasselbe außerhalb des Hauses

ausgesprochen. Auch ein anderes Schönheitspfälsterchen des Zolltarifs ist ja schon auf dem guten Wege, abzubrodeln. Ich meine die Aufhebung des sächsischen Ottmars. Viele Städte haben jetzt schon, lange bevor an das Zustandekommen dieser Aufhebung zu denken ist, eine Eingabe gemacht, diesen Plan fallen zu lassen. Das deutsche Volk wird also auch vor diesen sächsischen Protektoren aus seiner Gut sein müssen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Herren sich dazu entschließen, endlich einmal unter dem Gesichtspunkte, daß die breiten Massen nicht weiter belastet werden dürfen, endlich an die Beratung der Steuerprojekte heranzutreten, so wird gar nichts anderes übrig bleiben, als die Einführung direkter Reichs-Einkommen-, Reichs-Vermögens- und Reichs-Erbchaftsteuern zu beantragen. Man fräunt sich dagegen aus föderalistischen Gründen. Aber der Hauptgrund, warum diese direkten Reichssteuern nicht kommen, ist doch der, daß die herrschenden Klassen zwar neue Ausgaben bewilligen, die Uere des Jahrens aber gerne den anderen überlassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn auch an der Einführung dieser Steuern noch lange nicht zu denken ist, so braucht man deshalb doch die Zuschußanleihe noch lange nicht zu bewilligen. Vielmehr muß man dann den verfassungsmäßigen Weg der Erhöhung der Matricularbeiträge beschreiten. Sie ist zugleich das einzige Element, welches geeignet ist, die steuerkräftigen Schultern zu belasten. Auch ist es zugleich der einzige Sporn, die Einzelstaaten als Mitglieder des Bundesrates zur Sparsamkeit zu bringen. (Sehr richtig links.) Freilich ist der Sporn sehr stumpf, weil die Einzelstaaten schon wissen, daß man sie nicht zu scharf fassen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit verlasse ich das Gebiet der Einnahmen oder vielmehr der Richtereinnahmen des Reiches (Heiterkeit im ganzen Hause) und komme zu den Ausgaben. Ueber die einzelnen Ausgaben wird man besser bei den Einzelberatungen sprechen. Das ganze Haus weiß ja, wie entschieden die Sozialdemokraten die ganze Kolonialpolitik verurteilen, so daß wir an den jetzigen Schwierigkeiten in Südvietnam keine Verantwortung tragen. In bezug auf den Etat der Militärverwaltung ist es ganz klar, daß noch keinem Kriegsminister die Begründung einer Neuforderung so schwer geworden ist als dem jetzigen. Von einem bevorstehenden europäischen Angriffskriege gegen uns darf man ja heute auch nicht einmal andeutungsweise zu sprechen wagen. Trotz der Ausführungen des Abg. Graf Stolberg ist Rußland so geschwächt, daß es auf lange hinaus uns nicht angreifen kann. Dadurch ist Europa geradezu von einem Alp entlastet, und Deutschland wird die günstige Situation hoffentlich nicht verpassen.

Die Ueberflüssigkeit neuer Kriegsausgaben

Nun hat ja allerdings der Herr Reichskanzler gemeint, in Frankreich seien noch immer Revanche-Ideen vorhanden und hat hinzugefügt, wir wären wohl unterrichtet darüber, welche Nähe Faure's mit seinen Bestrebungen habe. Er hätte uns auch darauf hinweisen sollen, welche Erfolge Faure's und die sozialistische Partei in ihrer unermüdblichen Kampagne für den Frieden und im Entgegenkommen an Deutschland erzielt haben, und daß ganz vor kurzem Faure's bei der Beratung des englisch-französischen Vertrages sich die Gelegenheit nicht hat entgehen lassen, dafür zu sorgen, daß dieser Vertrag nicht einer Mißdeutung angeheftet werde. Freilich gibt es in Frankreich Karren und Glende, die deswegen Faure's und die Sozialdemokraten als Vaterlandslose erklären, gerade so, wie es bei und solche Glende gibt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wenn weiter der Herr Reichskanzler erklärt hat, daß die Regierung schon deswegen an der Friedenspolitik festhalten werde, weil die Früchte eines europäischen Krieges der Sozialdemokratie zufallen würden, woraus die Herren ersehen können, welchen segensreichen Einfluß Sozialdemokratie auf die internationalen Beziehungen ausübt (Sehr gut! links und Heiterkeit), und da weiter die deutsche Reichsregierung feierlich dem Daager Friedenskongreß, der die Herabsetzung der übermäßigen Kriegslasten als Ziel der Bemühungen der Regierungen erklärte, in einer Thronrede ihre freudige Zustimmung hat zuteil werden lassen, so glaube ich, daß nach derartigen Friedensbotschaften es jetzt wenigstens so weit gekommen sein sollte, daß von einer Weitervermehrung des Heeres für einen denkenden Menschen nicht mehr die Rede sein sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß von konservativer Seite die Forderung der Heeresverwaltung als Minimum dessen, was zu fordern ist, bezeichnet wurde, wundert uns nicht. Das ist nur alte Gewohnheit. Im übrigen meine ich, daß die von diesen Rednern so sehr bewunderte Mäßigung der Kriegsverwaltung nicht so hoch anzuschlagen ist, einmal, weil sie keine freiwillige und andererseits wohl nur eine augenblickliche ist. Das Weitere werden Sie erfahren, wenn die große Flottenvorlage kommt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), deren Umriffe sich bereits längst zu zeigen beginnen, und auf die der Flottenverein mit seiner bekannten Agitation aus Leibesträften hinarbeitet.

Indem ich alle die überaus wichtigen Fragen des inneren Betriebes der Heeresverwaltung, die Disziplin, die Dienstzeit, die Abgrenzung der Pflicht des Gehorsams, wobei namentlich der Aderwitz, der in Dessau zu Tage getreten ist, zur Sprache zu bringen sein wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), später auf die zweite Lesung des Etats verschiede, wende ich mich nunmehr zum Herrn Reichskanzler.

Der Ton des Reichskanzlers.

Der Herr Reichskanzler hat sich wiederholt mit dem Tone unseres Fraktionsredners befähigt. Das gibt mir Veranlassung, ehe ich auf das Sachliche eingehe, auch über den feinen Ton mir eine Kundgebung zu erlauben. Der Herr Reichskanzler hat zu meinem persönlichen Erstaunen die Ausführungen unseres Redners wiederum, wie im vorigen Jahre, in einer so verärgerten — das ist ja wohl parlamentarisch (Heiterkeit) —, persönlichen Art erwidert, die in halbwegs konstitutionellen Ländern vollkommen unverständlich erscheint und die von der konservativen englischen Presse als mutwillige Herausforderung eines großen und machtvollen Teiles der deutschen Nation bezeichnet worden ist.

Es könnte gerade den Anschein erwecken, als ob der erste und allein verantwortliche — wenigstens formell — Beamte des Reiches nicht die Aufgabe fände, Rede und Antwort zu stehen und seine Politik, die seinen Namen trägt, zu verantworten, sondern als ob es für ihn gar keine höhere Aufgabe gäbe, als die größte Partei im Deutschen Reich nach Möglichkeit zu kräftigen. Aber auch ganz abgesehen vom parlamentarischen Rechte möchte ich fragen: was soll eine derartige Art und Weise eigentlich für einen Zweck haben? Zweifellos gibt es in diesem Hause und außerhalb Deutschlands, die daran Gefallen finden, und der Herr Reichskanzler kann naturgemäß stets des Beifalls einer großen Anzahl von Kollegen sicher sein, aber ich meine doch, daß er sich in bezug auf die bleibende Wirkung täuschen wird. Ich rede natürlich nicht vom deutschen Volk, das ja nicht augenblicklich, sondern erst später seine Antwort geben wird, aber die Schatzmacher, die Schürer von Ausnahmefällen, die Staatsrechtswörter, denen ich doch nicht bloß mit Wortgefechten gedenke, sie wollen Laten sehen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), sie wollen, daß die Sozialdemokratie an der Gargel gekocht wird, wie die seine diplomatische Sprache der konservativen Redner lautet. Ich glaube, der Herr Reichskanzler weiß gewiss sehr genau, daß diese Art des Vorgehens gegen die Sozialdemokratie ein sehr gefährliches Mittel ist (Lachen rechts) — wir wollen es erst abwarten, meine Herren — und daß dieser Weg auf die Dauer auch außerordentlich wenig Erfolg verspricht. Und der Herr Reichskanzler wird weiter wissen, daß, wenn ein solcher Weg beschritten würde, ihm die Fühel außerordentlich schnell entgleiten ober entrisfen würden, denn ein solcher Weg braucht einen starken Mann mit wenig Hirn und mit Nerven (Lachen rechts) — Ihre eigenen Worte, meine Herren! — mit Nerven bis zum Ausseren. Mir scheint, das ist der Herr Reichs-

Fanzler nicht (Heiterkeit). Wenn der verantwortliche Leiter eines großen Reiches sich mit einer der stärksten Triebkräfte der Nation beschäftigt, so sollte er sich doch weniger an Neugierigkeiten und an Kleinlichkeiten halten, und sollte mehr in den Kern eindringen.

Wie verschieden man auch im übrigen die Verhältnisse und die Parteien beurteilen mag, das wird man doch zugeben müssen: wer sich in der Zeit, wo tiefe Umgestaltungen im Innern des sozialen Körpers sich vollziehen, wo gewaltige Neuordnungen sich vorbereiten, nicht bemüht, dem Wesen des Sozialismus und der Sozialdemokratie gerecht zu werden, der mag ein pflichtgetreuer Beamter, mag ein formgewandter Diplomat sein, ein Staatsmann ist er keineswegs. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

#### Deutsche Russenliebe.

Mit diesen wenigen Worten, die ich an den Reichszanzler persönlich richtete, will ich mich begnügen; der größte Teil der sachlichen Ausführungen des Herrn Reichszanzlers hat die gegenwärtige innere und äußere Lage Russlands beziehungsweise das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihnen betroffen. Der Reichszanzler hat vor allem den einen Fehler gemacht, die Rolle der Regierung einerseits und der Parteien und der öffentlichen Meinung andererseits nicht genügend auseinander zu halten. Die Neutralität gegen einen fremden Staat liegt darin, daß die staatlichen Hilfsmittel nicht zur Einmischung in die Verhältnisse des anderen Staates verwendet werden. Wie Sozialdemokraten haben gegenüber Russland in diesem Punkte bis heute niemals etwas anderes verlangt, — und wenn der Herr Reichszanzler seine gegenwärtigen Ausführungen nach dieser Hinsicht überläßt, unter einem anderen Gesichtspunkt als dem, uns ins Unrecht und sich um jeden Preis ins Recht zu setzen, so wird er einsehen, daß sie hallos sind, und daß die Räte, die sie ihm zur Verfügung gestellt haben, ihn nicht zum besten bedient haben. Es gibt keinen Sozialdemokraten, der irgendwo eine Sehnsucht nach der gewagteren Kauf geküßert hätte, keinen Sozialdemokraten, der gewünscht hätte, daß wir irgendwo möglichst rasch vom Leder ziehen, keinen Sozialdemokraten, der einen Krieg mit irgend jemand gewünscht hätte, am allerwenigsten aber einen, der wünschte, daß unser Vaterland in einem solchen Kriege den kürzeren ziehe und eine Niederlage erleide. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man kann ja möglicherweise — und ich sage ausdrücklich möglicherweise — der theoretischen Meinung sein, daß die Früchte eines ausbrechenden europäischen Krieges der Sozialdemokratie zugute kommen würden, und der Reichszanzler selbst hat sich ja für diese Annahme erklärt; aber Sie dürfen uns doch deshalb nicht mit jenen Leuten aus den herrschenden Klassen und Parteien und Claqueurs verwechseln, die in jedem Augenblick bereit sind, das Kriegsfeuer zu entfachen, wenn sie nur ihre armseligen, dünnen Privat- und Parteipöppelchen daran wärmen können (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.), und nicht mit jenen, die auf eine

#### gewalttätige, militärische Lösung der sozialen Frage

im Innern ausgegangen sind und noch ausgehen, und deren Haß gegen die sozialen Bestrebungen so groß ist, daß man in einem Blatt den Gedanken hat lesen können: eine russische Invasion in Deutschland würde wenigstens den Vorteil haben, Deutschland vor der Pest der Sozialdemokratie zu bewahren. (Vielfaches Hörl! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten kennen kein größeres materielles und sozialdemokratisches Uebel und Unglück für die Menschheit als den Krieg und Bekämpfung von jeder auf das entschiedenste alles, was uns dem Krieg näher bringen könnte.

Wenn wir trotzdem eine Intervention zur Herbeiführung des Endes dieses Krieges nicht wünschen, so nicht deshalb, weil wir es nicht für wünschenswert hielten, sondern nur weil wir glauben, daß die gegenwärtige Situation dazu in keiner Weise geeignet ist, weil die Dinge auf dem Kriegsschauplatz wie auch im Innern Russlands, wo sich bedeutende und vielversprechende Anzeichen geltend machen, erst eine Entscheidung verlangen, ehe eine Intervention Erfolg verspricht. Was wir heute verlangen, ist nur Neutralität, aber nicht jene formelle, sondern die tatsächliche, deren Schärfe nicht durch den Wunsch, sich dem nächsten Nachbar gefällig zu zeigen, nach allen Richtungen umgeben sind. Unser Fraktionsredner Vebel hat eine Reihe von Anklagen nach dieser Richtung erhoben. Er hat darauf hingewiesen, daß in der weitesten Öffentlichkeit behauptet ist, daß seitens unserer Regierung an Material- und Menschenlieferung gegenüber Russland alles mögliche geschehen sei. Mit großem Bedauern habe ich sehen müssen, daß der Reichszanzler gerade hierauf nicht geantwortet hat. Ich erkläre, daß meine Partei es von niemand sich Abweisklären rüchelnig, daß meine Partei es sich von niemand verwehren lassen wird, unser nationales Gefühl ganz nach eigenem Ermessen einzuführen und über die Würde Deutschlands nach unserem eigenen Urteil zu entscheiden und ein ehrlicher Gegner sollte froh sein, wenn er auch noch so erbittert ist, daß uns diese Dinge am Herzen liegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb werden wir auch nicht ruhen und jede mögliche Gelegenheit ergreifen, um diese Fragen hier vorzubringen. Aber wir werden noch etwas anderes zu tun haben.

#### Ein Russenbump in Sicht?

Man spricht in der weitesten Öffentlichkeit davon, daß die Commission einer russischen Anleihe hauptsächlich in Deutschland erfolgt solle, und daß Deutschland jedenfalls das Zugeständnis gemacht worden sei, daß es einen großen Teil der betreffenden Summe für die Lieferung neuer Kriegsmaterials zurückerhalten werde. Ich kann nicht erweisen, was an diesen Gerüchten ist und bis zu welchem Grade sie richtig sind, aber darüber habe ich gar keinen Zweifel, daß es eigentlich ein Verbrechen wäre, den Deutschen zu raten, Russland unter den gegenwärtigen Verhältnissen Geld zu leihen (Lebhafte Zustimmung links) und daß es praktisch eine Verletzung ursprünglicher Neutralität wäre, wenn die Reichsregierung zuliebe, daß in Deutschland eine neue russische Flotte hergestellt würde, so lange noch der Krieg dauert!

Die offizielle Stellung des Deutschen Reiches, die ich hier skizziert habe, hat durchaus nichts zu tun mit dem Gedanken der Sympathie und Antipathie einer Partei. Sie können doch unmöglich verlangen — und ich weiß nicht, wie der Reichszanzler es sich vorstellt, einen freien Menschen dazu zu bringen —, daß, weil Russland sich im Kriege befindet, familiäre politischen Interessen der Deutschen an der politischen Grenze Deutschlands aufhören sollen, und daß der Deutsche alle seine Meinungen in bezug auf die allereinfachsten Grundlagen des kultivierten Staates zurückhalten müsse. Ich hätte vollkommen begriffen, wenn der Reichszanzler sich darauf beschränkt hätte, über die innerpolitischen Zustände Russlands zu schweigen.

#### Bälw als Verherrlicher des Knutenregiments.

Aber daß er den russischen Despotismus aus Freundschaft für Russland zu verteidigen und die Bekämpfung desselben durch Deutsche als Verbrechen und Gefährdung deutscher Interessen zu erklären unternähme, das hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich kann es mir nur erklären aus der traditionellen spezifisch-preussischen Vorliebe und Dienstwilligkeit für den russischen Nachbar, aus der Vorliebe und Dienstwilligkeit, die den deutschen Interessen schon so viel und so oft geschadet haben und in Russland in wenig schmeichelhafter Weise empfunden werden. Man sieht dort Deutschland wie eine Satrapie an, die die Verpflegung habe, von außen her über die Sicherheit des russischen Reiches zu wachen. Diese Auffassung hat ja auch Fürst Uchtomski in dem bekannten Satz ausgesprochen: „In politischem und wirtschaftlichem Interesse schweibe Welt man mit Russland.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das soll nichts weiter als eine

#### Rückversicherung gegenüber der Sozialdemokratie

sein. Das ist ja auch in dem bekannten Königsberger Prozeß ausgesprochen worden. Der damalige Staatsanwalt hat ausdrücklich erklärt, daß das Deutsche Reich an der Aufrechterhaltung des Völkertums des Absolutismus ein Interesse habe. Im übrigen meine ich, daß selbst diese Spekulation verkehrt ist; denn das Volkwerk kann nur Schutz bieten, wenn es selbst fest steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichszanzler hat gemeint, wir gingen darauf aus, die bestehende Ordnung in Russland umzuführen. Ja wohl, Herr Reichs-

zanzler, wir müssen das (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.), und wir haben da das ganze gebildete Europa und das ganze gebildete Russland hinter uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz selbstverständlich, weil heute in Russland auch nicht die allereinfachsten Ansprüche erfüllt werden. Der Reichszanzler hat uns aus unserer Behandlung des bekannten

#### Königsberger Prozeßes

einen Vorwurf gemacht, des Prozeßes, in dem alle Kunst des russischen Despotismus vor ein deutsches Gericht gestellt waren, jenes Prozeßes, dessen ganzer Ausgang die preussische Justiz in ihrem Ansehen so geschädigt hat, daß es nicht wieder gut zu machen ist. Er meinte, die Schuld der Angeklagten sei erwießen, daran sei gar kein Zweifel gewesen, nur an der juristischen Form und den juristischen Meinungsverschiedenheiten sei die Verurteilung gescheitert. Es ist mir doch verwunderlich, von dem Reichszanzler, der doch auch ein Stück Jurist ist, eine solche Meinung zu hören. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Schuld ist doch nur das, was auf Grund des Gesetzes als Schuld bezeichnet wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Neugierungen des Reichszanzlers könnten für mich sehr einladend sein, auf die Reichstagsverhandlungen im Jahre 1876 näher einzugehen. Ich will mich aber nur auf ein paar Ausführungen beschränken, die ein paar Lieblinge des Reichstages damals gemacht haben, die beim Reichstage in hohem Ansehen standen und heute noch stehen. Der Abg. Reichenberger hat damals für die Marxisten und deren Anhänger in Deutschland Partei ergreifen, und er hat dann weiter — und das trifft genau auf die heutigen Verhältnisse zu — darauf hingewiesen, daß auch bei dem Vorkonflikte die ganze öffentliche Meinung ebenso wie früher beim Aufstand der Griechen für diese, entschieden für die Polen Partei genommen hätte. Genau so ist es heute Russland gegenüber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Windthorst hat unter Bezugnahme auf 1866 gemeint, man sollte doch mit der Anerkennung fremder Staaten warten, bis sie ein Staat sind. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dann hat er gesagt: „Wir sehen in diesem Augenblick an der Donau ein ernstes Trauerspiel; da werden die Christen bedrückt von den Mohammedanern, und wenn deutsche Christen den Glaubensgenossen zu Hilfe kommen in irgend welcher Art — durch literarische Propaganda natürlich, nicht mit dem Schwert (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten) —, dann sollen sie dafür bestraft werden?“ (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Russen selbst gehen nicht so weit in der Auslegung des § 102 des russischen Strafgesetzbuches wie die Behörden in Deutschland und auch der Reichszanzler. Ich habe hier die Aeußerung eines russischen Rechtslehrers, Tagantzeff, der in der Einleitung zum neuen russischen Strafgesetz sich genau und eingehend befaßt mit diesen Bestimmungen. Er sagt darin unter anderem: „Der Staat kann jede Mißachtung gegen seine Institutionen strafen, aber er kann die Bürger nie zwingen, sich zurzeit eines Krieges zwischen zwei Mächten beiden Mächten gegenüber gleich zu verhalten, er kann ihnen Rückgebungen für die eine oder andere Macht nicht verbieten, und zwar nicht nur die Kundgebung einer rein abstrakten Sympathie, sondern auch solche, die konkreten Charakter hat, das heißt, die bereits übergeht zum direkten gewalttätigen Verfahren.“ Es stellte sich dann heraus, daß diese ganze Bestimmung, die in Königsberg angezogen wurde, sich nicht gegen Hoch- und Landesverrat richtet, sondern gegen Wirren und Unruhen, die man unter Umständen, namentlich für einen derartigen gewalttätigen Eingriff in die Zustände des Nachbarlandes, in Russland mit zwei Wochen Festungshaft für gefällig hält. Wir sollten doch in Deutschland nicht russischer sein wollen als die Russen selbst. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat der Reichszanzler ja erklärt, die preussische Regierung werde an zuständiger Stelle sich über den Königsberger Prozeß äußern. Unter zuständiger Stelle verstehen wir den Reichstag (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und wir werden auch entsprechende Maßnahmen treffen, daß in voller Öffentlichkeit auch der Prozeß hier im Reichstage verhandelt wird. Es ist für mich gar kein Zweifel darüber, daß der größte Teil der Parteien, die feindselig unserer Partei gegenüberstehen, dadurch sich nicht davon abhalten lassen kann, selbst zu sehen, welcher Fehler gerade mit diesem Prozeß damals gemacht worden ist. Im übrigen will ich auf die russischen Verhältnisse nicht weiter eingehen, ich begnüge mich für heute damit, mich dem von Vebel Gesagten anzuschließen, namentlich auch in bezug auf das, was er gesagt hat über das Gefühl der brennenden Scham, die man als Deutscher über die russischen Dienste fühlt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ueber unser Verhältnis zu England will ich nicht sprechen, schon um nicht Del ins Feuer zu gießen. Die Erörterung darüber, wer Schuld hat haben und drüben, kann die Dinge nur verschärfen. Wir haben kein Interesse daran, den englischen Jägern einen Vorwand zu bieten; wir wünschen mit England, obwohl wir seine Konkurrenten sind, mit dem uns aber doch mächtige kulturelle Bande verbinden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), in Freundschaft zu leben. Auch über unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn will ich nichts sagen, schon deswegen nicht, weil diese Dinge besser bei den Handelsverträgen zu besprechen sind. Nur ein paar Worte habe ich noch zu sagen über den

#### Depeschenwechsel mit dem Präsidenten Roosevelt.

(Vizepräsident Graf Stolberg greift zu Glode.) Was zunächst die Form dieser Depesche betrifft, so können wir in Deutschland in der Vermeidung von Ueberschwenglichkeiten und in kühler Reserve von Nordamerika etwas lernen. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch was die „granitine Grundlage“ anlangt, so entspricht sie wohl mehr dem Wunsch, als den Tatsachen. (Erneute Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Oberhaupt des Reiches hat sich in jener Depesche mit Recht nicht bloß darauf beschränkt, dem ersten Beamten des amerikanischen Volkes Lebenswünschlichkeiten zu sagen, er hat darin auch seiner aufrichtigen Bewunderung für Amerika und seine Bürger Ausdruck gegeben. Wir Sozialdemokraten sehen nun in den amerikanischen Zuständen durchaus nichts Ideales, weil der republikanische Kapitalismus um nichts besser ist, als der monarchische Kapitalismus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber in anderer Richtung kann man von amerikanischen Völkern lernen. Zum Wesen dieses bewunderten Landes und Volkes gehört es, daß es politische Freiheit und Selbstbestimmung besitzt, daß der Wille des Volkes ausschlaggebend ist, daß es keinen erbliehen, angeblich von Gottes Gnaden eingesetzten Regenten besitzt, sondern einen Präsidenten, den es selbst wählt und dessen Mandat es in kurzer Zeit zurücknimmt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Amerika bedarf es nicht einmal Gesetze, um eigenmächtige Eingriffe in die Volks- und Parlamentsrechte abzuwehren (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), während wir in unschuldig ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu erreichen suchen. Da es nun nicht verschiedene göttliche Gesetze geben kann, kann der lokale Deutsche daraus lernen, daß die Ordnung der Staaten und Gesellschaften nichts Absolutes und Unveränderliches ist, daß alles dem Geiz der Entwicklung unterworfen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und der lokale Deutsche wird einsehen, daß das deutsche Volk, das nicht weniger geliebt ist, als das amerikanische, das nicht weniger mündig ist, als das amerikanische, daß das deutsche Volk von Amerika vieles lernen kann, vor allem aber das eine: Vergleichen mit dem amerikanischen, ist das deutsche Volk getraut und unfrei: diese Verhältnisse aber brauchen nicht in Ewigkeit fortdauern, sondern das deutsche Volk soll sich ermannen und freieren Verhältnissen entgegenarbeiten! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### Reichszanzler Graf Bälw:

Ich möchte zuerst in aller Kürze eine Bemerkung des Abg. v. Böttmer richtig stellen: Der Herr v. Böttmer sagte, ich hätte am letzten Montag von der Sozialdemokratie in einem so erregten Tone gesprochen. Meine Herren, so leicht erzeuge ich mich nicht. Ich denke nach dieser Richtung wie der alte Feldmarschall Wrangel. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Als der alte Feldmarschall Wrangel bereits von seinem Adjutanten gefragt wurde, ob er sich nicht ärgere, daß eine Befestigung so leicht ausgefallen sei, da erwiderte er: „Ich ärgere mich nicht, Zuzuf bei den Sozial-

demokraten: mir! mir! Große Heiterkeit.) „Ich ärgere mich nicht mit, ich ärgere lieber andere.“ (Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Weiter hat Herr v. Böttmer gemeint, ich hätte die Sozialdemokratie durch meine Rede herausgefordert. Meine Herren, ich wundere mich, daß selbst ein so hervorragender Dialektiker wie der Abg. v. Böttmer es in Vergessenheit zu bringen suchte, daß doch immer die Sozialdemokratie der angreifende Teil ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie richtet ihre Angriffe gegen die Regierung, gegen das Vaterland, gegen die Krone, gegen den Altar, gegen die heutige Gesellschaftsordnung, kurz gegen alles, was uns heilig ist. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Aber wenn wir nun auch einmal einen Angriff gegen sie richten, so wird sie empfindlich. (Ironischer Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Sie geben uns wirklich einen guten Vorgeschmack von der Meinungsfreiheit innerhalb Ihrer Reichen! (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Vorläufig sind wir noch nicht der Schmel, auf dem man nach Belieben herumtrampeln kann. (Weisfall rechts.) Die Sozialdemokratie aber will das Pfälzchen „Mährischschlesien“ sein, das man nicht verletzen darf. (Weiterkeit und ironischer Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. v. Böttmer mir über meinen Ton Vorwürfe gemacht hat, so kann ich erwidern, ich lese in der mir wohlgesinnten Presse fast täglich, ich sei zu human gegen die Sozialdemokratie, ich beschränke mich ihr gegenüber zu urbaner Formen. (Sehr richtig! rechts), ich solle doch einmal grob werden, das gefalle dem deutschen Volke. (Weiterkeit im ganzen Hause.) Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß gerade der sozialdemokratische Redner mir meine Tonart vorwirft, wo ich in einem Blatte, welches dem Abg. v. Böttmer zwar nicht besonders nahesteht, aber doch immerhin zu derselben Partei gehört, zu der sich auch der Abg. v. Böttmer rechnet, wo ich in diesem Blatte lese... ich bitte um die Erlaubnis, den kurzen Artikel vorlesen zu dürfen: (Mit lauter Stimme): Die konservativen Wegelagerer (Weiterkeit rechts), die Zentrumsgauner (Weiterkeit im Zentrum), die nationalliberalen Jesuiten (Weiterkeit im ganzen Hause), und, als oberster der Philister, Eugen Richter (Große Heiterkeit)? — Meine Herren, über die hervorragenden Eigenschaften des augenblicklich leider schwer erkrankten Abg. Richter wurde hier im Hause nur mit großer Achtung gesprochen (Weisfall) und zwar seitens des Abg. v. Kardorff —, fielen wie eine Horde Krippenreiter (Große Heiterkeit), über die abgemagerte Minderheit her; der Hauptmann der Bande (mit lauter Stimme): der parlamentarische Strolch von Kardorff (Weiterkeit), macht den Regisseur, der Reichsgerichtsrat Spahn illustrierte die deutsche Klassenjustiz in Permanenz durch (mit lauter Stimme) einen niederrichtigen Staatsreich (Weiterkeit) und der (mit lauter Stimme) beschäftigungslose Adolat und Streber Wassermann (Große Heiterkeit) gab zum erstenmal in seinem Leben einen juristischen Kommentar. Es ist heute überflüssig, an die (mit lauter Stimme) schamlosen Dubenflücker (Weiterkeit) an die infame Affensohle (Große Heiterkeit), dieses parlamentarischen Gesindels (immer erneute Heiterkeit) zu erinnern, das damals (mit lauter Stimme) wie eine Sauherde über Geschäftsordnung und Verfassung hineinbrach und niedertrampelte, was ihr im Wege war.“ (Erst allmählich tritt wieder Ruhe im Hause ein.) Deren, die sich einer solchen Tonart befleißigen, wollen mir Vorwürfe machen, ich griffe sie im erregten Tone an. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Man hat mir vorgeworfen, ich hätte kein Verständnis für die Sozialdemokratie. Ich habe im Gegenteil die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei und besonders die Haltung eines so hervorragenden Politikers und Parlamentariers, wie es der Herr Abg. v. Böttmer ist, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Vor zwei Jahren wurden ja in manchen Kreisen manche Erwartungen geknüpft an den Revisionismus. Wie der edle Rosa in Schillers Don Carlos vor den bösen König Philipp (Weiterkeit), so trat damals der Revisionismus vor den Führer der sozialdemokratischen Partei: Sie, geben Sie Gedankenfreiheit (Große Heiterkeit rechts). Der sagte aber: Sonderbarer Schwärmer (Erneute Weiterkeit rechts) und ließ durch seinen Freund Herrn Kauffmann erklären, in der sozialdemokratischen Partei sei sogar das Anzweifeln der gerade herrschenden Meinung gefährlich und nicht erlaubt (Abgeordneter Vebel: Wollen Sie das wörtlich zitieren!) Ich werde Ihnen den Artikel zusenden, ich habe ihn nicht wörtlich im Gedächtnis. Ein französisches sozialdemokratisches Blatt, die „Humanität“, sprach damals von der Unbilligkeit und dem Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie. (Hörl! hört! rechts.) Da dachte sich der Revisionismus, da überließ er die Führung den utopistischen Voltinieren, da zog er sich zurück von denjenigen, die das mit selbster Scharsinn, seltener Denkfraft, mit ungewöhnlichen Kenntnissen und mit noch ungewöhnlicherer Dialektik konstruierte, aber durch die geschichtliche Entwicklung der Dinge in seinen Fundamenten erschütterte System von Marx für ein Dogma halten, so stark und so unanfechtbar wie nur je irgendein asiatisches Dogma. Als der Revisionismus sich damals so zurückzog und dachte, da schaltete er sich aus der Zahl der Realpolitiker treibenden Faktoren aus. Die Behandlung, die ihm damals zu teil wurde, könnte unser Mitgefühl erregen, wenn nicht, wie der Herr Abg. Böttmer treffend sagte, die Politik bis zu einem gewissen Grade das Mitgefühl ausschleife, aber auch die Art und Weise, wie damals der Revisionismus reagierte oder nicht reagierte, könnte ein gewisses Mitgefühl herbeiführen. Deshalb hat es keinen praktischen Wert, wenn die Herren von jener Richtung sich mit Mäßigung — ich brauche wieder einen Ausdruck Herrn v. Böttmers: mit relativer Mäßigung — ausdrücken, so lange sie nicht insand sind, sich zu emanzipieren von dem Herrn, den ich nicht bei Namen nennen will, den aber vor zwei Jahren Herr v. Böttmer mit seinem Wig mit dem Lord-Protektor Cromwell verglichen hat. (Weiterkeit rechts.) So lange Sie sich mit ihm auf eine Stufe stellen, so lange haben ihre relativ gemäßigten Anschauungen auch nur einen akademischen Wert, und daß in der sozialdemokratischen Partei das Akademische nicht allzuhoch bewertet wird, das wissen wir seit dem Dresdener Parteitag. (Stürmische Weiterkeit.) Herr v. Böttmer hat sich eingehend mit unserem Verhältnis zu Russland beschäftigt und gemeint, es sei ein Unterschied zwischen der Haltung einer Partei und den Handlungen einer Regierung. Das kann ich nicht zugeben. Die Ansicht, daß es gleichgültig sei, wie die Parteien, wie die Presse, wie das Parlament sich zu großen Fragen der auswärtigen Politik stellen, trifft heute nicht mehr zu. Wir gewinnen nicht an Ansehen, wenn wir schwierige Fragen der internationalen Politik lediglich von dem Parteistandpunkt aus behandeln. Gerade so, wie man während des südafrikanischen Krieges auf falschem Wege war, als man sich von Gefühlen leiten ließ, als man das vermeintliche moralische Recht oder Unrecht verwechselte mit dem nationalen Vorteil oder Nachteil, so ist man heute auf einem Irrwege, wenn man sich in der auswärtigen Politik nur vom Gefühl oder gar von Fraktionsrücksichten leiten läßt. Darum wiederhole ich, wir halten Russland gegenüber fest an demjenigen Maß wohlwollender Neutralität, das unserem traditionellen Verhältnis zu Russland entspricht. Ich kann nur wünschen, daß alle Parteien, die öffentliche Meinung und die Presse dieselbe Linie einhalten mögen. Wir Deutschen haben einen unglücklichen Gang, in fremden Handeln für den einen oder anderen Partei zu nehmen, und uns mit unserem Urteil in fremde Streitigkeiten einzumischen. Dabei kommt praktisch viel heraus. Es ist ein Angel an politischer Erziehung, wenn bei uns weite Kreise sich hineinreden und hineinschreiben lassen in eine so heftige Parteinahme und dabei womöglich noch denken, es schade nichts, wenn die Regierung sich nur korrekt verhält. Die Abgeordneten wie die Presse sollten sich bewußt sein der Verantwortlichkeit, die auf ihnen ruht, das Schwereitigkeiten, die aus der Erregung von Volkseidenschaften für den Gang unserer auswärtigen Interessen erwachsen. Ich will gern anerkennen, daß unsere ganze Tagespresse von der „Augsburger Zeitung“ bis zur „Frankfurter Zeitung“ sich gegenüber dem ostasiatischen Kriege einer anerkennenswerten Ruhe und Besonnenheit befleißigt. Ich kann aber zu meinem Bedauern daselbst nicht von der Wisperesse sagen. Gerade so wie sie bei dem südafrikanischen Kriege in maßloser Heftigkeit, die bis zu Schmähungen auswärtete,

Garter genommen hat, so verfolgt sie auch jetzt den einen Gegner wegen seiner bisherigen Unfälle mit einem Hohn und Spott, der doppelt bedauerlich ist angesichts der von diesem Gegner bewiesenen Tapferkeit. (Bravo! rechts.) Die Freiheit, die ich der Wippsche im übrigen gern gönne — aber mich möge sie schreiben was sie will, da gebe ich ihr volle Mädelnfreiheit (Heiterkeit) — diese Freiheit muß ihre Grenzen finden in einem gewissen Maß von politischer Einsicht, das verhindert, bei dem Unglück eines Dritten schadenfroh zu sein.

Solch bössartige Illustrationen liefern im Auslande nur Material zu Hegerien gegen das deutsche Volk. (Sehr wahr!) Solch rohe Witze und bössartige Illustrationen können oft mehr Schaden anrichten, als ein leidenschaftlicher Leitartikel oder selbst als Reden, wie wir sie bisweilen von dieser Seite (zu den Sozialdemokraten) dieses hohen Hauses gehört haben. (Heiterkeit.) Ich vermag auch keinen mildernden Umstand darin zu erkennen, daß solche Wippsblätter meist von blutigen Nichtpolitikern entworfen oder inspiriert werden. Heute muß die Nation die Fenster sehen, die ihre Presse einschmeichelt. Dieses Gefühl der Verantwortlichkeit müssen wir uns mehr bewußt werden. — Nun hat Herr Vollmar weiter gemeint, die Sozialdemokratie wolle keinen Krieg mit Rußland. Ja, dann müßte Herr Vollmar damit anfangen, den Herrn Abg. Bebel zu verhindern, so zu sprechen, wie er es nun schon zu wiederholten Malen getan hat. Wie weit sein Einfluß in dieser Richtung reicht, weiß ich ja nicht. (Heiterkeit.) Eins ist sicher: je mehr Sie gegen Rußland ins Feld ziehen, um so mehr muß ich mich bemühen, die Beziehungen zu Rußland in friedlichen und freundschaftlichen Bahnen zu halten. Angriffe, Invektiven, aus denen keine kriegerischen Konsequenzen gezogen werden, sind immer von Uebel. Der andere wird immer gereizt, und man blamiert sich selbst, wenn man seinen Worten nicht die Tat folgen läßt. (Sehr richtig! rechts.) Herr v. Vollmar ist dann wieder auf den Königsberger Prozeß zurückgekommen. Ich hatte bereits gesagt, daß ich über ihn nicht als Jurist, sondern als Politiker gesprochen haben, und kann nur wiederholen: alles, was Herr v. Vollmar gesagt hat, ändert nichts an der von mir konstatierten Tatsache, daß die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften gegen die russische Regierung arbeitet. Dadurch aber schädigt sie das gute Verhältnis, in dem wir zu Rußland stehen müssen, das in friedlichen Bahnen zu halten die Aufgabe unserer Politik ist. Wie mehr hat es mich gefreut, daß Herr v. Vollmar die nationale Note betont, daß er für seine Partei Patriotismus verkannert hat, ihr einen nationalen Mantel umgehängt hat. Wenn Herr v. Vollmar mit Beharrlichkeit auf diesem Wege fortfährt, kann er sich vielleicht noch zu einem deutschen Jaurds entwickeln. (Große Heiterkeit rechts.) Das möchte ich ihm aufrichtig wünschen. Herr v. Vollmar hat auch dunkle Andeutungen gemacht, als ob wir Rußland gegenüber irgendwie gebunden wären. Auch in dem offiziellen Parteiprogramm der sozialdemokratischen Partei sind derartige Andeutungen enthalten gewesen. In einem angeblich auf Grund der Behauptungen eines englischen Vorkämpfers Whites in Berlin entstandenen Artikel des „Vorwärts“ hieß es, daß Deutschland offenbar durch einen Vertrag mit Rußland sklavisch gebunden sei. Die hodenlose Willkürigkeit Rußland gegenüber sei nur daraus zu erklären, daß man sich vor unangenehmen Enthüllungen Rußlands fürchte. Rußland hätte in einem Geheimvertrage eine Waffe gegen Deutschland usw. — Ich bin wirklich kein unbedeutender Mensch; aber halten Sie mich in der Tat für einen so kolossalen Dösen? (Stürmische Heiterkeit.) Für die große Mehrheit dieses Hauses brauche ich wohl nicht zu sagen, daß ein solcher Vertrag nicht existiert.

Herr v. Vollmar hat dann gesagt, die auswärtige Lage sei eine so friedliche, daß er nicht einsehe, weshalb wir unsere Wehrkraft verstärken müßten. Wir zweifeln gewiß nicht an der Aufrichtigkeit der Friedensversicherungen der Regierungen und der Großmächte. Ich kann auch hinzufügen, daß die zwischen den Mächten bestehenden Allianzen sich mehr und mehr als Instrumente des Friedens bewährt haben. Aber ich darf doch dagegen nicht die Augen verschließen, daß es in Europa auch Unterströmungen gibt, die zu kriegerischen Verwicklungen drängen. Denken Sie nur an die Medanagefälle in Frankreich. Eins ist sicher: daß, wenn Deutschland seit dreißig Jahren ein Hort des Friedens, der Mittelpunkt der internationalen Friedensbewegung ist, es das nur hat sein können, weil es stark war. (Sehr wahr! rechts.) Ein schwaches Deutschland würde sofort kriegerische Reaktionen groß werden lassen, ein schwaches Deutschland, und damit will ich schließen, würde nicht nur für uns eine Gefahr sein, sondern auch für den Weltfrieden, den wir alle zu erhalten wünschen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Z.)

polemisiert zunächst gegen den Abg. v. Vollmar, bleibt aber im einzelnen völlig unverständlich. Er spricht zunächst von der Stellung der französischen Sozialdemokraten zu den Heerforderungen und von dem Jtat des Abg. v. Vollmar, daß ein Abgeordneter gesagt habe, für seinen Wahlkreis habe der Jolltarif kein Interesse, weil da nur Kleinbauern wohnen. Es sei nicht schön, eine solche heiläufige Behauptung, die im Eisenbahncourp gefallen sei, hier nach Jahren öffentlich auszusprechen. Der Königsberger Prozeß sei in der Tat kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte, er werde bei anderer Gelegenheit noch mehr darüber sagen. Der Redner verwahrt sich dann gegen den Vorwurf des Abg. Bebel, als hätte er nichts Wichtigeres vorzubringen gewußt als den Wunsch nach Einschränkung der Beamten im Reichsgeldmehrsamt usw. Bebel hätte von Singer erfahren können, daß die Absicht bestände, den ganzen Etat des Reichsamts des Innern im Plenum zu verhandeln; daher erkläre sich seine übrigens ganz heiläufige Bemerkung. Redner fährt dann lauter sprechend fort: Besonders viel haben sich die beiden sozialdemokratischen Redner darauf zu gute getan, daß ich endlich zugegeben hätte, der Jolltarif verteuere dem Volke die Lebensmittel. Ich habe aber bereits bei der ersten Lesung des Jolltarifs im Jahre 1901 genau dieselben Ausführungen gemacht. Ich habe immer zugegeben, daß die Gesamtbelastung der Lebensmittel des deutschen Volkes bedeutend höher ist, als die der Arbeiter des Auslandes. Das liegt schon vor, und es ist durchaus nicht notwendig, daß die Preise der Lebensmittel durch den neuen Jolltarif weiter steigen, wenn es auch andererseits möglich ist, daß die Belastung bei den anderen Völkern noch geringer wird. (Hört! hört! links.) All das habe ich schon bei der ersten Lesung des Jolltarifs ausgeführt. Ich kann dem Abg. Bebel ferner nicht zugeben, daß er ein Recht hat, vom Bankrott unserer Steuerpolitik zu sprechen. Die seinerzeit von uns vorgeschlagenen Steuern liefern gute Erträge.

Der Reichskanzler ist auch wieder auf die Vorgänge in Südwesafrika zu sprechen gekommen; ich will die Denkschrift nicht weiter erörtern, aber ich muß doch mein großes Erstaunen darüber ausdrücken, daß unter den uns vorgelegten Schriftstücken ein wichtiger Brief Samuel Mhlereros vom 12. März 1904 fehlt. (Hört! hört! links und in der Mitte.) Diese neue Denkschrift über den Herero-Aufstand zeigt übrigens, wie wenig gewissenhaft die Uebersichten angefertigt werden, die uns alljährlich zugehen. Alle die Eingaben der Rheinischen Missionsgesellschaft, die den einzigen richtigen Vorschlag der Schaffung von Reservaten für die Eingeborenen machte, sind uns vorenthalten worden.

Zum Schluß bin ich doch genötigt, noch einmal auf die Diätenfrage einzugehen. Der Reichskanzler vermehrt neues Beweismaterial, hat aber die Diätenforderung doch schon auf Grund des alten Materials als berechtigt anerkannt. Dann aber tut er nicht recht daran, wenn er den Abgeordneten vorenthält, was ihnen zukommt. (Sehr gut! im Zentrum.) Nicht dem Abg. Bebel, sondern dem Reichskanzler haben die Revisionsinstanzen zugehört: Sie, geben Sie Gedankenfreiheit! Denn die ist nur möglich, wenn das Reichstags-Mandat bezahlt wird. Dann könnte es nicht wieder vorkommen, daß ein Abgeordneter, der sein Mandat niedergelegt hat, auf eine neue Kandidatur verzichten muß, weil der Parteivorstand erklärt, ihm keine Diäten zahlen zu wollen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Dadurch, daß alle Stämme hier zusammen arbeiteten, ist

der Reichstag Träger des Einheitsgedankens geworden, nicht die deutschen Fürsten. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum und links.) Wir eilen in unseren Gedanken den einzelnen Volkstümern voraus, aber wenn wir uns auch bisweilen zurückhalten müssen, um uns nicht vom Volk zu trennen, so sind wir doch die Repräsentanten des Reiches und das sollte man uns nicht unmöglich machen. (Erreuter lebhafter Beifall im Zentrum und links.) Der Versuch des Reichstages ist nicht schlechter als früher geworden; nur dadurch, daß die Sozialdemokratie Parteibüden hat, wird sie vom Akzentismus viel weniger betroffen als die anderen Parteien, und darin liegt die Gefahr für die Reichsverfassung. All das ist nur für den neu, der sich nicht die Mühe gibt, in ständiger Verbindung mit dem Reichstage zu bleiben. Aber wenn der Reichskanzler sich diese Tatsachen vergegenwärtigt hätte, so hätte er uns nicht eine ablehnende, sondern eine zustimmende Antwort gegeben. (Lebhafter, anhaltender Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Stöder (links):

Wir stehen jetzt 20 Jahre in der Kolonialpolitik. Ich würde es für keinen Ruhm des deutschen Charakters halten, wenn er etwas fortwerfen würde, was nicht gleich gelingt. Die große nordliche und heilsame Politik, die getrieben wird, macht auf die Partei, welche die Vertretung der Arbeiterinteressen auf ihre Fahne geschrieben hat, gar keinen Eindruck. Herr v. Vollmar sagt: Wir stehen dieser Politik ablehnend gegenüber. Ja, was haben Sie (zu den Sozialdemokraten) nicht schon alles abgelehnt! Sie lehnen das ganze Reichsbudget ab, und da können Sie auch nicht verlangen, daß wir auf Ihre Ablehnungen auch nur einen Pfifferling geben. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Ebenso wenig geben wir etwas auf das hohe Pathos, mit dem Sie das Volk in Aufregung bringen, wenn wir daran denken, welche Stellung die äußerste Linke dem Vaterlande gegenüber einnimmt. Mit den Millionen, die uns die Kolonialpolitik kostet, könnten soziale Reformen vorgenommen werden, gewiß, aber sie ist notwendig. Den Kriegsminister bitte ich, darauf hinzuwirken, daß der Prunk bei den Offizieren nicht überhand nimmt. Wenn gesagt wird, daß die Kavallerie eine Lieblingswaffe sei, so steht doch bei Freund und Feind fest, daß der günstige Mißfall, der an unsere Armees gelegt wird, beruht auf der günstigen Wirkung, die unsere Kavallerie in den Kriegen ausgeübt hat.

In Afrika sängt jetzt die äthiopische Bewegung an, uns Sorge zu machen. Die Hereros sind begnügen, aber wie soll man die einzelnen Haufen, die das Land durchstreifen, zwingen, die Waffen niederzulegen? Hätte man rechtzeitig Reservate angelegt, so wäre es vielleicht nicht zum Aufstand gekommen.

Ich komme zur inneren Politik. Herr Bebel hat uns Charakteristika, Deutchei, Unterdürftigkeit vorgeworfen und hinzugefügt: Man mag nicht zu sagen, was man meint. Wie kann man seine Mitbürger so beleidigen! Freilich, Braun hat ja auch Nechring niederträchtige Verträge vorgeworfen und Nechring hat erwidert, daß das, was ihm gegenüber an schmutziger Vertheidigung geleistet sei, nicht feinesgütchen habe. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) sich solche Vorwürfe machen, so haben Sie doch kein Recht, so etwas dem deutschen Volk und dem Reichstage nachzusagen, wir verbitten uns das! Die Sozialdemokratie vergißt selbst die Jugend bis ins innerste Herz; daß es die wichtigste Aufgabe der Regierung ist, sie zu bekämpfen, leidet keinen Zweifel, es handelt sich ja um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Herr v. Vollmar sagte, der Herr Reichskanzler sei nicht fähig, den Sozialismus zu verstehen. Ja, wenn Sie nichts weiter wären als Sozialisten, die für das Wohl der arbeitenden Massen eintreten wollen, die die Arbeiterklasse auch geistig und sittlich heben wollen, dann wären Sie uns willkommen. (Abg. Bebel: Ihnen wollen wir gar nicht willkommen sein! Heiterkeit.) Aber Sie (zu den Sozialdemokraten) sind verbunden mit dem Kampf gegen alles, was edel und groß ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wie ist es zu erklären, daß in Essen die Sozialdemokratie plötzlich so kolossalen Aufschwung genommen hat? Da hat allein das Zechenlegen schuld, sowie in Hesse-Rhassau die Erhöhung der Steuern der Fleischbeschau. In solchen Dingen sollte die Regierung beizeiten eingreifen. Man sollte die christlich-sozialen Vereine weit mehr fördern. Herr Spahn forderte Gleichberechtigung. Diese ist gewiß erwünscht, aber sie ist nur möglich, wenn der Katholizismus den Protestantismus als einen berechtigten Teil der Christenheit anerkennt. Zum Schluß bitte ich die Regierung nochmals, die christlich-soziale Arbeiterbewegung zu fördern. Wenn wir hier wirkliche Arbeiter-Vertreter haben wollen, so gehören dazu auch Anwesenheitsgelder. Unter dem Gesichtspunkte des Kampfes gegen die Sozialdemokratie sind diese unerlässlich. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.):

In der Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat mich am angenehmsten berührt, was in ihr nicht enthalten war, daß er nämlich die Behauptung der „Königlichen Volkszeitung“, die Regierung ginge ernsthaft mit dem Gedanken einer Reichs-Vermögenssteuer um, nicht demontiert hat. Wenn die Vorarbeiten, von denen der Herr Reichs-Schatzsekretär sprach, sich wirklich auf die Vermögenssteuer beziehen sollten, würde er vielleicht in den Annalen der Geschichte als Reichs-Miquel fortleben. Ich könnte mir kein größeres Verdienst um die finanzielle Zukunft des Reiches denken, als die Einführung einer solchen Steuer, durch die alle Vermögen über 100 000 Mark progressiv steigend belastet würden. Selbstverständlich dürften die Großgrundbesitzer von dieser Steuer nicht ausgeschlossen sein, wie es die Agrarier schon gefordert haben. Das würde einmal den Ertrag der Steuer mindern, und zweitens würde dadurch den zahllosen Liebesgaben für die Agrarier die allergehäufigste hinzugefügt werden, für die wir ja allerdings ein trauriges Vorbild in der sächsischen Steuer-gesetzgebung haben. Neben dieser Steuer käme dann noch eine Reichs-Erbchaftsteuer in Betracht. In England hat die Erbschaftsteuer bereits 350 Millionen gebracht, bei uns sind an Erbschaftsteuern der einzelnen Staaten nur 25 Millionen eingenommen.

Meine Herren! Ich komme jetzt zu dem Dessauer Kriegsgerichtsurteil. Eine tiefe Erregung durchdrangte das Volk, als es von diesem Urteil vernahm. Nicht nur die Sozialdemokraten! Ich war an demselben Abend in einer Versammlung und hörte da, wie Mitglieder von Kriegervereinen, die vorher den Kaiser mitempfangen hatten, sich eins waren in der Beurteilung dieses Urteils. Eine Vagante war es, deren sich die Beurteilten schuldig gemacht hatten. Ein Unteroffizier, der so betrunken war, daß er zu seinem Seitengewehr im Rauche noch ein zweites überzuschnallen versuchte, rumpelt einen Soldaten an, zieht darauf sein Seitengewehr und schlägt wie ein Rasender um sich. Die Soldaten schühten sich, indem sie dem Unteroffizier sein Seitengewehr entwandten. Das ist nur „Kultur“, wegen dessen die beiden Gemeinen 5 Jahre Zuchthaus erhielten, und der Urheber des Ganzen kommt mit 3 Monaten Gefängnis weg! Wenn man sich § 107 des Militär-Strafgesetzbuches ansieht, so sind 5 Jahre Zuchthaus allerdings die Mindeststrafe. Nun hätte das Gericht ja nicht diesen Paragraphen anzuwenden brauchen; aber man muß damit rechnen, daß in der Militärjustiz nicht bloß Leuten, sondern meist auch nur Durchschmittsjustiz vertreten sind und ein solcher Paragraph mechanisch zur Wirkung kommen wird. Wir fordern die Herabsetzung der Mindeststrafen. Und zwar durchgehend. Wir müssen sie fordern, meine politischen Freunde und ich, die wir die Erhaltung unseres Heerwesens in der jetzigen Form wünschen, weil solche Strafen der Sozialdemokratie das beste Propagandamittel sind. Die Disziplin kann doch unmöglich gefördert werden durch solche lächerlichen Ungerechtigkeiten. Wir wollen in der Armees keinen Kadaverespekt, aus Furcht vor barbarischen Strafen, sondern Gehorham aus Überzeugung! — Aber wenn die Dessauer auch gewußt hätten, daß sie Zuchthaus bekommen würden, so hätte das nichts daran geändert, daß sie nur taten, was sie mußten, was ihre Pflicht war! (Beifall links und im Zentrum.) Jawohl! Sie taten nur ihre Pflicht! Sollten sie diesen Wüterich weiter um sich schlagen lassen, nachdem er schon mehrere Passanten verumdet hatte?

Unsere politische Lage ist ja nicht so glänzend, daß man leichten Herzens darüber sprechen könnte. Ganz mit Recht hat der Reichskanzler betont, daß alle Völker stets ihre Friedensliebe beteuern, aber sich dadurch nicht haben hindern lassen, acht Tage später einen großen Krieg zu beginnen. Nun glaube ich gern, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk ernsthaft ihre friedlichen und freundschaftlichen Gefühle für alle anderen Nationen befehlen. Aber die freundschaftlichen Gefühle der anderen Völker sind nicht so stark. Sie stehen zu den unseren etwa in demselben Verhältnis, wie die Telegramme, die von uns ausgehen, zu denen, die wir bekommen. (Heiterkeit.) Darum sollte die Regierung nichts zulassen, was wie die Militärjustiz bis tief in die konservativen Schichten der Landbevölkerung hinein unsere Truppen mit dem Gefühl des Mißvergnügens oder gar der Empörung erfüllen könnte. — Mit Rußland wollen auch wir Neutralität halten, aber der Reichskanzler scheint das Wohlwollen bei der Neutralität stärker zu betonen, als die anderen Staaten. Der Reichskanzler soll ja seinem Interviewer Balford zugegeben haben, daß auf russische Warnung hin die deutschen Hafenbehörden angewiesen worden sind, aufmerksam auf etwaige japanische Vagriffe zu sein. Nun hat er selbstverständlich recht, wenn er die lächerliche Behauptung, Deutschland hätte die russische Flotte veranlaßt, auf die englischen Fischerboote zu schießen, als perfide Verleumdung zurückgewiesen hat. Aber ich kann nicht verstehen, daß Deutschland, falls Rußland überhaupt gewarnt hat, diese Warnungen ernsthaft genommen hat. Es ist ja erklärlich, daß die Russen in einem Anfall von Besorgniswahnwitz den siegenden Holländer und andere Gespenster sahen (Heiterkeit), aber wir brachten England keinen Anlaß zu bieten, daß man uns vorwarf, die russischen Besorgnisse zu verstärken. Wir gehen Rußland gegenüber eben über das Notwendige hinaus. Es sind eine ganze Menge Dinge vorgekommen, die man als Liebesdienste gegen Rußland bezeichnen muß. Das ist nicht nur von der Sozialdemokratie gesehen, sondern auch in den bürgerlichen Schichten. Der Protest gegen den Königsberger Prozeß ist allgemein, man wird es im Volksmunde billigen, wenn der Reichskanzler sagt, es wären da nur juristische Meinungsverschiedenheiten vorhanden gewesen. Daß der Prozeß einen so elenden Ausgang gehabt hat, war nicht so sehr eine Schmach für die preussische Justiz, als vielmehr das Gefühl, daß er überhaupt unternommen wurde. (Sehr richtig! links.) Auch über die Auswandererprozeß wird noch manches gesagt werden in bezug auf das Entgegenkommen gegen Rußland. Die Dienste, die Rußland Deutschland erwiesen hat, können sich aufwiegen mit denen, die Deutschland Rußland im Kriege erwiesen hat. Es gibt wohl kaum ein Schlagwort, das inhaltsloser ist, wie das von der gelben Masse. Aber freilich, die Politiker, welche in Europa immer die Massenfrage berühren, werden auch als aufereuropäischen Fragen unter diesen Gesichtspunkt bringen. Der übermächtigen Masse des deutschen Volkes stehen die Japaner wegen ihrer Kulturhöhe viel näher als die Russen. Die legendenartigen japanischen Offiziere, welche gesagt haben sollen, daß Japan Deutschland bei erster Gelegenheit Kantonien annehmen werde, scheinen mir keine Beweisführung dafür zu sein, daß die gelbe Masse die Parole ausbeutet: Kein Verkehr mit der weißen Masse! Das macht auf mich keinen Eindruck. Ich glaube, wir sollen nächsterne, realpolitische Erwägungen in der Politik maßgebend sein lassen. Es liegt ganz gewiß nicht im Interesse unserer künftigen politischen Beziehungen, wenn wir Rußland Dienste leisten und die Japaner immer als gelbe Masse bezeichnen.

Es scheint mir auch nicht im politischen Interesse Deutschlands zu liegen, wenn man allzu vernös ist gegen Preß-aufregungen. Was sollen unsere Wippsblätter in Rußland schaden, wenn sie auch da unangenehm wirken. Sie kommen ja gar nicht in Rußland hinein. Die russischen Staatsmänner sind doch sehr leicht durch eine Erklärung des Reichskanzlers zu beruhigen. Man sollte sich auf den höheren Standpunkt stellen und sagen: Laßt die Wippsblätter machen, was sie wollen. Mit solchen kleinen Dingen wird genau das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen will. Lassen wir uns durch das Schlagwort der gelben Gefahr nicht beeinflussen. Ich glaube, daß wir eine ganz andere Gefahr zu bekämpfen haben: die reaktionäre Gefahr. (Beifall links. Ruf rechts: Grobartig! Heiterkeit.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.  
Schluß 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## Gemeindewahltaktik und Gemeindepolitik.

Obwohl die gestrigen Darlegungen des Genossen Ehrhart zum größeren Teile solche waren, die wir als erledigt betrachten konnten, haben wir ihnen doch Raum gewährt, weil wir glaubten, die Angegriffenen nicht in der Verteidigung beschränken zu dürfen. Außerdem gibt uns Ehrharts Artikel dennoch Gelegenheit zu einigen allgemeinen Bemerkungen.

Zuvor ein paar Einzelheiten. Ob alle die Blätter von Ehrharts Artikel aus der „Kommunalen Praxis“ Notiz genommen haben, die an der Taktik der pfälzischen Genossen Kritik geübt haben, können wir nicht mehr feststellen, wohl aber steht fest, daß sehr viele Parteiblätter den Artikel ganz abgedruckt haben, während wir den wesentlichsten Teil abdruckten.

Gegenüber der Berufung Ehrharts auf die Beschlüsse des pfälzischen Parteitagess berufen wir uns auf das, was wir schon in einer früheren Nummer gesagt haben, daß nämlich diese Resolution durchaus nicht eine gemeinsame Kompromißliste, sondern im Gegenteil selbständiges Vorgehen der Partei empfiehlt. Deswegen ließ sich gegen diese Resolution recht das einwenden, was jetzt gegen deren praktische Anwendung eingewandt wird. Sollten allerdings die pfälzischen Parteigenossen allgemein der Meinung sein, daß die Resolution ihres Parteitages so gemeint war, wie sie jetzt vor allem in Ludwigshafen angewandt worden ist, dann gilt die Kritik auch dieser Resolution.

Wenn Genosse Ehrhart sich darauf beruft, daß die für die Wahltaktik ausschlaggebenden gesetzlichen Vorbedingungen in der Pfalz anders sind wie in Frankfurt, Offenbach, Berlin, so trifft das für Offenbach keineswegs zu, denn auch dort ist der ganze Ort ein Bezirk, es muß also eine ganze Liste aufgestellt werden und es gibt keine Stichwahl.

Daß wir seinerzeit darauf verwiesen haben, daß Ludwigshafen einen besoldeten Bürgermeister habe, geschah, weil Ehrhart den Umstand als erschwerend für das selbständige Vorgehen und die Aufstellung einer ganzen Liste hervorhob, daß 1. Bürgermeisterposten in den pfälzischen Gemeinden meist ein unbesoldetes Ehrenamt sei.

Wenn wir dabei gesprochen haben, die Wahlen hätten bewiesen, daß wir mindestens bei der Majorität der Abstimmungen erreicht hätten, so haben wir das unter ausdrücklichem Verweis auf die Ansicht der „Pfälzischen Post“ getan, mit der sich dann Ehrhart auseinandersetzen muß, wenn er diese Ansicht nicht teilt.

Für die von uns geltend gemachte Ansicht, i. S. gemeinsh. Liste berge die Gefahr, daß unsere Genossen in gewohnter Disziplin die Gegner wählen helfen, diese aber unsere Kandidaten streifen, können wir uns auf vielfache praktische Erfahrungen berufen. In Ludwigshafen sind ja nun freilich, darin hat Ehrhart recht, unsere Kandidaten trotzdem sämtlich gewählt worden, doch daß auch hier der Wurm drin ist, dafür können wir uns wiederum auf das Ergebnis der „Pfälzischen Post“ berufen. Sie schreibt in einer Betrachtung über den Wahlausfall:

Gestrichen wurde auf allen Seiten. Wir können bestimmt feststellen, daß während der ersten Wahlstunden von unseren Arbeitern, so schwer das ihnen auch fiel, fast ohne Ausnahme un- veränderte Zettel abgegeben worden sind. Als sie aber einsehen, daß keiner unserer Gegner am Wahllokal einen Zettel abnahm, um ihn freit und ohne Streichungen abzugeben, wurden sie misstrauisch, als sie sahen, daß in den Quartieren der anderen Parteien redigiert wurde, erregte das in Verbindung mit verschiedenen anderen Maß-

teiligen, die uns geworden, den Verdacht, daß die Sozialdemokraten ausgegliedert werden sollten. Unsere Parteileitung hat eifrig und gewissenhaft ihren ganzen Einfluß aufgewendet, daß die Vereinbarung gehalten werde, was bei dem großen Teil auch befolgt wurde. Erst in den Abendstunden, als die Besichtigung zur Gewohnheit wurde, haben auch die Arbeiter teilweise gestrichelt.

Auf das Gebiet allgemeiner Betrachtungen führt uns das Argument Ehrharts, daß die Genossen in Ludwigshafen unter den gegebenen Verhältnissen alle ihre besten Kräfte auf dem Stadthause festhalten und sie der sonstigen Parteitätigkeit entziehen würden, wenn sie den ganzen Gemeinderat besetzen wollten. Die Genossen, die jüngst in dem Falle Dug-Bant meinten, daß dieser sich durch Uebernahme des Bürgermeisterspostens der viel wichtigeren Agitationsarbeit entziehe, ohne daß er als Bürgermeister einer Gemeinde in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung etwas Wesentliches zur Verwirklichung unserer Ideale leisten könne, werden diesem Argument Ehrharts nicht entgegenzusetzen können.

Inzwischen hat Ehrhart nicht sich das Argument doch selbst aus, wenn man berücksichtigt, was er in seinem gestrigen Artikel zuvor sagt. Nämlich, daß die pfälzischen Genossen den Wahlkampf nicht als alleinigen Zweck der Beteiligung an den Gemeindevahlen ansehen, sondern daß sie sich praktisch an den Gemeinde-Arbeiten beteiligen wollen, um unser Gemeindeprogramm zu verwirklichen. Wollen sie das, dann müssen sie auch mit der Notwendigkeit rechnen, ihre Kräfte der Gemeinde-Arbeit zu widmen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie dadurch für die Partei-Arbeit laßiggelegt werden. Eines oder das andere! Sind ihre Kräfte so beschränkt, daß sie das eine nicht tun können, ohne das andere zu lassen, dann müssen sie wählen, was sie für das wichtigere halten. Wir unterschätzen keineswegs die geistigen Kräfte und sind uns nicht im Zweifel darüber, daß die Anwesenheit einiger Parteigenossen im Gemeinderat bis zu einem gewissen Grade vorwärtstreibend auf die bürgerliche Mehrheit wirken kann, wenn die Parteigenossen die Waffe der Kritik richtig anzuwenden verstehen. Aber eben nur bis zu einem gewissen Grade. Sobald die kapitalistischen oder auch nur die kleindürgerlichen Interessen bedroht sind durch unsere Forderungen, dann verlassen diese geistigen Kräfte die Partei und spielen nur noch die Rolle eines Speers. Und so gewiß es ist, daß auch der sozialdemokratischen Mehrheit eines Gemeinderates enge Grenzen gezogen sind durch die Gesetzgebung und die Aufsichtsbefugnisse der Behörden des Klassenstaates, so sicher kann doch eine Gemeinde auch innerhalb dieser Grenzen vieles im Interesse der Arbeiterklasse tun, was der bestehenden Klasse recht un bequem sein kann und wozu diese, solange sie die Verwaltung beherrscht, sich niemals drängen lassen wird. Das durchzuführen, für die Arbeiterbevölkerung der Gemeinde alles zu erreichen, was sich im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und unter der Herrschaft der Klasse des Klassenstaates mit den Mitteln einer Gemeinde erreichen läßt, halten wir allerdings für das Ziel und den Zweck unserer Teilnahme an den Gemeindevahlen, und unter diesem Gesichtspunkte sprechen wir nicht davon zurück, soviel Kräfte, wie notwendig sind, in den Dienst dieser Tätigkeit zu stellen. Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken. Wenn wir auch die Bedeutung der Einzelpersonlichkeit nicht unterschätzen, so haben wir doch die Erfahrung für uns, daß sich noch immer die rechten Männer gefunden haben, die der Augenblick erfordert. Es ist gar nicht sozialdemokratische Bewusstheit, vor einer Aufgabe zurückzuschrecken wegen Mangel an den geeigneten Personen. Wir haben die augenblickliche Grenze unseres Könnens bisher immer nur gesucht an den realen Widerständen der herrschenden Macht, und nur so können wir diese besiegen. Jede Position besetzen, die sich bietet, und von ihr aus weiter drängen und kämpfen, das ist das Geheimnis des Erfolges, und nach dieser Regel hat die Partei stets gearbeitet.

Für Taktik bei den Gemeindevahlen halten wir dafür, daß es wohl Umstände geben kann, unter denen es gerechtfertigt ist, auch Parteigegner zu wählen. Wenn es gilt, eine reaktionäre Mehrheit in einer Gemeindeverwaltung zu sprengen und sie durch weniger reaktionäre Leute zu ersetzen oder die Mehrheitsverhältnisse so zu gestalten, daß wir selbst die Entscheidung zwischen den Fraktionen der bürgerlichen Parteien in der Hand haben, dann wird gegen das Eintreten für bürgerliche Kandidaten nichts einzuwenden sein, wenn im übrigen über diesen einzigen Zweck einer solchen Taktik kein Zweifel gelassen wird und sonst unsere grundsätzlichen Forderungen dabei propagiert werden. Damit sagen wir übrigens auch nichts Neues; das ist längst anerkannter Grundlag der Partei. Dabei wird man in der Gemeinde noch mehr wie in Staat oder Reich mehr die Person wie die Partei ansehen müssen. Das Eintreten für gegnerische Kandidaten darf aber nicht dazu führen, daß auch nur ein Teilchen unserer grundsätzlichen Forderungen in den Hintergrund gedrängt wird, und es darf nicht dazu führen, die Kritik an den Taten der Gegner abzuschwächen.

Eines oder ein paar Mandate in der Gemeindevertretung für uns zu erlangen, rechtfertigt kein Eintreten für Gegner. In der Gemeinde macht es keinen großen Unterschied, ob wir unsere Kritik von der Tribüne des Gemeinderates oder außerhalb derselben üben. Die Gemeinde ist ein eng begrenzter Raum; was wir da zu sagen haben, wird gehört, gleichgültig, wo wir es sagen, und wir dürfen im Gemeinderat nicht mehr sagen, wie außerhalb desselben.

Daß wir in der Gemeinde des kapitalistischen Staates den Kapitalismus nicht beseitigen können, darüber besteht kein Streit, sobald wir uns darüber auseinandersetzen beginnen, in der Praxis aber entsteht manchmal der Eindruck, als ob es gelte, um jeden Preis einige Mandate zu erlangen, obwohl uns mit diesen Mandaten erst recht wenig gedient ist. „Praktisch mitarbeiten“, dieses häufig gebrauchte Wort, kann doch für uns nicht Selbstzweck sein; es kann nur Mittel zum Zweck sein. Deshalb ist auch für unsere Gemeindevahltaktik das wesentlichste Erfordernis, die Massen durch Aufklärung und grundsätzliche Agitation für den Sozialismus zu gewinnen.

Erst wenn wir die Massen des sozialistisch interessierten Proletariats hinter uns haben, haben wir auch in der Gemeinde die sichere Grundlage für Durchföhrung unserer Forderungen, soweit dies eben möglich ist. Und selbstverständlich dürfen wir auch über diese Möglichkeiten keine Illusionen aufkommen lassen, denen die Enttäuschung auf dem Fuße folgen müßte.

### Partei-Nachrichten.

#### Preussische Gemeindevetreter.

Die unterzeichnete Kommission hatte ursprünglich in Aussicht genommen, zu Weihnachten dieses, oder zu Ostern nächsten Jahres die preussische Gemeindevetreter-Konferenz einzuberufen. Die Abhaltung des preussischen Parteitages macht aber eine weitere Hinausschiebung notwendig. Die Kommission hat deshalb beschlossen, vorläufig von der Einberufung der Gemeindevetreter-Konferenz abzusehen.

Die Kommission für die Agitation zu den Gemeindevahlen J. A.: S. Bruns - Berlin.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im November d. J. mit drei Jahren, einem Monat, zwei Wochen und einem Tag Freiheitsstrafen und 2418 M. Geldstrafen belastet.

In einer Wahlkreis-Konferenz in Darmstadt wurde auch über die Gemeindevahlen geredet, aber eigentlich nicht sowohl über diese, als über die Kritik der Parteipresse an den Darmstädter Vorgängen. Es wurde zur Sache selbst auch nichts gesagt, wohl aber ein Protest gegen die Parteiblätter gerichtet, weil es sich um lokale Angelegenheiten handelte, die nur die Genossen der einzelnen Orte zu entscheiden hätten. Wir sind mit der Gesamtpartei darüber einig, daß auch die Gemeindevahlen die ganze Partei etwas angehen und können deshalb diesen Protest nicht als beachtlich ansehen.

In der Versammlung kamen ferner die Äußerungen Cramers über die „Mainzer Volkszeitung“ und die Empfehlung des bürgerlichen Blattes zur Sprache. Es wurde festgestellt, daß die Empfehlung des bürgerlichen Blattes durch Cramer nicht im Zusammenhang stand mit seiner Kritik an der „Mainzer Volkszeitung“. Er hat in einem ganz anderen Zusammenhang nur davon gesprochen, daß die dortige Verlehrszeitung, ein Wochenblatt, den Parteigenossen

nicht feindselig gegenüberstehe, und daß sie neben der „Volkszeitung“ immerhin zu empfehlen sei.

Die Schulfrage. Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ das Referat der Genossin Jettin auf der Konferenz in Bremen in Broschürenform erschienen. Der Preis beträgt 15 Pfennig.

#### Dolkszelliges, Gerichtliches usw.

Falsch unterrichtet. Der verantwortliche Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, Genosse Ritsch, hatte in seinem Blatte zwei Artikel aufgenommen, in denen der Verdacht ausgesprochen war, daß der Amtsdirektor und der Amtsekretär in Dahlenwardeleben sowie ein Aufseher und ein Küster aus diesem Orte an dem Tode eines von einem Bildhauer erschossenen Maaers nicht ganz unschuldig seien. Dieserhalb wegen Beleidigung vor Gericht gestellt, mußte er zugeben, daß er falsch unterrichtet worden sei. Er erbot sich, im Vergleichswege 500 M. an die Anwaltschaft zu zahlen. Der Vergleichsvorschlag wurde abgelehnt und Ritsch zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Gewerkchaftliches.

#### Der § 153.

Der Erpressung und der Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung soll sich der Bauarbeiter Dänisch in Dresden schuldig gemacht haben, weil er als Baudelegierter einer Anzahl von Unorganisierten gesagt hatte, daß die organisierten Kollegen nicht mit ihnen zusammen arbeiten wollten. Das Gericht sprach ihn von der Anklage der Erpressung frei, verurteilte ihn aber wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu einem Monat Gefängnis!

Wir vermögen in der Mitteilung an die Unorganisierten, daß ihre organisierten Kollegen nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollen, weder eine Bedrohung noch eine Ehrverletzung zu erblicken, sind aber mit dem Gericht der Meinung, daß eine Arbeiterorganisation eine Vereinigung zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist. Dann ist aber die Konsequenz dieses Urteils, daß Staatsanwalt und Gerichte auch gegen diejenigen Arbeitgeber vorzugehen haben, welche ihre Arbeiter durch Bedrohung mit der Entlassung zum Austritt aus den Organisationen zwingen. Das geschieht recht häufig.

Es ist charakteristisch, welche Wertschätzung unsere Herren Scharmacher der blinden Dame Justitia entgegenbringen, indem sie solche Konsequenzen nicht fürchten.

#### Berlin und Umgegend.

##### Esbe im Besitz.

Die „Staatsbürger- Zeitung“ kann sich im Angesicht der Nachricht, daß die Berliner Arbeiter den Kindern ihrer streikenden und ausgesperrten Kollegen ein Weihnachtsessen bereiten wollten, zu nichts weiterem als folgendem ausschwingen:

„Die Herren werden sparsam mit den Präsenten umgehen müssen, da es in der Kasse stark ebbt. Das Komitee wird manche harte Kuh zu machen haben.“

Wir müssen dem Sämling, der das geschrieben hat, die einzige Freude verberden, zu der er fähig ist — die Schabensfreude. Die Geschenke werden überhaupt nicht aus „der Kasse“ (gemeint ist die Streikkasse) bezahlt; sondern für die Kinder der Kämpfenden bringt die Berliner Arbeiterschaft ein Sonder-Dyker, sobald die Streikkasse dadurch in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen wird. Im Gegenteil dürfte die Veranstaltung auch noch einen Ueberfluß für den Kampffonds der Berliner organisierten Arbeiter abwerfen.

Der „Staatsbürger- Zeitung“ Mann hat eine taube Kuh gemacht, als er sich stöhnend den Kopf zerbrach, wie er der Arbeiterschaft ein anhängen könnte.

Der Klavierarbeiterstreik wird gemäß dem Beschluß der letzten Versammlung unverändert fortgeführt. Für die Unorganisierten, die noch am Streik beteiligt sind, ist die Unterstützung erhöht worden. Im übrigen sind seit der letzten Versammlung keine Änderungen eingetreten. Die Streikenden halten die Lage nach wie vor für günstig. In den Betrieben, die bewilligt haben, waren vor dem Streik etwa 1000 Arbeiter beschäftigt. Jetzt arbeiten daselbst erheblich mehr, weil diese Betriebe infolge des Stillstehens der anderen bedeutend mehr Aufträge haben wie früher, so daß sie eine größere Zahl an Arbeitern nötig haben.

Achtung, Lagerhalter! Unter dieser Stichmarke gibt die Ortsverwaltung des Verbandes der Lagerhalter Deutschlands in Nr. 289 des „Vorwärts“ eine Erklärung ab, zu der wir folgendes bemerken: Die Spar- und Produktivgenossenschaft Berlin-Kirchdorf in Liquidation hatte einem Lagerhalter gekündigt, weil die Verkaufsstelle in den Besitz des Rabatt-Spar-Vereins „Südost“ überging. Die übrigen Lagerhalter sahen dies als eine Maßregelung ihres Kollegen an und kündigten bei der Spar- und Produktivgenossenschaft ebenfalls ihre Stellung. Die Liquidatoren machten dem Rabatt-Spar-Verein „Südost“ davon Mitteilung. Eine darauf abgehaltene Sitzung verlief ergebnislos, weil die Verwaltung des „Südost“ den Lagerhaltern, welche im letzten Geschäftsjahr sehr hohe Mauten gehabt hatten, nur das laufende Geschäftsjahr zur eventuellen Berechnung bewilligte, während die Lagerhalter wünschten, daß die Berechnung so lange Jahre stattfinden solle, bis alles gedeckt ist. Auf dieses Ansuchen konnte die Verwaltung allerdings nicht eingehen, weil dies gewissermaßen eine Prämienvergütung auf recht hohes Maas ist; denn der Betreffende kann ja nie entlassen werden, so lange noch Mautlo zu decken ist.

#### Rabatt-Sparverein „Südost“, S. m. b. H.

#### Deutsches Reich.

Der Streik in der Waggonfabrik zu Gotha dauert fort. Es war der Fabrikleitung gelungen, unter allerhand Vorwiegeln 48 „Arbeitswillige“ nach Gotha zu locken. Der Transport derselben wurde teilweise von Schulkindern begleitet. Noch im Eisenbahnwagen ließ man die Leute Zettel unterfahren, worin sie sich verpflichteten, das Fahrgehalt bis Gotha zurückzuzahlen, wenn sie die Arbeit in der Waggonfabrik vor Ablauf eines Jahres aufgeben würden. Von den 48 blieben jedoch nur 10 in Gotha; die übrigen erklärten sich nach erhaltener Aufklärung über den Sachverhalt mit den Streikenden solidarisch.

Obgleich die Streikenden sich durch Fernhaltung dieses Zuguges der Fabrikleitung gegenüber in eine recht günstige Lage zu legen vermochten, bekundeten sie dennoch ihre Friedensliebe dadurch, daß sie den Herrn Oberbürgermeister um seine Vermittlung zur Beilegung des Konfliktes ersuchten. Charakteristisch gegenüber diesem Entgegenkommen war das Verhalten des Herrn Direktors Randt. Er erklärte sich bereit zur Vermittlung unter folgenden Bedingungen: 1. sollen bei den weiteren Verhandlungen die Leiter der Gewerkschaften ausscheiden und nur die Streikenden selbst unterhandeln; 2. will Herr Randt nicht mit jedem seiner früheren Arbeiter unterhandeln, sondern nur mit denen, die er sich ansieht. — Das Streikkomitee hat aber diese Bedingungen beraten und beschlossen, der ersteren beizustimmen, da es ziemlich gleichgültig ist, mit wem die Direktion verhandelt. Die zweite jedoch sei eine Zumutung, die zurückgewiesen werden müsse. Die Streikenden hätten das Recht, sich diejenigen Kollegen aus ihrer Mitte herauszusuchen, die sie mit den Verhandlungen betrauen wollen. — Inzwischen haben die Verhandlungen zwischen der Direktion und einer von den Streikenden gewählten Siebener-Kommission begonnen.

#### Die Sonntagsarbeit im Schneideratelier eines Theaters.

In einem Märzsonntag wurden von nachmittags 1 bis abends 6 Uhr im Schneideratelier des Berliner Apollo-Theaters Schneiderinnen mit der Anfertigung von Kostümen beschäftigt, welche erst zu einer 14 Tage später stattfindenden Vorstellung gebraucht wurden. Die Leiterin des Ateliers, Fräulein Hallmann, und Herr Direktor Schierl wurden wegen Uebertretung des Verbots der Sonntagsarbeit (§ 105 a Absatz I der Gewerbe-Ordnung) angeklagt und in zweiter Instanz auch vom Landgericht zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht führte aus: Nach § 105 i der Gewerbe-Ordnung sünden allerdings die §§ 105 a Absatz I und 105 b bis g keine Anwendung auf Schaustellungen, theatralische Vorstellungen und sonstige Lustbarkeiten. Diese Bestimmung sei aber strikte dahin zu interpretieren, daß es sich um die Schaustellung, theatralische Vorstellung usw. selber handeln müsse. Danach siehe aber fest, daß die Anfertigung von Kostümen zu einer Theater-Aufführung, die erst 14 Tage später stattfindet, nicht zu den Ausnahmen des § 105 i gehöre.

Die hiergegen eingelegte Revision der Angeklagten verworft das Kammergericht mit folgender Begründung: Es könne allerdings Fälle geben, wo bei der Anfertigung von Garderobe im Schneideratelier eines Theaters der § 105 i der Gewerbe-Ordnung anwendbar sei. Im vorliegenden Falle, wo die Vorstellung, für die die Kostüme gebraucht wurden, erst nach 14 Tagen stattfinden sollte, sei aber vom Landgericht mit Recht die Anwendbarkeit der Ausnahmebestimmung des § 105 i verneint worden.

Städtische Arbeitsvermittlung in Stockholm. Am Dienstag hat die Gemeindevertretung von Stockholm beschlossen, einen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten, an dessen Leitung Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter in gleicher Anzahl beteiligt sein sollen. Leider wird der Nachweis auch Streikbrecher vermitteln, da mit 50 gegen 28 Stimmen beschlossen wurde, daß die Arbeitsvermittlung unberührt von Arbeitsbestimmungen vor sich gehen soll, und damit ein von arbeitsfeindlicher Seite eingebrachter Antrag, Streiks und Ausschreitungen im Wartezimmer des Nachweises durch Ausschlag belamitzugeben, abgelehnt wurde.

### Aus der Frauenbewegung.

Die Beteiligung der Frauen an den Gemeindevahlen in Kristiania war diesmal stärker als je zuvor. „Im Zentrum und Westen Kristianias“, schreibt „Aftenposten“, waren mindestens die Hälfte der Stimmenden Frauen, in den Vorstädten Uranienborg und Frogner nahm man an, daß die Frauen entschieden in der Mehrheit waren; in den Vorstädten Oslo und Baalerengen, daß ebenso viele Frauen wie Männer stimmten, und in den übrigen Kreisen wird die Zahl der Frauen auf wahrscheinlich 40 Prozent angegeben. Die verhältnismäßige Anzahl der weiblichen Abstimmenden war bei dieser Wahl entschieden bedeutend größer als bei der vorigen, bei der man nirgends den Eindruck hatte, als wären die Frauen in der Mehrheit, und in den städtischen Wahlkreisen der Stadt nur auf ein Drittel Frauen rechnete. — Gewöhnlich gingen diesmal Mann und Frau gemeinsam nach den Wahllokale, und in der Regel folgten sie einander sicherlich auch bei der Stimmabgabe.“ — Wie übrigens „Gerrskaffen“ bestrebt sind, nicht nur ihr eigenes Wahlrecht für die Interessen ihrer Klasse auszunutzen, erweist man aus folgender Bemerkung unseres Bruderorgans „Social-Demokraten“:

„Ergötzlich war es anzusehen, daß mehrere „beste“ Bürger mit ihren Dienstmädchen angefahren kamen, um auch sie zu veranlassen, ihre Stimmen abzugeben. Es kommt ja sonst nicht vor, daß das „Mädchen“ mit dem „Herrn“ ausfahren darf. Aber wenn es gilt den Geldsack zu beschützen, kann man sich wohl einmal zu derartigen „Herablassen“. — Mehrere Arbeiterfrauen traten an die Urne mit ihrem Kind auf dem Arm. Das machte einen guten Eindruck. So soll es sein.“ — Ein schlechtes Zeugnis stellt das konservative „Morgenbladet“ den Wählerinnen seiner Partei aus, indem es erzählt, die meisten der vielen Frauen hätten gefragt, wozu sie sich im Wahllokal wendeten sollten, um für die Rechte zu stimmen, oder wo sie „Rechtenkuberte“ erhalten könnten, um ihren Stimmzettel hineinzulegen.

Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten von Kristiania wuchs sich von 14 auf 23 erhöhen. Das Verhältnis der Parteien im Stadtparlament während der letzten beiden Wahlperioden zeigt folgende Liste an:

	1898	1901	1904
Rechte	42	48	46 Mandate
Linke	33	16	11
Sozialdemokraten	7	14	23
Abstinenzler-Partei	3	2	2
Demokraten	—	2	—
„Uopolitische“	—	2	2

Die Sozialdemokratie erhielt 1898 1108 Stimmen, 1901 4485 und 1904 9517 Stimmen.

Abschluß. Verein für Frauen und Mädchen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die fällige Vereinsversammlung diesen Monat der Feiertage wegen ausfällt.

Öffentliche Bibliothek und Lesesalle zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann, S. W., Alexandrinenstr. 28. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zur Zeit 513 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 8 1/2 Uhr, im Vesperaal des Rathauses, Eingang Köpenickerstr. 15—18: Versammlung. „Freireligiöse Besprechung“. Um 10 1/2 Uhr vornehmlich ebendasselbe: Vortrag des Hrn. Ida Wittmann: „Worte und Taten“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 12. d. Mis., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im großen Saale von S. Franke, Sebastianstr. 29: Besprechende Versammlung. Wichtige Tagesordnung, Statutenänderung u. a. m. Weiße Culltung legitimiert.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. B. Hamburg), Filiale Berlin S. Sonnenabend, den 10. d. Mis., abends 9 Uhr, bei Hrn. Drägerstr. 15: Mitglieder-Versammlung.

Die Frauen von Veitsh, d. h. die ehemaligen Patientinnen des Sanatoriums, treffen sich am Sonntag, den 11. d. Mis., vormittags 10 Uhr, im Restaurant Weißer, Seydelstr. 2. Alle ehemaligen Damen sind willkommen.

Marktpreise von Berlin am 8. Dezember. Nach Ermittelungen des Hrn. Volke-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*) 17,70—17,90 M., mittel 17,68—17,67 M., geringe 17,66—17,65 M. Roggen\*\*) gute Sorte 14,05—14,00 M., mittel 14,00—14,00 M., geringe 14,00—14,00 M. Wintergerste\*) gute Sorte 15,70—14,70 M., mittel 14,60 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,50 M. Hafer\*) gute Sorte 15,50—15,40 M., mittel 15,50—14,00 M., geringe 14,50—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Strohbohnen, weiße 50,00—30,00 M. Wicken 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Weizenstroh 5,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,20 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

#### Witterungsübersicht vom 9. Dezember 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. in C. Luft	Temp. in C. Boden	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. in C. Luft	Temp. in C. Boden
Stettin	755	SB	2	heiter	2	4	Darmstadt	744	SB	3	bedeckt	-12	-12
Darmstadt	756	SB	2	heiter	0	3	Berlin	751	SB	1	wolkenl.	-7	-7
Bayern	756	SB	2	heiter	3	3	Frankfurt	753	SB	2	bedeckt	-4	-4
Frankfurt	759	SB	2	wolkig	3	3	Wien	761	SB	5	bedeckt	1	1
Wien	761	SB	5	bedeckt	1	1							
Wien	750	SB	4	bedeckt	2	2							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. Dezember 1904. Zunächst ziemlich heiter, aber fällt, bei zunehmenden südlichen Winden, später neue Erdröbung, Trübung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

Zur Weihnachtsbescherung

Für die Kinder der ausgesperrten und streikenden Metallarbeiter, Holzarbeiter und der Kinder anderer ausgesperrter Arbeiter gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Brenzel, Barbier, Engel-Ufer 2.—, Radikspanner und Träger von Taubert, Vorklagen, Gabriel Marxstraße 5.—, Die Glenden aus der Reuen Königstraße 10.—, Tischlerei Schwarz, Urbanstr. 67 20.—, L. und H. A. 10.—, Erich Schmidt Holz 1476 13.50, Gefellenfeier Schlawosky, Schulz 5.60, Generalberf. des Arbeiter-Raucherbundes 26.30, Er. Nr. 16.—, Altdenz- und Verabteilung der Buchdruckeri Plöße 48.—, Personal der Firma L. M. Vorschall, Berlin O. 9.80, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchdruckeri Vorwärts, Abt. Buchdruckeri 10.—, Billardspiel bei Maß, Bergmannstr. 97 3.70, Liste 202 Alwin Körsten 8.70, Restaurateur Karl Saalmann, Gräfestr. 72 10.—, Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter Sektion I Brauer 150.—, Dornbusch 5.—, Tischlerei Proje u. Klingmüller, Geisfswalderstraße 8.—, Dallesbrüder Schulstraße bei Freund 2.55, S. u. G. 5.—, Handle u. Co., Handbuch-Verleihanstalt 15.—, Buchbinderpersonal Kiemen 21.—, Verband der Steinleger für nicht gehalt. Vorkl. E. Nr. 3.—, Verband d. Lederarbeiter, Vorkl. und Lederarbeiter 30.—, Verband der Zimmerer Berlin und Umgebung 500.—, Von den Arbeitern der Firma Hermann Hoffmann 35.55, Liste 341 gefammelt auf Schmidts Geburtstag 47.80, Verband der Rothschmied und Heizer 150.—, Schönberger Gewerkschaftsartikel, Ueberführung von Risten für Krimmischau 6.05, Verband der Buchdruckeri-Hilfsarbeiter Sektion I 30.—, Organisierte Outmaker Berlins 200.—, Verband der Tabakarbeiter Berlin a Konto 50.—, Verband der Gastwirtschaftlichen 30.—, Liste 1266 Bull 7.30, Liste 200 Pasenan 14.85, Pirovfenverein Nordost 10.—, Von den Verbandsmitgliedern des „Vorwärts“, Zeitungsbteilung 100.—, Edward Köller 8.—, Zentralverband der Töpfer, Hauptklasse 200.—,
Zusammen 1827.20 M.
Weitere Beiträge werden entgegen genommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, von 11—1 und 6—8 Uhr.
Geldsendungen sind zu richten an Alwin Körsten, Engel-Ufer 15. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 5. und 6. Wahlkreis!

Am Sonntag, den 11. Dezember, früh 8 Uhr, findet im 30. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt für den 5. Kreis bei Wirth, Auguststr. 51, und Wittchow, Eßasserstr. 68, Ecke Al. Hamburgerstraße. Für den 6. Kreis bei Goppe, Ackerstr. 21. — Die Genossen werden dringend gebeten, pünktlich und zahlreich anzutreten.
Jede Auskunft in Bezug auf diese Wahl wird am Sonnabend abend von 7—10 Uhr, Sonntag vormittag von 8—11 Uhr sowie Montag und Dienstag abend von 7 bis 9 Uhr im Lokale von Wittchow, Eßasserstr. 68, Ecke Al. Hamburgerstraße, erteilt.
Der Wahlbezirk umfasst die folgenden Zelle:
Der I. Teil umfasst die Stadtbezirke:
210. Dirdenstr. 41—51, Gipsstr. 18, Gadescher Markt 1—5, Ronbignon-Platz 12, Große Präsidentenstraße, Kleine Präsidentenstraße 1—5, Neue Promenade 1—3, Rosenhalestr. 25—53, Neue Schönhauserstr. 2—20, Sophienstr. 11, Spandauerbrücke 4—9, Stadtbahnhöfen 132—147 und 149—154, Weinmeisterstr. 1 und 2a, Am Zwinggraben.
212. Auguststr. 28, 29 und 32a, Gipsstr. 1—17a, 19—23a und 27—32, Große Hamburgerstr. 1—11 und 34—41, Sophienstr. 1—10 und 12—35.
213. Ackerstr. 1 und 1a, Auguststr. 30—40 auschl. 32a und 46—53, Kleine Auguststr. 8—14a, Eßasserstr. 82—97, Gipsstr. 23b bis 26 und 33, Joachimstraße, Linienstr. 76—89 und 195—202.
Der II. Teil umfasst die Stadtbezirke:
211. Artilleriestr. 19—21, Gr. Hamburgerstr. 12—33, Krausnickstraße, Ronbignon-Platz 1—11, Oranienburgerstr. 1—33 und 70—92, Stadtbahnhöfen Nr. 155—163, Ueberfahrtsstraße, Jiegelestr. 14—23.
214. Ackerstr. 172—174, Auguststr. 29—27 und 54—64a, Kleine Auguststr. 1—7a, Eßasserstr. 88—91, Kleine Hamburgerstraße, Koppens-Platz, Linienstr. 69—106 und 100—194.
215. Artilleriestr. 4—12 und 22—34, Auguststr. 3—25 und 65 bis 88, Oranienburgerstr. 34—39 und 64—69.
Wahllokal: Turnhalle der Gemeindefchule, Auguststr. 67.
Der III. Teil umfasst die Stadtbezirke:
255. Ackerstr. 2—26 und 144—171, Eßasserstr. 11, Invalidenstraße 155.
256. Bergstr. 1—27 und 66—81, Eßasserstr. 12—15.
Wahllokal: Ackerstr. 144 bei Schuster.
Die Wahl selbst findet am Mittwoch, den 14. Dezember, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.
Wir ersuchen die Genossen, dafür zu agitieren, daß jeder Anhänger und Freund unserer Partei, der in die Wahlliste eingetragen ist, am 14. Dezember fechtzeitig sein Stimmrecht ausübt.
Die Vertrauensleute.
6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Sonntag, abends 5 Uhr, findet im Jägerhaus, Schönhauser Allee 103, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genosse Baerge über „Bibel und Babel“. 2. Diskussion. Nachdem gemüthliches Beisammensein. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.
Lichtenberg. Montag, abends 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treffpunkt die Bezirkslokale. Dienstag, den 13. d. M., findet bei Köstlich, Frankfurter Chaussee 120, eine öffentliche Versammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen einen Vortrag „Deutschland voran“ halten wird. Ferner steht auf der Tagesordnung der Bericht der weiblichen Vertrauensperson und Neuwahl derselben.

Lokales.

Herr Langerhans und der Streikposten-Antrag. Das eigenartige Verfahren, das in der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung der Vorsteher Langerhans einschlagen wollte, um die Veranlassung des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Streikposten-Antrages zu verhindern, war am Freitag morgen in der bürgerlichen Presse nirgends gebilligt worden. Am Freitag abend aber hatte sich der Wind schon ein klein wenig gebiegt. Diefelben Blätter, die am Vorklag dem Vorsteher in schonender Form, aber doch deutlich zu verstehen gegeben hatten, daß er auf ein solches Weife geraten sei, richteten am Abend ihren Grimm gegen die sozialdemokratischen Antragsteller, die den Konflikt heraufbeschworen hätten. Am ruhigen bleibt noch die „Vollstättige Zeitung“. Den Streikposten-Antrag bezeichnet sie als verfehlt, aber sie erklärt die Behandlung, die Herr Langerhans ihm zu teil werden lassen wollte, für unzulässig. Sie spricht den Wunsch aus, daß Herr Langerhans die Meinungsdifferenz, in die er zu der gefamten Verammlung geraten ist, nicht zum Anlaß einer Mits niederkriegung nehmen möge. Da sie wohl fürchtet, daß Langerhans aus Starrköpfigkeit seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung nicht werde zurücknehmen wollen, so rät sie:
Am zweckmäßigsten wäre es, wenn die Sozialdemokraten ihren Antrag auf unbestimmte Zeit zurückzuziehen, was sie könnten, ohne ihrem grundsätzlichen Standpunkt etwas zu vergeben. Sie würden dadurch einem Manne, der jederzeit gezeigt hat, daß er ihnen nur gerecht und ohne Vorurteil begegnet, ihre Achtung beweisen. Wenn das nicht geschieht, so kann die Verammlung den Beschluß fassen, die ganze Angelegenheit auf eine längere Frist, etwa auf sechs Monate, zu vertagen. Eine solche Behandlung der Angelegenheit ist ungewöhnlich, aber sie widerspricht doch nicht den parlamentarischen Gebräuchen. Sie ist im englischen Parlament üblich; sie ist auch im deutschen Reichstage gelegentlich benutzt worden.
Das „Berliner Tageblatt“ gibt zu, daß das Vorgehen der Polizei gegen die Streikposten nicht zu billigen sei. Aber es warnt vor dem neuen Konflikt mit der Staatsregierung, in den die Berliner Gemeindeverwaltung durch den Antrag der Sozialdemokraten hineingezerrt werde. Und dann räpelt das Blatt die Antragsteller folgendermaßen an:
Über die sozialdemokratischen Antragsteller haben ganz augenscheinlich die Abicht gehabt, unter der Form eines anscheinend harmlosen Antrages eine große Demonstration zum höheren Ruhme ihres Partei herbeizuführen. Diese sozialdemokratischen Stadtverordneten lieben es, bei jeder Gelegenheit sich als die alleinigen Hüter sowohl des staatsbürgerlichen wie des stadtbürgerlichen Rechtes aufzuspielen. Es gehört zu ihrem agitatorischen Handwerk, bei allen sich irgendwie darbietenden Gelegenheiten den Mund recht voll zu nehmen. Und so war es denn auch diesmal der Fall.
Hinterher wird dem Stadtverordneten-Vorsitzer beiseigelt, er habe „in weifer Voraussicht der Folgen, die sich möglicherweise an die Erörterung des sozialdemokratischen Antrages knüpfen könnten, die Zurückziehung des Antrages befürwortet“; gemeint ist wohl: die Annahme seines eigenen Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung empfohlen. In der Morgen-Ausgabe des „V. L.“ war der Fehlschlag des Herrn Langerhans noch nicht als „weise Voraussicht“ gewertet worden.
Sonderbar klingt eine Mitteilung, die der „Lokal-Anzeiger“ bringt. Langerhans habe einer ihm „naheliegenderen Persönlichkeit“ erklärt, er sei sich der Tragweite seines Vorgehens vollhaft bewußt gewesen, und eventuell wäre er bereit gewesen, sich zu opfern.
Er wollte, daß wenigstens einmal die Verammlung sich nicht als Podium benutzen lasse, von dem aus die Sozialdemokratie zum Fenster hinauspreche. Er erkenne durchaus das Segenreiche an, daß diese Partei allein schon durch ihr Vorhandensein schaffe, indem sie eine beständige Mahnung bilde, der minder begüterten Massen zu gedenken. Aber darum könnte doch die Vertretung der Berliner Bürgerchaft sich nicht immer wieder und wieder dazu benutzen lassen, für so ausschließliche Anträge den Schauplatz herzugeben.
Und noch durch einen zweiten Grund hat Herr Langerhans sich leiten lassen. „Er habe die starke Vermutung, daß der Oberpräsident nur die Reden abwarten wollte, die bei dieser Gelegenheit im Rathause gehalten werden würden. Dann hätten sich schon einige Stellen finden lassen, um mit diesen ausgerüstet, vor das Abgeordnetenhaus zu treten und eine Aenderung der betreffenden Paragraphen der Städte-Ordnung herbeizuführen. Er werde in der nächsten Sitzung der Verammlung schon gerechtfertigt werden. Denn der von ihm bereits gestellte Antrag werde dann verwirklicht werden, indem man nach der Vespredung den Uebergang zur Tagesordnung beschließen werde.“
Wir wollen abwarten, wie die Angelegenheit sich weiter entwickeln wird. Nach dem „Lokal-Anzeiger“ meint Herr Langerhans, er „brauche nicht zurückzutreten“ und er will das auch nicht tun. Diesen einen Punkt hat er sich also schon überlegt; denn am Donnerstag hatte er in der Stadtverordneten-Sitzung sich in entgegengesetztem Sinne geäußert. Vielleicht überlegt er sich auch noch den anderen Punkt und zieht bis zum nächsten Donnerstag seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zurück.

Mit dem Ortsstatut des Kaufmannsgerichts

beschäftigte sich am Freitag erneuert der von der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Ausschuss. In einer regen Debatte kam es beim § 14, hier stellten unsere Genossen den Antrag, die Wahlen der Angeestellten auf den Sonntag festzusetzen. Dieser Antrag wurde abgelehnt; dagegen wurde eine Resolution angenommen, nach welcher der Magistrat ersucht wird, die Wahl möglichst am Sonntag stattfinden zu lassen.
Nach der Vorlage des Magistrats folgten 20 Wähler in der Lage sein, Vorschlagslisten für die Weisiger einzureichen. Hierzu lagen die Verschleierungsanträge vor, statt 20 Wähler zu je den 50 respektive 85 Wähler. Trotz heftiger Bekämpfung seitens unserer Genossen gelangte der Antrag zur Annahme. Öffentlich wird jedoch in zweiter Lesung die Magistratsvorlage wieder hergestellt.
Zum § 15 stellten unsere Genossen nachfolgenden Antrag, um auch den stellenlosen Angeestellten ihr Wahlrecht zu sichern:
„Wahlberechtigt sind auch diejenigen Handlungsgehilfen, welche ausweislich eines Zeugnisses bis 6 Wochen vor der Wahl am Orte der Wahl beschäftigt waren.“
Obgleich darauf hingewiesen wurde, daß der Handelsminister auch im Rufersstatute das Wahlrecht den vorübergehend stellenlosen Gehilfen gewahrt wissen will, und die Kommunen nicht „engberzig“ sein sollten (es ist dieser Ausdruck vom Minister selbst gebraucht), wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Dagegen sollen nach dem Beschluß des Ausschusses wahlberechtigt sein diejenigen Gehilfen, welche nicht länger als 4 Wochen stellenlos sind. Die Alters- und Invalidentarife als Legitimation gelten zu lassen, wurde selbstverständlich ebenfalls abgelehnt, trotzdem in einigen anderen Städten diese Bestimmungen aufgenommen ist; ein gleiches Schicksal erfuhr der Antrag unserer Genossen: die Anerkennung anderer Ausweise als der Verschleinerung des Prinzipals oder der der Polizei dem Charlottenburger Statut entsprechend dem Ermessen des Wahlvorstandes zu überlassen. Zum § 16 wurde von uns der Antrag gestellt: Wahlkurve bei der Wahl zur Verwendung zu bringen, wie dies bei der Reichstagswahl vom Reglement vorgeschrieben und in Nürnberg und München im Ortsstatut bestimmt ist. Auch dieser Antrag wurde (mit 4 gegen 9 Stimmen) abgelehnt. — Ein Eventualantrag unserer Genossen zu § 16: „Die Stimmzettel müssen von weichem Papier sein, eine vom Magistrat zu bestimmende Größe haben und dürfen keinerlei äußere Kennzeichen tragen“, wurde angenommen.
Benignens ein Erfolg unserer Genossen. Hierauf vertagte sich nach über dreistündiger Verhandlung erneuert der Ausschuss.

Bilger Sonntag im Zoo.

Eine Leserin schreibt uns:
Nur ein einziger Sonntag im Monat, und zwar der erste, ist im Zoologischen Garten als der billige angefeht. Fünfundzwanzig Pfennig beträgt an diesem Tage das Eintrittsgeld. Die Arbeiterbevölkerung nimmt dann zur Sommerzeit von dieser Stätte der Belehrung und Unterhaltung Beschäftigung und gibt ihr ein von dem der Wochentage grundverschiedenes Gepräge. Groß ist der Vortheil, den ein mit Kindern gefegneter Arbeiter genießt, wenn er den billigen Sonntag wahrnimmt, denn nur ihm und seiner Frau kommt die Preisermäßigung zu statten; die Kinder zahlen das für Erwachsene übliche Eintrittsgeld, genießen also nicht wie an anderen Tagen eine Preisermäßigung. Nehmet man noch die zwanzig Pfennig Fahrgehd hinzu, die der im Norden oder Osten Berlins wohnende Sonntagsgast für sich und jeden seiner Angehörigen zu blechen hat, so kommt auch ohne das übliche Glas Bier für die Wahrnehmung des billigen Sonntags schon eine ganz hübsche Summe heraus. Auch wenn der Aufenthalt

im Freien nicht mehr behaglich ist, zur Herbst- und Winterzeit, ist der Garten am billigen Sonntag wenigstens bei gutem Wetter immer noch lieblich besucht. Wenn es dunkel wird, so denkt die Arbeiterfamilie, kann man immer noch das Konzert genießen. . .

Aber hier trifft den Besucher eine arge Enttäufung. Der Zutritt zum Konzertsaal ist gesperrt; ein Plakat zeigt an, daß er nur gegen Nachzahlung von 25 Pf. gestattet ist.

Mit dem billigen Sonntag ist's also diesmal nichts. Man hätte ebenso gut an jedem gewöhnlichen Sonntag hingehen können. Wer aber nun meint, durch die Nachzahlung — im ganzen also das reguläre Sonntagstretree von 50 Pf. — ein Recht erworben zu haben, den Rest des Abends bei Kaffee oder Bier im erwärmten Konzertsaal verbringen zu können, der irrt sich zuweilen. Hat er nach Schluß der Theater sich aus dem Gewirr der Wege glücklich zum Restaurationsgebäude hindurchgefunden, so droht vor dem Eingang ein zweites Plakat: Der Konzertsaal ist wegen Raumangels gesperrt. Irrend welche Rückzahlung des Konzertaufschlages oder Eintrittsgeldes findet nicht statt. Ist das zu verantworten?

Ich habe allerdings wiederholt beobachtet, daß der am Saaleingang postierte Angestellte — während er feingeleidete Herren, die gegen die Saalsperre protestierten, ungehindert passieren ließ — Familien in einfachem Anzug um jeden Preis den Eintritt wehrte.

„Geh! Sie doch in die Steinhalle rüber“, meinte der Menschenfreund zu ihnen. Diese Steinhalle aber muß man kennen, um die Zumutung zu würdigen, sich im Winter, womöglich mit Kindern, in ihrem eifigen Zuge niederzulassen. Zwei nackte, fahle Wände an den Schmalseiten, eine an der Längsseite mit ebensolchem Verdeck, während die vordere Dreifseite völlig offen steht; dazu die notdürftigste Beleuchtung.

Wenn es trogaledem ausnahmsweise gelungen, den also geheiligten Konzertsaal zu betreten, der glaube aber ja nicht, über alle Vergernisse hinweg zu sein.

Trogdem an den meisten Tischen nur zwei bis drei Personen zu sehen sind, wird auf höfliche Anfrage durchgehends der milderische Bescheld: „Alles besetzt“. Gewisse Leute wollen unter sich bleiben. So geschah's jüngst drei älteren Damen meiner Bekanntschaft, die sich an einen scheinbar leeren Tisch setzten, auf dem nur drei gealterte Vierfelde! standen, daß nach fast einer halben Stunde drei junge Herren erschienen und die Plätze für sich beanspruchten. Sie hätten nur in der Konzertpause den Saal verlassen.

Als die Damen sich weigerten aufzustehen, riefen die galanten Jünglinge den abtrierten Aufsichtsbemanten, der ihnen als Abmouenten zur Seite stand. Er kippte die Stühle der Damen einfach um und zwang diese so zum Aufstehen.

Sind solche Zustände eines Instituts würdig, das wie kaum ein zweites seinem Wesen nach zur Vollstättmlichkeit geschaffen scheint?

Zur Gewerbesteuer veranlagt waren im Steuerjahre 1903 (1. April 1903 bis 31. März 1904) in Berlin im ganzen 72 372 Gewerbetriebe (gegen 73 319 im Vorjahre). Davon waren eingeklagt in Klasse I 1788, Klasse II 2326, Klasse III 13 280 und Klasse IV 55 028 Betriebe.

Die Steuer betrug in Klasse I 5 379 588,25 M., in Klasse II 1 017 833,63 M., in Klasse III 1 574 699,75 M., in Klasse IV 1 299 424,45 M.; im ganzen also 9 271 545,08 M. Hierzu noch für außerhalb veranlagte Betriebe 127 950,41 M. nebst 63 975,20 M. Kommunalzuschlag für diese Betriebe. Das ergibt eine Gesamtsumme von 9 468 473,69 M. Gewerbesteuer. Von dieser Summe kamen in Abzug bei den in Berlin veranlagten Betrieben 350 369,75 Mark, bei den außerhalb veranlagten Betrieben 4314,73 M., ferner der durch die Warenhaussteuer gedeckte Ausfall der Gewerbesteuer der Klasse IV für das zweite und vierte Vierteljahr 602 062,44 M. und zwei Steuerposten von zusammen 7,50 M., insgesamt also 956 744,42 Mark. Das gesamte Steuerjoll betrug mithin 8 506 699,27 M.

Der Geflügel-Großhandel in den südlichen Zentralmarkthallen. Im Verwaltunjahre 1903 (1. April 1903 bis 31. März 1904) wurden bei den städtischen Verkaufsvermittlern 1 010 572 Stück Geflügel umgelegt (gegen 991 843 Stück im Vorjahre). Das ergibt eine Steigerung des Geflügel-Großhandels um 18 729 Stück. Geschlachtete Gänse wurden im Berichtsjahre 258 136 Stück umgelegt (gegen 246 212 im Vorjahre), geschlachtete Hühner 379 116 (328 787), lebende Hühner 117 823 (174 962), geschlachtete Enten 57 010 (43 427), lebende Enten 16 984 (34 675), Rebhühner 164 933 (142 080), Fasanen 17 040 (20 100).

Die Zufuhr in geschlachtetem, zahmen Geflügel ist, wie in den Vorjahren, auch im Berichtsjahre weiter gestiegen. Es wurde darin durchweg schlanker Absatz erzielt. Lebendes Geflügel wurde weniger zugeführt, weil das Ausland, Rußland, Serbien, Ungarn und Italien selbst wenig hatte und bei den zurzeit herrschenden Einfuhrschwierigkeiten lieber geschlachtete Ware sendet.

Wildgeflügel kam mit Ausnahme von Rebhühnern am Berliner Markte keine günstigen Resultate erzielen, weil, nach dem Verwaltungsbericht des Magistrats, die Beschädigung des Marktes mit diesem Artikel seitens des Auslandes erst erfolgt, wenn London, Paris und Weiffel bereits satt sind. Dann aber ist auch hier die Zeit meist soweit vorgeschritten, daß unsere zahmen Geflügel dem ausländischen Wildgeflügel eine starke Konkurrenz bereiten.

Der Mordprozeß Theodor Berger.

der am nächsten Montag beginnt, wird im großen Schwurgerichtssaale stattfinden und voraussichtlich die ganze Woche andauern. Die Vorgeschichte haben wir erst dieser Tage den Lesern wieder in die Erinnerung gerufen. Die ermordete Lucie Berlin, ein hübsches munteres Kind, war die jüngste, im Jahre 1895 geborene Tochter des in der Ackerstraße 130 wohnenden Zigarrenmachers Berlin. Sie ist am 9. Juni mittags 1 Uhr zum letztenmal lebend gesehen worden. Am 11. Juni wurde der Pumph ihres Leichnams am Reichstags-Ufer im Wasser aufgefunden. Er zeigte erhebliche Wunden. Am 15. Juni gegen 3 Uhr nachmittags sahen drei Knaben im Charlottenburger Verbindungskanal ein Paket schwimmen und als man dieses ans Ufer holte, fand sich darin, in Rettungs- und anderem Papier verpackt und mit Bindfaden verschmirt, der Kopf und die beiden Arme des verschwundenen Kindes vor. Am 17. Juni früh 6 Uhr wurde von einem Arbeiter im Berlin-Spandauer Schiffsheerdamm, an der Ladestraße des Zementbahnhöfes, das rechte Bein und an demselben Tage wurde in der Spree vor dem Hause Schiffsbauerdamm 26 das linke Bein aufgefunden. Von den Gerichtsarzten ist festgestellt, daß die kleine Lucie zunächst mißbraucht und alsdann getödet worden ist. Der Tod muß kurze Zeit nach der genossenen Mittagsmahlzeit erfolgt sein. Am 11. Juni, als der Pumph des Kindes gefunden worden war, fand man oberhalb der Kronprinzen-Brücke einen Korb mit geöffnetem Deckel in der Spree. Dieser wurde von dem Schiffer Tornow nach Blauen mitgenommen. Es hat sich später ergeben, daß dieser Korb das Eigentum der in der Ackerstr. 130 wohnenden Prostituierten Liebetruth war und sich in dem Korbe Spuren von Menschenblut und Wollhärchen voranden, die zu dem von dem Mädchen getragenen roten Unterrock durchaus stimmten. Es wird daher von der Anklagebehörde angenommen, daß in diesem der Liebetruth gehörigen Korbe die Leichenteile weggeschafft worden seien. Die Liebetruth selbst sah zur fraglichen Zeit im Gefängnis, sie kam also nicht in Frage. Der Verdacht lenkte sich dagegen auf Verper, der während der Haft in der Liebetruth'schen Wohnung allein saß und wartete. Er hat sich schon in jungen Jahren dem schäblichen Gewerbe der Beschäftigung lederscher Dreuen angewandt, eine Zeitlang in Breslau und Hannover als Zuführer gehandelt und 17 Jahre lang der Liebetruth Zuführbedientje geleistet. Mehrere Hausbewohner haben am 9. Juni kurz nach 1 Uhr aus der Liebetruth'schen Wohnung Jammern und Klänerufe gehört. Den Kriminalbeamten ist es aufgefallen, daß trotz der ab-

wesenheit der Liebertruch der Fußboden der Liebertruchchen Wohnung sauber aufgewaschen war. Als die Liebertruch aus der Haft zurückkehrte, hat sie sofort ihren Korb vernichtet. Sie hat dem Berger Vorkaufungen darüber gemacht und dieser behauptete schließlich, daß er in der Zwischenzeit ein Mädchen mit in die Wohnung genommen und diese wohl den Korb gestohlen habe. Als die Liebertruch hierüber sehr erregt war, versprach er ihr die Ehe und suchte sie dadurch zu bestimmen, nichts von dem Verschwinden des Korbes zu sagen, da er sonst am Ende noch in den Verdacht komme, die Lucie Berlin ermordet zu haben. — Bei dem völligen Leugnen des Angeklagten werden etwa 100 Zeugen zu vernehmen sein; gestern sind noch in aller Eile 34 Zeugen geladen worden. Der Angeklagte, der bekanntlich erst dieser Tage wegen Kuppelei zu sechs Monaten verurteilt wurde, hat sich wegen Mordes und Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten.

In dem Artikel über die Verdrängung unseres Parteigenossen Freudenberg erwähnten wir auch der behördlichen Vorstaßmaßnahmen, am offenen Grabe keinen Laten reden zu lassen. Wie uns authentisch mitgeteilt wird, ist aber in diesem Falle irgend einer Anstipation insofern kein Vorwurf zu machen, als keinerlei Besuch in dieser Richtung bei der Behörde eingereicht wurde. Die Erlaubnis, am Grabe Niederzungen zu dürfen, hat der Amtsvorsteher von Friedrichsfelde bereitwillig erteilt.

Der Tunnelbau der Hochbahn — unter dem Warenhaus-Neubau der Firma Wertheim am Leipziger Plage — ist gestern wieder in Angriff genommen worden, nachdem derselbe wegen Ausbaues der Fundamentpfeiler vor etwa Monatsfrist unterbrochen werden mußte. Wie früher schon angedeutet, muß die Unterpflasterbahn Potsdamer Platz-Spittelmarkt unter dem genannten Warenhaus — wegen dessen Pfeilerstellung — in zwei getrennten, einseitigen Tunneln hergestellt hindurchgeführt werden, daß die beiden etwa 95 Meter langen Tunnel sich unter dem Bürgersteig der Volkstraße, nach welcher der Neubau durchgeführt, wieder zu einem gemeinschaftlichen (zweigleisigen) Bahnbau vereinigen. Die beiden Einzeltunnel, welche je vier Meter Breite haben, während der normale zweigleisige Tunnel nur etwa 6 1/2 Meter mißt, konnten feinerzeit nur bis zur Hälfte fertiggestellt werden; der Weiterbau ist gestern in Angriff genommen worden. Innerhalb der mit der Fundierung des Warenhauses zugleich errichteten Tunnelwände wird jetzt der Boden ausgehoben, um Raum für die einzubringenden Betonstützen zu schaffen; alsdann werden die die Tunnelbedeckung tragenden Säulen und Querträger montiert werden. Man hofft die interessanten Arbeiten in längstens zwei Monaten beendet zu haben.

Wegen wiederholten Betruges und schwerer Urkundenfälschung wurden festgenommen die Handlungsgehilfen Karl Meise, 26. Mai 1894 zu Bornede geboren, Edgar Schmidt, 16. Juni 1883 zu Osterode in Ostpreußen geboren und Georg Zahn, 29. Juni 1883 zu Berlin geboren. Durch einen, in einem Warenhaus gekauften Druckenapparat mit Kautschuktypen stellten sie Firmenstempel her, mit welchen sie Insektionsaufträge für Annoncenerpeditionen bedruckten. Der Auftrag wurde mit gefälschter Unterschrift versehen und das Inserat entweder handschriftlich oder einer Zeitung entnommen eingereicht. Es wurden meistens Aufträge bekannter, viel inserierender Firmen fingiert. Die Aufträge wurden bald von dem einen, bald von dem anderen der Schwindler den Annoncenerpeditionen übergeben, wofür sich der Schwindler sofort die Provision auszahlte. Die Schwindler nannten sich bei den Expeditionen Ernst Gott, Wäckerling 6, auch Paul Korn, Westalliance-Platz 3; vielleicht haben sie sich auch noch anderer falscher Namen bedient. Geschädigte, die Anzeige noch nicht erstattet haben, wollen dies schleunigst bei einem Polizeibeamten oder der Berliner Kriminalpolizei unter Angabe der Lagebuch-Nummer 10 225 IV. 32. 04 nachholen.

Herr Dr. Paul Wittcher, der frühere Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ ist gestern nach einjähriger Haft aus Plöbensee entlassen worden. Er war im Oktober 1902 wegen verschiedener Artikel über die königliche Angelegenheit zu der erwähnten hohen Strafe verurteilt worden. Seine Parteigenossen holten ihn in großer Zahl aus dem Gefängnis ab.

Polizei und Kommerz. Die Pädler-Vereinigung hatte zu Donnerstagabend in den Germania-Sälen einen Kommerz veranstaltet, der zur Ueberraschung der Teilnehmer von Polizeibeamten überwacht wurde. Dem Versammlungsleiter wurde bedeutet, daß der anwesende Graf Pädler unter keinen Umständen sprechen dürfe. Der Drehschiff erhielt dann von den Anwesenden einen Vorbertrag und die Versammlung nahm folgende Resolution an: „500 in den Germania-Sälen versammelte Männer und Frauen protestieren energisch gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten von Berlin, nach welcher dem Grafen Pädler das Sprechen in einer öffentlichen Versammlung untersagt ist. Solange der Graf nicht entmündigt ist, hat niemand das Recht, ihm die öffentliche Rede und Agitation zu verbieten. Diese Verfügung ist ein schwerer Eingriff in das von der Verfassung verbrieft Versammlungsrecht. Wir lassen uns diese unwürdige Behandlung nicht mehr gefallen und verlangen gleiches Recht für alle deutschen Männer“.

Wir sind ja auch nicht von dem Unfug erbaut, daß die Antisemiten einen anscheinend geisteskranken Mann als Popanz benutzen. Aber das hindert uns nicht, hervorzuheben, daß die Polizei kein Recht hat, in der geschilberten Weise zu verfahren. Entweder soll Graf Pädler entmündigt werden oder sich vor Gericht verantworten, wenn man einmal glaubt, seinen Karrieren staatsgefährliche Bedeutung beilegen zu müssen.

Der Japaner Herr Kifut Tamai, der Chefredakteur der Monatschrift „Nihon“ erucht um Aufnahme folgender Mitteilung:

„Von Februar bis Oktober d. J. sind 800 Japaner, die in Sibirien anständig gewesen und vollständig mittellos geworden sind, über Deutschland nach Japan zurückbefördert worden. Durch reichliche Spenden deutscher Wohlthäter war es möglich, die Not der armen Japaner zu lindern. Mit Geld und Kleidungsstücken versehen, haben die Unglücklichen die Heimreise angetreten und werden ihren edlen Wohlthätern, denen ich hiermit nochmals recht herzlich danke, ein dankbares Herz bewahren. Demnächst werden wieder 26 Männer und 4 Frauen, in ganzen 30 Personen, aus Sibirien mittellos in Deutschland eintreffen. Auch diese Armen bedürfen dringend der Unterstützung. Strümpfe, Stiefel und Sommerhüte sind von den früheren Spendern noch in hinreichender Menge vorhanden, aber es fehlt an Geld, Kleidung, Wäsche, Winterhüten etc., weshalb ich dringend um gütige Uebertreibung von Geschenken bitte.“

Bei den Ausschachtungsarbeiten für die Wasserleitung beim Bau der Jernanfall in Buch verunglückte gestern nachmittags 3 1/2 Uhr der 33 Jahre alte Arbeiter Brandowski. Durch ungenügende Absteifung des Ausschachtungsgrabens, welcher an dieser Stelle 6 Meter tief ist, brachen die Steifen und begruben den Arbeiter vollständig. Durch die herabstürzenden Erdmassen wurde ihm der Brustkasten eingedrückt; ein Spatenstiel soll dem Unglücklichen sogar in den Leib gedrungen sein. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich schwierig und nahmen mehrere Stunden in Anspruch.

Einen empfindlichen Verlust hat ein Handlungsgehilfe dadurch erlitten, daß ihm eine rote Wappe mit Geschäftspapieren am Sonntag auf dem Wege vom Gendarmenmarkt bis Invalidenstrasse in einer Drochke verloren ging. Die Tafel und ihr Inhalt ist für den Finder wertlos. Es wird ersucht, den Fund in der Restauration von Schütz, Wallstraße 14, gegen Vernehmung abzugeben.

Wegen versuchten Mordes nimmt jetzt das Verfahren gegen den 40 Jahre alten Amosensänger Josef Broczel aus der Kraustr. 38a seinen weiteren Fortgang. Broczel, ein früherer Vertreter, der nach einem unglücklichen Sturz mit dem Pferde von Armenunterstützung und Bettel lebte, schloß seiner Geliebten, der 25jährigen Arbeiterin Elisabeth Unger, vor vierzehn Tagen in der Trunkenheit eine Kugel in die Brust, weil sie nicht mit ihm ausgehen wollte. Sie selbst verletzte er durch einen Streifschuß am Daumen. Broczel ist jetzt wieder hergestellt und wurde von der

Charité nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt. Das verurteilte Mädchen, das unterdessen Mutter geworden ist, geht im Krankenhaus seiner Genesung entgegen.

Richard Strauß kommt bei dem vollständigen Kunstabend am nächsten Sonntag in Charlottenburg nicht nur als Komponist von Liedern und Kammermusik, sondern auch mit Bruchstücken aus seinen Opern und als Dichter zu Worte. Es haben sich Frau Hof-Opernsängerin Marie Knipper-Egki, Eugen Brieger, Paul Lange sowie der Igl. Kammermusiker Adalbert Gähwig, Kapellmeister Fritz Otto und Dr. Gustav Manz der Volkskunst-Kommission zur Verfügung gestellt. Den einleitenden Vortrag hält der Musikschaffsteller Rudolf R. Breitbawt über Richard Strauß als intimer Musiker. Karten a 0,50 bezw. 1,00 auf nummerierten Plätzen sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen sowie im Dürerhaus, Kronenstr. 18, Bloch, Brüderstr. 1, und im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstraße 11, zu haben.

Das Kasino-Theater erinnert an ein Stück Alt-Berlin. Was die Entwicklung zur Weltstadt anscheinend unmöglich gemacht hat, nämlich die Intimität zwischen Publikum und Bühne, das lebt hier wieder auf. Es sind keine prächtigen Leute, die in der Vorfrüherstraße einen sorglosen Abend suchen; man unterscheidet hier nicht zwischen klassischen, modernen und modernsten Dramen, sondern genießt, was die Tafel bietet. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß die Direktion sich auf den Geschmack des Publikums einzurichten weiß; aber da diese gewiß nicht leichte Kunst anscheinend ohne Schwierigkeit gelöst wird, so ergibt sich alles Gute von selbst. Es kommt dem vertraulichen Verhältnis zustatten, daß auch die Künstlerhaft auf das Haus eingerichtet ist; seit Jahren wohl hat sich kein wesentlicher Wechsel vollzogen. So lebt im Zuschauerraum ein still Gemüthlichkeit auf, das zu beobachten nicht minder interessant ist wie die Vorgänge auf der Bühne. Als neueste Gabe bietet das Kasino-Theater einen Militärschwank, der „In Vertretung“ benannt ist. Man braucht sich nichts Arges dabei zu denken; das Stück enthält weder Weidlichkeitserei noch Militärvorstellung. Der Kern des Schwanks ist, daß der Vorsche eines Leutnants von dessen künftigen Schwiegervater für den Leutnant selbst gehalten wird und als selbstbetretender Schwiegervater das Gerücht läßt, daß der Offizier ein trotziger Dummkopf sei. Der alte Herr wurde von Herrn Karl Timm prächtig gespielt; der plattdeutsche Dialekt kam in anheimelnder Breite heraus. Da auch fast alles klappte, so kam eine vortrefflich gelungene Vorstellung zustande. In dem Spezialtheater, der dem Schwank voranging, wußte vor allem der Humorist Corradini das Publikum für sich einzunehmen.

Im Passage-Theater tritt zurzeit ein moderner Barde auf. Das Wort modern ist allerdings im eingeschränkten Sinne hinzuzunehmen. Dem Herr Rudolf Waldmann, der seine eigenen Lieder singt und sich selbst am Flügel begleitet, ist kein junger Stürmer mehr, der die Songkunst in neue Bahnen lenken möchte. Im Gegenteile läßt sich sagen, daß die Blüte seiner Popularität geraume Zeit zurückliegt; von der Fischerin, der kleinen, die er sich 1886 aufs Gewissen geladen hat, wissen nur noch die Chronisten einiges zu vermelden, und auch manches andere einst fürstlich beliebt gewesene Lied von ihm ist längst in alle Winde verfliegen. Das „schöne Sorrent“ allerdings bleibt in gefühlvollen Seelen noch lebendig, allsobald es kein eigentlicher Gasthauer ist. Im Passage-Theater erntet der Sänger seiner Lieder auch seiner vollen schönen Stimme wegen wohlverdienten Beifall. Im übrigen wird das Programm in seiner Vielseitigkeit allen billigen Ansprüchen gerecht. Robert und Betram sind ein paar lustige Soldaten und Herr Alois Bösch weiß das Publikum durch seine Couplets zu nehmen. Als Kartenfänger tut Herr Siems sein Bestes; schade nur, daß dieser junge Mann mit dem urdeutschen Namen unsere Muttersprache noch nicht ordentlich sprechen kann. Wir nennen ferner aus dem Programm Klara Lingen in ihrer dramatischen Szene „Die Gefangene“, die lebenden Bilder von Poissine und die vortrefflichen Turner Koeder. Nicht zu vergessen das gutgeschulte Tänzerpaar Blanche und Davies.

Die russischen Schauspieler im Gewerkschaftshaus. Heute Sonntag, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, ein Wohltätigkeits-Abend, veranstaltet von den russischen Studierenden, statt. Zur Aufführung gelangt „Gespensier“ von Ibsen, aufgeführt von der Petersburger Schauspielergesellschaft. Direktion: P. A. Orlesoff. — Einlaßkarten a 5, 3, 2 und 1 R. sind am Abend an der Kasse zu haben. Näheres im Programm.

## Aus den Nachbarorten.

### Charlottenburg.

#### Den Ankauf der Charlottenburger Wasserwerke

haben die Stadtverordneten in geheimer Sitzung einstimmig beschlossen und zwar soll durch den Magistrat das der Stadt durch die Verträge vom 16. September und 25. Oktober 1884 eingeräumte Erwerbsrecht der ganzen Wasserwerkanlage nebst allen dazu gehörigen Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Utensilien, Vorräten, Rohre bis zum 1. Oktober 1905 in vollem Umfange ausgeübt werden. Voraussetzungen sind dieser Beschluß einen Prozeß zur Folge haben. Während nämlich die Stadtverwaltung auf dem Standpunkt steht, daß das ihr eingeräumte Kaufrecht sich auf sämtliche Wasserwerke der Gesellschaft bezieht, steht die Verwaltung der Wasserwerke auf dem Standpunkt, daß die Stadt nur diejenigen Wasserwerke zu erwerben berechtigt ist, die den Stadtkreis Charlottenburg mit Wasser versorgen, also das Wasserwerk Teufelssee und das Wasserwerk Jungfernbeide, daß dagegen die Wasserwerke, die über den Stadtkreis Charlottenburg hinausgehen und Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Nixdorf, Teltow, Johannisthal und eine Reihe anderer Gemeinden versorgen, nicht unter den Vertrag fallen.

Nach dem Vertrage muß die Stadt als Kaufpreis einen Preis zahlen, der durch den zwanzigfachen Betrag der fünfjährigen, vor Ablauf des Erwerbsjahres erzielten Durchschnittsdividende gebildet wird. Vermuthlich wird sich dieser Preis für das ganze Werk auf etwa 31 Millionen Mark, für den speziell Charlottenburg versorgenden Teil auf etwa die Hälfte stellen. Allerdings hat die Aktiengesellschaft alles getan, um den Preis künstlich in die Höhe zu schrauben. Es wurde nämlich im Jahre 1895 von der Aktiengesellschaft die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Charlottenburger Wasserwerke“ abgezweigt, die die Wasserlieferung speziell für Charlottenburg übernahm. In der Ansicht, daß die Stadt nur auf den Ankauf der Charlottenburg mit Wasser versorgenden Werke reflektieren werde, hat man nun alles aufgeboten, um den Kaufpreis für diesen Teil des Unternehmens recht teuer zu gestalten. Es sind bei der Gesellschaft m. b. H. Ueberhöfungen erzielt worden, die einer sachlichen Kritik kaum Stand halten. Wenn man nach den von dieser Gesellschaft erzielten Dividenden den Kaufpreis festgesetzt hätte, wäre die Summe viel zu hoch bemessen. Der Magistrat sagt hierüber in der Begründung seiner Vorlage:

„Verücheltigt man, daß das Gesamtunternehmen, mit Einschluß der Charlottenburger Wasserwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ein Gebiet mit einer Einwohnerzahl von 645 000 Einwohnern mit Wasser versorgt, so erscheint der Ueberhöfungen der Aktiengesellschaft gegenüber dem der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (die Aktiengesellschaft erzielte z. B. 1902/03: 1 849 719,53 Mark, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung 786 251,72 Mark Ueberhöfungen), die zurzeit nur ein Gebiet von 220 000 Einwohnern versorgt, relativ niedrig, trotzdem die Entwicklungsfähigkeit und der Vermögensstand der Aktiengesellschaft günstige sind. Der Grund für diese Erscheinung liegt darin, daß die Gesellschaft mit beschränkter Haftung von allen Belastungen frei gehalten zu sein scheint, durch die die Ueberhöfungen gemindert werden könnte, während bei der Aktiengesellschaft alle die Neueinrichtungen zu Buche stehen, die für eine künftige Entwicklung des Gesamtunternehmens erforderlich sind, so z. B. auch die für die Erweiterung der Sternfelder Wasserwerkanlage der Gesellschaft mit beschränkter Haftung allein verwendbaren Grundstücke.

Der Sachwert der Wasserwerke des Gesamtunternehmens (mit Einschluß der Werke der Gesellschaft mit beschränkter Haftung) ist deshalb dem nach § 10 des Vertrages zu zahlenden Erwerbspreis angemessener als der Sachwert der Werke der Gesellschaft mit beschränkter Haftung.“

Ob es zum Prozeß kommt und welchen Ausgang er nehmen wird, ist natürlich heute noch nicht abzusehen. Das eine aber steht fest, daß die Geschichte der Charlottenburger Wasserwerke deutlich die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Forderung auf Uebernahme aller derartigen Institute in eigene Regie beweist. Nicht nur, daß die Stadt sich jahrzehntlang eine gute Einnahmequelle hat entgehen lassen, sieht sie sich auch jetzt, wo sich ihre Vertreter endlich zu dem sozialdemokratischen Grundgesetz durchgerungen haben, vor die Notwendigkeit gestellt, die Aktionäre durch hohe Summen abzufinden. Wäre die Stadtverwaltung im Jahre 1884 so einsichtig gewesen, wie sie heute ist, so hätte sie für den Stadtsäckel viele Millionen sparen können.

Opfer einer Typhusvergiftung. Die 17jährige Frieda Drape, die, wie wir in der gestrigen Nummer meldeten, bei einem Besuche in der Wilmersdorferstraße 111 sich mit ihrer Mutter mittels Typhol vergiftet suchte, ist gestern an den Folgen des Krankes im Besten Krankenhaus, wohin man sie geschafft hatte, gestorben. Den ärztlichen Bemühungen ist es aber gelungen, in dem Befinden der Mutter eine Besserung herbeizuführen, so daß diese mit dem Leben davonkommen dürfte.

In Pankow findet viele unserer Leser dadurch, daß ein Privat-Spediteur namens Rummert den Betrieb der Zeitungen plötzlich eingestellt hat, in Verlegenheit gekommen. Wir bitten daher alle Abonnenten, die in den letzten Tagen unser Blatt nicht erhalten haben, sich an Georg Freiwaldt, Pankow, Ploastr. 66, zu wenden. Von dieser Stelle aus werden die Bestellungen ihre Erledigung finden und der Betrieb in geregelter Bahn gebracht werden.

## Vermischtes.

Schiffbruch. Wie aus London gemeldet wird, ist der Dampfer „Aralia“ von Hamburg nach Sunderland auf die Spital-Carr-Felsen aufgelaufen. Sieben Fischer sollen bei dem Versuch der Hilfeleistung ertrunken sein, nach anderen Berichten sogar elf.

Raubmord bei Schwiebus. Wie die „Frankfurter Obergerichte“ meldet, wurde Donnerstagabend gegen 10 Uhr auf der Abdeckerei bei Schwiebus ein Raubmord verübt. Die Frau des Abdeckers Schutt und eine Magd wurden überfallen. Die letztere wurde getötet und die Leiche in die Altkubde geworfen. Die Frau wurde mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Geraubt sind 60 R.

Orkan in Bosnien. Ganz Bosnien wurde gestern von heftigen Strohcockillirmen und Regengüssen heimgesucht. Am Nachmittag wurden auf offener Strecke bei Ostrozae die letzten drei Wagen des von Mostar kommenden Zuges vom Orkan aus den Schienen gehoben und ein Post- und ein Personenzug umgestürzt, wobei ein Drensef getötet und ein Passagier verletzt wurde.

Wasserhand am 8. Dezember. Elbe bei Ruffig + 0,11 Meter, bei Dresden — 1,14 Meter, bei Magdeburg + 1,11 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 3,20 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,72 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,12 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 0,33 Meter, bei Frankfurt + 1,75 Meter. — Weichsel bei Brahenbrude + 2,68 Meter. — Warthe bei Posen + 0,70 Meter. — Rache bei Uff + 1,00 Meter.

## Brückkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche Angabe werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

W. 23. 100. An den Realisten gibt es Freistellen von der dritten Klasse an, ebenso an den Realgymnasien und Gymnasien. Die älteren Institute haben auch keine Stellen für Schüler. Für Freistellen ist keine bestimmte Konzeption vorgeschrieben, für Stipendien wird Konzeptionslosigkeit kaum eine Empfehlung sein. Das Schulgeld der Realisten beträgt 80 R. Kosten der Lehrmittel sind hier recht erheblich. Kurzus ist sechsjährig und kann mit dem 15. Lebensjahr absolviert sein. — G. 19. Das ist leider so. — W. 1. In keinen Fällen. 2. Ja. 3. Nein. — Alter Abonnent, Koppensfrage. Auflage bei der Stiftungs-Deputation, Poststr. 16, 9-3 Uhr. — W. 1. In Paris im Louvre. 2. Abendmahl in Mailand. — W. 4. Antwort siehe „Vorwärts“, Nr. 289, lokaler Teil. — 455. Nein.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

H. 1. 60. Ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament ist gültig, ohne daß es irgend welcher behördlichen Maßnahmen bedarf, wenn es unter Angabe des Ortes und des Tages eigenhändig ge- und unterschrieben ist (unter Schrift ist erforderlich, Neben Schrift genügt nicht). Für ein wechselseitiges Testament genügt der von der Ehefrau eigenhändig gemachte, datierte und unterschriebene Zusatz: Dies Testament soll auch als mein Testament gelten. Beispiele für Testamente finden Sie S. 238, 239 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — 148 R. G. Ohne Einsicht in das Urteil ist Ihre Frage nicht zu beantworten. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — Grünau 100. Ein Jurist, welcher der erstatteten Strafanzeige wäre rechtlich wirkungslos. Möglicherweise wird die Ueberehrung der Anlage abgelehnt. — P. 8. Die Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — P. 9. W. 1. Da nichts vereinbart ist, besteht das jährliche Kündigungsfest zum Schluss des Geschäftsjahres. In nicht vereinbart, der Vertrag sollte weiter laufen, so läuft er mit Schluss des ersten Jahres ab. 2. Eine Welle hat 7500 Meter. Es ist Ihnen in den öffentlichen Bibliotheken reichliche Gelegenheit gegeben, sich über die Höhe und Gewichte eingehend zu informieren. — R. 2. 50. 1. Zu welchem Termin Ihre Frau sündigen kann, ist ohne Einsicht in den von ihr abgeschlossenen Nießvertrage nicht zu beantworten. 2. Die Steuern werden in Ihrem Falle nicht nachgefordert. 3. Abzugstatte kann verlangt werden. — G. 6. 10. Die Rente ist vom Ablauf der 20. Woche zu zahlen. — Rogentankler. 1. Wir haben es nicht abgelehnt, Progentrechnungen für Anträge auszuführen. In welcher Nummer soll das Gegentheil erfolgt und ein solches Refusall mitgeteilt sein? Es liegt wohl eine Verweigerung mit einer anderen Zeitung vor. 2. Rein. 3. Rein, aber sie kann auf Zahlung des Unterhalts verlagert werden. — G. 6. 1. Wir können keinerlei Ari Banken Ihnen empfehlen, die Geld borgen. 2. Ihr Ehegatteverwalter kann bei seinen Belieben über sein Eigentum so verfügen wie er will. In der Regel wird in einem Nießvertrage vereinbart, daß und wieviel der Käufer nach dem Tode des Nießherren an die Erben zu zahlen hat. — W. 2. 16. Ja; nach Zahlung der von der Herrschaft verwendeten Kosten. — T. 6. Der uneheliche Sohn beerbt seine Mutter. Er hat Anspruch auf sein Pflichtteilrecht, das wäre in Ihrem Falle die Hälfte des Nachlasses. — R. 2. 05. Formulare für den Austritt aus der Landesliste erhalten Sie in der Postamtlichen Buchhandlung, Blumenstr. 14. — Koch. 1. Die dem unterliegenden Teil auferlegten Kosten hat dieser zu zahlen. Erfolgt Zahlung nicht, so erfolgt Pfändung. Ob eine Wiederholung des früheren Antrages Erfolg hat, erscheint, nachdem Abmahlung erfolgt ist, zweifelhaft. 2. Etwa je 100 R. für jede Anzahl an Anwalts- und Gerichtskosten. 3. Ja. 4. Wir lehnen es grundsätzlich ab, bestimmte Annahmen zu empfehlen. Anwaltszwang besteht für das Oberverwaltungsgericht nicht. Es empfiehlt sich aber in so schwierigen Materien wie Anwaltszwang Angelegenheiten sich der Hilfe eines Anwalts zu bedienen. Ob eine Berufung Aussicht auf Erfolg hat, ist insbesondere ohne Kenntnis der Akten nicht vorauszusagen. — T. W. 100. Oranienstraße. Rein. J. 6. 75. 1. Und nicht bekannt. 2. Ausländer (Nicht-Deutsche) haben kein Recht auf Naturalisation. Diese hängt vom Ermessen der Behörde ab. Kostenpunkt: 50 Mark. Der Antrag kann zu vollständigen Protokoll gestellt werden. Reineswegs erlaubt durch Naturalisation die weitere Verfolgung wegen Vergehen, die im Auslande begangen sind. 3. Rein. — G. W. 3. 1. In 30 Jahren. 2. Soweit der Lohn 1500 R. jährlich nicht erreicht; nein. 3. Was nach Ermessen des Gerichtsvollziehers (und auf Beschluss des Gerichts) unentbehrlich ist, ist unpfändbar. — C. R. Rein. — Scheerer. Sie haben von Ablauf des Jahres ab, in dem Sie aus der Kirche ausgetreten sind, Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen, in Ihrem Falle also seit zehn Jahren. Sind von Ihnen dennoch Steuern verlangt, so fordern Sie diese zurück. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts liegt in dem Verlangen einer Zahlung für Arbeit, die der Arbeitgeber nicht annehmen will, das Erstreben eines rechtswidrigen Vermögensvortheils. Dies Erstreben wird zur Erpressung, wenn es durch eine Drohung veranlaßt wird. Ob Handarbeit oder geistige Arbeit vorliegt, ist bezüglich gleichgültig. Freilich kann aber die Strafverfolgungsbehörde annehmen, wer in



Den Mitbürgern Gross-Berlins  
zur Aufbewahrung!

Heute  
Eröffnung

der nachstehend bezeichneten ersten 5 Hofverkaufsläger  
am Sonnabend,  
den 10. Dezember, Nachm. 4 Uhr.  
(Näheres ergibt das Inserat ds. Ztg. vom 8. 12. 04.)

# Bekanntmachung des W. E. V. Berlin

Ges. m. b. H.



Dringend zu beachten, dass unsere Verkaufsläger sich nur auf Höfen befinden und zwar:

1) Leipzigerst. 73-74 „Hof“ (nahe Spittelmarkt), 2) Chausseest. 1a (am Oranienb. Tor) „Hof“  
3) Brunnenst. 144 „Hof“, 4) G. Frankfurterst. 94 „Hof“, 5) Oranienst. 60 (Moritzpl.) „Hof“

Wir offeriren u. A. während der ersten 3 Eröffnungstage in tadellosen Qualitäten

Brod . . . . . 5 1/2 Pfd. 0,50 M.	Rels . . . . . 1 Pfd. 0,15 M.	Elainseife . . . . . 1 Pfd. 20 Pf.	Stangenspargel I . . . . . 1/2 160 Pf.
Zucker, fein . . . . . 1 „ 0,20 „	Mirabellen . . . . . 2 Pfd.-Büchse 0,78 „	Terpentinseife . . . . . 1 „ 17 „	J. f. Erbsen . . . . . 1/4 60 „
Salz . . . . . 1 „ 0,09 „	Birnen . . . . . 2 Pfd. 0,72 „	Oberschalseife . . . . . 1 „ 28 „	Fleischhex.ract 1/4 6,80, 1/2 3,70, 3/4 2,05,
Gebrannter Auslesekaffee 1 „ 0,60 „	Motardkerzen . . . . . 1 „ 0,54 „	Stücken u. Strahlenstärke 1 „ 27 „	1/2 1,05 M.
Deutsch. Büchsenfleisch 1 „ 0,85 „	Maccaroni . . . . . 1 „ 0,35 „	Französ. Wallnüsse . . . . . 1 „ 33 „	Suppenwürze in Flaschen,
Weizenmehl, ff. . . . . 2 „ 0,25 „	Mostrieh, grosses Glas 0,19 M. incl.		Grösse No. 5 5,50, No. 4 3,00,
Cacao . . . . . 1 „ 1,10 „	Apfelmarmelade 1 Pfd.-Dose 0,46 M.		No. 3 1,70, No. 2 1,00, No. 1 0,60,
Thee . . . . . 1 „ 1,80 „	Französ. Pflaumen . . . . . 1 „ 0,14 „		No. 0 0,30 M.
Rosinen . . . . . 1 „ 0,40 „	Prünellen . . . . . 1 „ 0,58 „	<b>Wurstwaren.</b>	Verschiedene Tagesgerichte, in Qua-
Mandeln, süsse u. bittere 1 „ 1,10 „	Aprikosen . . . . . 1 „ 0,65 „	Braunsch. Cervelat . . . . . 1 Pfd. 120 Pf.	litäten, 1/2 Büchsen, wie Gulyas,
Sultaninen . . . . . 1 „ 0,42 „	Ringäpfel . . . . . 1 „ 0,38 „	Cösslner Cervelat . . . . . 1 „ 100 „	Erbsen mit Spitzbein etc. etc.,
Citronat . . . . . 1 „ 0,68 „	Pflaumenmus . . . . . 1 „ 0,18 „	Rügener Salami . . . . . 1 „ 125 „	ca. 1 Pfd. Inhalt, pro Dose 48 Pf.
Chokolade, gar. rein . . . . . 1 „ 0,78 „	Sardellen . . . . . 1 „ 1,05 „	Cösslner Salami . . . . . 1 „ 100 „	<b>Alkoholfreie Getränke.</b>
Bohnen . . . . . 1 „ 0,18 „	Käse, echt Schweizer . . . . . 1 „ 0,90 „	Plockwurst . . . . . 1 „ 110 „	Apfelblümchen incl. Glas 1/2 Flasche 32 Pf.
Erbsen, klein und gross . . . . . 1 „ 0,14 „	Seifen Ia. Glycerin, gross. Stück 0,10 „	Pomm. Mettwurst . . . . . 1 „ 0,70 „	Fruttl . . . . . 1/2 „ 28 „
Schälerböhen . . . . . 1 „ 0,18 „	Ia. Cocosseife gr. Stück . . . . . 10 Pf.		Goldbrause . . . . . 1/2 „ 20 „
Linzen . . . . . 1 „ 0,18 „	Abfallseife . . . . . 1 Pfd. 24 „	<b>Conserven.</b>	

Sämtliche vorstehenden Artikel sind auch in anderen Qualitäten und Preislagen am Lager. — Grosse Wein- und Likörlager der renommiertesten Firmen in allen Preislagen vorhanden.

Unsere verehrl. Kunden wollen an den Kassen unserer Läger die kostenlos erhältlichen Mitgliedskarten sich im eigensten Interesse unbedingt ausstellen lassen.

### Auszug aus den Bestimmungen.

**1. Rabattwesen.** Jeder Abnehmer hat bei seinem Einkauf in den Lägern des W. E. V. B. Anspruch darauf (soweit nicht etwa bestimmte Waren von dieser Vergünstigung ausgeschlossen werden müssen), dass ihm in Höhe seines Einkaufes, soweit der Betrag durch 25 teilbar ist, Rabattmarken ausgestellt werden, welche er in Mitgliedskarten, die er an den Kassen unserer Läger kostenlos erhält, zu kleben hat. Jede solcher Gutscheine- bzw. Mitgliedskarten, die ordnungsgemäss mit 100 Rabattmarken des W. E. V. B. beklebt und ausgefüllt ist, wird rabattfähig, d. h. dem Inhaber steht alsdann jederzeit das Recht zu, diese innerhalb des Jahres in unseren Lägern bei seinen Einkäufen in Zahlung zu geben, während der Rabatt für die etwa nicht in Waren eingetauschten Karten alljährlich einmal und zwar in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember j. J. an verschiedenen durch den W. E. V. B. alsdann rechtzeitig bekannt zu gebenden Stellen in bar ausbezahlt wird. Der W. E. V. B. giebt auf solche zurückgegebenen Karten sowohl in Waren wie in bar einen Rabatt von 5 Prozent. Von allen bar durch den W. E. V. B. zur Auszahlung gelangenden Rabattbeträgen werden 6 Prozent (d. h. pro 5 Mk. Rabatt = 25 Pf.) für Verwaltungskosten einbehalten. Die Gültigkeit der Mitglieds-Gutscheinkarten verfährt niemals.

**2. Dividendenbeteiligung der Käufer.** Jeder Käufer ist ferner berechtigt, gelegentlich der Empfangnahme des Gegenwertes bzw.

bei Zurückgabe seiner mit Rabattmarken vorschriftsmässig beklebten Mitgliedskarten noch eine besondere Quittung über den durch die Karten erwiesenen Betrag seines Warenverbrauches verlangen zu können. Diese Quittungen müssen ebenfalls in der Zeit vom 1. bis 15. Dez. j. J. an die einzeln Zentralstellen des W. E. V. B. ausgehändigt werden, wozu alsdann Dividendbücher, auf den Namen der Kunden lautend, in welche seine Waren-Verbrauchssumme eingetragen wird, erteilt werden. Mit dieser Gesamtverbrauchssumme partielliert jeder Käufer, der im Besitze eines Dividendbuchs ist, mindestens an 10 pCt. des Reinertrags-Ueberschusses, welchen der W. E. V. B. immer in dem verfloessenen Geschäftsjahre gehabt hat und welcher in allen Lägern des W. E. V. B. nach Festsetzung durch die Generalversammlung bekannt gegeben wird. Im zweiten Geschäftsjahre zählen für die Inhaber von Dividendbüchern ihre Kaufbeträge beider Jahre usw., sodass die alten Abnehmer bzw. Mitglieder sich gegenüber den neuen bei allen Gewinn-Verteilungen im Vorteil befinden müssen. Diese Beträge werden stets Anfang des kommenden Jahres an die Käufer ausbezahlt und verfahren nicht, abgehobene Dividendenbeträge stets mit dem 1. 5. des auf das verfloessene Geschäftsjahr folgenden Jahres.

**10. Weitere Vergünstigungen durch Gutscheine-Mitgliedskarten.** Durch Vorzeigung der vom W. E. V. B. unentgeltlich erworbenen Mitgliedskarten nach Einkauf von Artikeln, welche der

W. E. V. B. in seinen Lägern nicht führt, erhalten die Kunden bzw. Mitglieder des W. E. V. B. bei den nachstehend und in den Mitgliedskarten näher bezeichneten erstklassigen Handlungshäusern die neben den betreffenden Firmen stehenden Rabattsätze gutgeschrieben. Diese gelangen durch den W. E. V. B. ebenso, wie im Absatz 8 ausgeführt, Mitte Dezember j. J. zur Auszahlung. — Ebenso werden in den Mitgliedskarten diejenigen Vergünstigungen fortlaufend bekannt gegeben werden, welche den Vereinsmitgliedern gegen Vorzeigung der Karten von Theatern u. s. w., wie öffentlichen Verkehrsanstalten etc. etc. eingeräumt werden. Die Mitglieder der Direktion und des Aufsichtsrates vom W. E. V. B. werden fortlaufend angestrengt bemüht sein, die allerdenklichsten Vorteile auch nach dieser Richtung hin für die Inhaber ihrer Gutscheine-Mitgliedskarten zu erwirken.

Berlin, den 10. Dezember 1904.

**Waren-Einkaufs-Verein Berlin Ges. m. b. H.**  
Der Aufsichtsrat.  
gez. Dr. Remling, Rechtsanwalt, Vorsitzender. Eugen Maether, Stellvert. Vorsitzender. H. Zimmermann, Schriftführer.  
O. Weichardt, H. Schmidt.  
Der Vorstand.  
gez. Otto Profe, Direktor. Der Generalsekretär E. von Hartmann, Hauptmann a. D.

### Auszug aus dem Verzeichnis derjenigen Firmen etc. anderer Branchen, welche den Kunden des W. E. V. B. nach Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte vom W. E. V. B. besondere Vergünstigungen durch Rabattgewährung u. s. w. bewilligen (s. obigen Abs. 10).

(Die Herren Vertragslieferanten werden, soweit ihrer w. Firma in diesem Inserat noch keiner Erwähnung getan werden konnte, höchst um Entschuldigung gebeten.)

- Gold-, Silber-, Alfenide-, Juwelen, Uhren:** H. Zimmermann, Oranienstr. 206 (Allröing. Lieferant) 5 Prozent.
- Leinen- und Weisswaren:** (Wäsche-Ausstattung): Hermann Riese, Andreasstr. 98 5 Prozent. — E. Voigt, Oranienstr. 169, 5 Prozent. S. Eisenstadt, Frankfurter Allee 165, 5 Prozent.
- Baumwollen- und Wollwaren:** Carl Braun, Kottbuserdamm 5, 5 Prozent.
- Posamentierwaren:** Paul Ohn, Hühnerplatz 2 und Neue Rossstr. 24, 4 Prozent.
- Damenmäntel:** A. Pietzker, Oranienstr. 60 und Turmstr. 30, 5 Prozent.
- Kindergarderobe:** A. Pietzker, Oranienstr. 60 und Turmstr. 30, 5 Prozent. — M. Riedel, Beuthstr. 7 (am Spittelmarkt), 6 Prozent. S. Eisenstadt, Frankfurter Allee 165, 5 Prozent.
- Tuche, Buckskins, Kammgarn-Stoffe** (Tuchstoffe zu Damenkleidern, Planelle, Loden): Adolf Eckardt, Lindenstr. 38, 6 Prozent.
- Fertige Herren- u. Knabenanzüge:** A. Pietzker, Oranienstr. 60 und Turmstr. 30, 5 Prozent. Paul Bauchwitz, Langestr. 51, 5 Prozent.
- Herren-Schneider:** Wilhelm Susoway, Dresdenstr. 128 bis 129, 4 Prozent. Carl Spieltötterer, Boeckstrasse 52, 5 Prozent.
- Damenhüte:** Marie Marquardt, Liniestr. 40, 4 Prozent. M. van Geldern, Kommandantenstr. 26, 6 Prozent. Alma Schütze, Gr. Frankfurterstr. 53, 4 Prozent.
- Herrenhüte und Mützen:** Richard Böhm, Potsdamerstrasse 104, Tauentzienstr. 13 und Maassenstr. 22, 5 Prozent. Carl Nuhn Nachf., Belle-Allianceplatz 23, 8 Prozent. C. Köpke, Prinzenstr. 60, 5 Prozent. Albert Ring, Rosenthalerstr. 19, 5 Prozent. Josef Holnboetz, Dresdenstr. 126, 5 Prozent.
- Sonnen- und Regenschirme:** W. Tschöke, Seydelstr. 2 (am Spittelmarkt), 5 Prozent. E. Hagen (Nachf.), Markgrafenstr. 66, auch auf Reparaturen 10 Prozent. Gustav Knaake, Andreasstr. 26, 5 Prozent. Josef Holnboetz, Dresdenstr. 126, 5 Prozent. Richard Metz, Köpenickerstr. 115, 5 Prozent.
- Handschuhe u. Herrenartikel:** H. Güssow, Friedrichstrasse 10, 5 Prozent.
- Korsette:** Sally Auerbach, Andreasstr. 53 (spez. Orthopädische Korsette) 10 Prozent.
- Gummi-Wäsche, Schuhe, Regenröcke:** J. Kabelech, Hackescher Markt 3, 8 Prozent.
- Künstliche Blumen u. Federn:** (Gold-, Myrten- und Silberkränze) C. Blaase, Kommandantenstrasse 37, 10 Prozent.
- Kürschner** (Pelwaren): Carl Nuhn Nachf., Belle-Alliancepl. 23, 8 Prozent. W. Landau, Rosenthalerstr. 66, Rheinbergerstrasse 29, 3 Prozent.
- Schuhwaren:** Otto Wacker, Zlotenstr. 27, 4 Prozent. Paul Runge, Gr. Frankfurterstr. 94, 5 Prozent. H. Eisner, Gröner Weg 43 u. 77, 5 Prozent. F. Danneberger Nachf., Belle-Allianceplatz 6, 5 Prozent. E. Hampf, Reichenbergerstr. 13, 5 Prozent. J. Machill, Brunnenstr. 150, 5 Prozent. Adolf Becker, Dragonerstr. 4, 6 Prozent. Haackenberg, Brunnenstr. 145, 5 Prozent. P. Scheinmann, Kottbuserdamm 14, 5 Prozent. H. Leiser Nachf., Oranienstr. 34, 5 Prozent. Carl Held, Lützowstr. 73, 3 Prozent. Emil Gohler, Lützowstr. 76, 5 Prozent. Josef Stockmann, Lützowstr. 66, 2 Prozent.
- Waschanstalten für Hauswäsche:** R. Gabriel, Köpenick, Glinickerstr. 32, 5 Prozent.
- Wohnungs-Einrichtungen:** D. Dwinatzki, Andreasstrasse 30, 5 Prozent.
- Betten und Bettfedern:** C. H. Schaefer, Stadtbahnhof Börs, 8 Prozent. Albert Hartung, Hoff., Dresdenstr. 88/89, 5 Prozent. A. Schonert, Gleditschstr. 49 u. Oranienstr. 12, 6 Prozent.
- Lampen:** Paul Schonok, Reichenbergerstr. 30, 5 Prozent. W. Jonas, Schönhauser-Allee 9/10 und Gr. Frankfurterstrasse 122, 10 Prozent.
- Gaskocher, Bronze- u. Zinkgusswaren:** W. Jonas, Schönhaus, Aller 9/10 und Gr. Frankfurterstr. 122, 10 Prozent.
- Stahlwaren und Waffen:** C. Brucklacher, Oranienstrasse 43, 6 Prozent.
- Eiserne Bettstellen u. Matratzen:** Stadtbahnhof Börs, 8 Prozent. A. Schonert, Gleditschstr. 49 u. Oranienstr. 12, 6 Prozent. S. Kaliski, Invalidenstr. 160 u. Filialen, 5 Prozent.
- Korbwaren u. Kinderwagen:** P. Matzner, Andreasstrasse 21 und Filialen, 5 Prozent. S. Kaliski, Invalidenstr. 160 u. Filialen, 5 Prozent.
- Bürsten und Pinsel:** Paul Daun vorm. Heidenreich, Friedrichstr. 47, 5 Prozent.
- Linoleum, Tapeten und Wachstuche:** L. C. Mertins Nachf., Gröner Weg 102, 5 Prozent.
- Gravir-Anstalt:** Gustav Benze, Rosenthalerstrasse 60, 5 Prozent.
- Näh-, Wring- und Waschmaschinen:** A. Rud. Zöllner, Kommandantenstr. 40, bei Zahlung des ganzen Betrages 5 Prozent. (auch auf Reparaturen): G. Grosse, Wienerstr. 9, 5 Prozent.
- Fahrräder**
- Photographen:** Jamrath & Sohn, Inh. Emil Becker, Hofphotograph, Belle-Alliancestr. 14, III., 15 1/2 Prozent. Otto Witte, Skalitzerstr. 54, 10 Prozent.

## Waren-Einkaufs-Verein Berlin, Ges. m. b. H.

Der Vorstand: Otto Profe, Direktor.

\*) Waren-Offerten, Lieferant-Gesuche zu obigem Absatz 10, Hoflokalangeboten mit Zeichnung, Stellengesuche aller Art (mit schriftl. Lebenslauf u. Photographie), den W. E. V. B. betr., werden werktätlich (ausser Sonnabende) Vorm. v. 9-11 Uhr im Direktionsbureau Kreuzbergstr. 30 entgegengenommen. Zahlstunden v. Vorm. 10-12 Uhr.

Theater.

Kleines Theater. „Die stillen Stuben.“ Schauspiel in drei Akten von Sven Lange. — Der dänische Dichter Sven Lange ist einem Teil der „Vorwärts“-Leser aus der Aufführung des „Verbrecher“ in der „Freien Volkshalle“ bekannt.

Geräuschlos, ebenmäßig fließt das Leben in den stillen Stuben des thegnischen Ehepaars dahin. Der blasse, von ewigem Kopfschmerz geplagte Oberlehrer, eine sene, vornehme, doch passive Natur, die sich eine eigene Philosophie des Wehenlassens zurechtgelegt, ist seiner jungen Frau von Herzen angetan.

Manne offenbare, er aus seiner Starre erwache, daß er mit allen Kräften um sie ringen werde, bis der gefährliche Zauber gebrochen. Schmerzlich erschüttert ihn das trotzig herausgehobene Geständnis, doch kein Wort der Leidenschaft kommt über seine Lippen.

Großartig war wieder Gertrud Eholdt in der weiblichen Hauptrolle. Das wechselvolle Hin und Her der Stimmungen brachte sie in Ton, Gebärden und Bewegung wahrhaft überraschend zum Ausdruck.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 10. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Frau Diavolo. Neues königliches Opern-Theater. Das große Licht.

Anfang 8 Uhr: Velle Alliance. Harte u. Co. Nachm. 3 1/2 Uhr: Frau Holle und Prinzessin Kaufmännin.

Trianon. Gossions Frauen. Deutsch-Amerikanisches. New-York. Metropol. Die Herren von Maxim.

Walden. Die Gefangene. Spezialitäten. Hoftheater. Die Gefangene. Spezialitäten.

National-Theater. Heubergsweg 12a-13b. Sonnabend, den 10. Dezember 1904: Gastspiel Franzesechina Prevosti.

Zentral-Theater. Heute Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Däumelchen.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Große Extra-Vorstellung.

Der Lumpensammler v. Paris. Abends 7 Uhr: Am Altar.

Der Familienstag. Von Gustav Kadelburg.

Urania, Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Tierleben in der Wildnis.

D. GASTAN'S ANOPTICUM. Friedrichstr. 165.

Achmet Effendi mit sein. sprechenden Puppen. Abdul Chan, der geheimnisvolle Zauberer aus Bagdad.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr.

Ludolf Waldmann. Berlins populärster Lieder-Komponist. Carla Lingen in ihrer Szene „Die Gefangene“.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Gastons Frauen.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Koppenackerstr. 67/68. Stat. Jannowitzbr.

NEW-YORK. 5 Bilder in Gesang u. d. Nachtob. einer Weltstadt, Text und Musik von ADOLF PHILIPP.

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsszene mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

Herrfeld-Theater. Die kühnlich bejubelte Situations-Komödie: Prinz Levy in Ahlbeck.

Lustspielhaus. Friedrichstr. 236. Täglich abends 8 Uhr: Der Familienstag.

Der Familienstag. Von Gustav Kadelburg.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Helmgunden.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Tyrannen der Tränen.

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr: Der grüne Kakadu.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr: Die Morgenröte.

Zirkus Schumann. Heute Sonnabend, den 10. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr: IX. Grande Soiree High-Life.

Der Sprung in den Mond. Mlle. Helene. Frl. Dora Schumann mit ihrem brillanten Kavalier a la jardiniere.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute zum erstenmal: Herkulespfeilen.

Kasino-Theater. Lothringergasse 37 (Rosenfelder Tor). Täglich 8 Uhr. Konz. 7 1/2-8 Konz. 8-9 Uhr.

In Vertretung. Militär-Konzert in 3 Akten von Gordon. Sonntag nachm. 4 Uhr (A. Preis): Wildes Blut.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Die kühnlich bejubelte Situations-Komödie: Prinz Levy in Ahlbeck.

Skala-Theater. Finkenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). Sensationelles Programm!

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.

Militär-Konzert. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag. Fritz Steidl-Sänger.

Abnormitäten-Ausstellung. Otto Pätzlow. Abnormitäten-Ausstellung.

Apollo-Theater. Täglich! Die sensationellen amerikan. Novitäten des phänomenalen Dezember-Programms.

Berliner Luft. Musik von Paul Lincke. Sonntag, 11. Dezember, nachm. 3 Uhr: Erniedrigte Preise.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter Allee 85. Das neue Dezember-Programm.

Carl Weiß-Theater. Große Frankfurter Straße Nr. 132. Direktion M. Ed. Fischer.

Senta Wolfsburg. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Diamanten des Sultans.

Palast-Theater. Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Das gr. neue Dezemb.-Programm.

Wettrennen. zwischen dem amerikanischen Radfahrer Walthour und 1. Berliner Rennfahrern.

Sansonei. Kottbuser Tor - Stat. der Kochstraße. Sonntag, Montag, Donnerstag.

Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.

lebender Kuriositäten. Medizinische Ratsel auf dem Wunder-Pisces.

Abnormitäten-Ausstellung. Otto Pätzlow. Abnormitäten-Ausstellung.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit. die Lederhose Herkules tragen.

Baer Sohn. En gros. Export. En detail. Chausseest. 24a/25, Brunnstr. 11.

Josef Fischer. Kohlen-Grubhandlung Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.

Muster-Röcke. elegant, von 1,50 an. Wollwaren und Wäsche werden jetzt spottbillig.

Fries für dicke Portieren. in allen gangb. Farben. Breite 130 cm 160 cm.

Fries-Fenstermängel. in allen Farben 2,25, 3,50, 4,50 u. 6 Mk.

Emil Lefèvre. Berlin S. Oranienstr. 158.

# V. u. VI. Wahlkreis.

30. Kommunal-Wahlbezirk.

Montag, den 12. Dezember, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:

## Wähler-Versammlung

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung: 1. Neue Sünden des Freisinns im Roten Hause.  
Referent: Stadtverordneter Genosse Dr. Weyl.

Die Parteigenossen müssen für zahlreichen Besuch der Versammlung agittieren.

## Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 12. Dezember, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
Hussiten-Strasse 40:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 27. d. M. (3. Weihnachtsfeierabend), nachmittags 4 Uhr:

## Urania-Vorstellung

(im Bannkreis der Jungfrau).

Billetts sind in allen Zahlstellen sowie bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Die Abrechnung hat spätestens Sonnabend, den 17. Dezember zu erfolgen.

## Achtung! Vergolder. Filiale Berlin.

Montag, den 12. Dezember 1904, abends präzise 8 Uhr,  
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal)

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Einführung der Krankenunterstützung in den Verband. Referent: Kollege Späth. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen.

## Achtung! Brauer. Achtung!

Sonntag, den 11. Dezember cr., nachm. 2 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher in Berlin u. Umgegend beschäft. Brauer  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Hfer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Berichterstaltung des Kuratoriums des Arbeitsnachweises des Vereins der Brauereien für die verfloffenen zwei Jahre. 2. Ausstellung von Kandidaten zum Kuratorium des Arbeitsnachweises für die im Januar 1905 stattfindende Neuwahl des Kuratoriums.  
In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

## Bilderrahmenmacher!

Sonntag, den 11. Dezember, vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Augustin,  
Lindenstraße 69.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

## Achtung! Maurer. Achtung!

Die am 8. Dezember tagende Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hat beschlossen:

Dah seitens der Organisation zur Unterfütterung der Streikenden Sammelkassen nicht herausgegeben werden. Alle notwendigen Unterfütterungen werden dem Vereinsfonds entnommen. Wenn aber Kollegen unserer Organisation doch auf Listen Gelder zur Unterfütterung zeichnen wollen, soll dieses nur auf die vom Berliner Gewerkschafts-Farstell herausgegebenen geschehen.

Der Vorstand.

J. U.: Heinrich Metzke. Bureau: Dirlenstr. 20.

## Achtung! Kistenmacher! Achtung!

laut Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 6. d. Mts. haben alle Kollegen in der 48., 49., 50. und 51. Woche eine Extra-Marke von 50 Pf. zu heben. Dieses Geld wird ausschließlich den im Streit befindlichen Organisationen überwiesen.

Wir ersuchen die Werkstatt-Vertrauensmänner, darauf zu achten, daß die Bücher bis Schluß des Jahres in Ordnung sind.

Der Vorstand.

## Stukkateure!

Werkstatt-Besprechung der Firma C. Schultze,  
Kaiser-Allee.

am Sonnabend, den 10. Dezember, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im Lokale des Herrn K. Schneider, Kaiser-Allee 209, Eingang Nachodstraße.  
Das Erscheinen sämtlicher dort beschäftigten Kollegen, besonders der Werkstattarbeiter, erwartet

Die Einberufer.

## Konkurs-Ausverkauf

des Warenlagers Landsbergerstr. 82,

bestehend in Teppichen, Polieren, Gardinen,

Stores, Tischdecken, Steppdecken, Chaise-

longue-Decken, Läuferstoffen usw., findet

bis auf weiteres täglich zu aussergewöhnlich

billigen Preisen statt.

## Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin.

Die für die Wahlperiode 1904/1905 gewählten Vertreter werden hiermit zu der am Montag, den 19. Dezember 1904, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr beginn. 8 Uhr, in Dräsel's Peltalen, Neue Friedrichstr. 35, stattfindenden Ordentlichen General-Versammlung ergebenst eingeladen.

Um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:  
Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern für die Zeit 1905/1906 an Stelle der auscheidenden Herren Rosenfeld und Bierich.

Um 8 Uhr:  
Versammlung sämtlicher Vertreter.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1904.  
2. Definitive Anstellung von bisherigen Hilfsarbeitern.  
3. Antrag der Klassenangestellten wegen anderweiter Regelung der Gehälter.  
4. Verschiedenes.

Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder.

Tages-Ordnung:  
Wahl von vier Vorstandsmitgliedern für die Zeit 1905/1906 an Stelle der auscheidenden Herren Steerl, Raack, Sauer und Kuhn.  
Berlin, den 10. Dezember 1904.  
Der Vorstand. 278/6  
Gustav Wolter, Vorsitzender.

## Hüte

Engros. Export.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Herrenhüte von 1-3 M. per Stück, Knabenhüte von 65 Pf. an, Zylinder von 3 M. an, Capes von 4.50 M. an, Haarhüte 2.50 M. bis 5 M.

Größtes Lager zu staunend billigen Preisen.

Albert Friedlaender,

Landsbergerstr. 90, 1. Trepp.

H. Giesings Ball-Salon  
Wassertorstr. 68  
Empfehle meine Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.  
8412\*

## Alle Welt

sucht günstig einzukaufen und zu sparen. Besonders die Hausfrau

## kauft

gerne so ein, dass sich für sie ein Ueberschuss in der Wirtschaftskasse ergibt. So ist der Einkauf von

## MOHRA

-Margarine als Ersatz für feinste Naturbutter unentbehrlich für Küche u. Tafel.  
Grund: „gute Waare, ca. 40% Ersparnis.“  
„Mohra“ ist in allen einschlägigen Geschäften käuflich.



Nur neueste Moden.

Dieser steife, schwarze Gut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. clagues moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.

Abteilung für den Einzelverkauf 1280L\*

Neue König-Strasse 48, 1. Trepp.,

drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neue Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine

Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.

Sonntags geöffnet.

## Hut-Zentrale

Oranienstr. 2 Mantelstr.

Großes Spezialgeschäft für Filz- u. Seiden-Hüte.

Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

## Schönstes Weihnachtsgeschenk!

Photographische Apparate und Bedarfsartikel

in großer Auswahl, neueste und bewährte Konstruktionen in jeder Preislage (von 3 $\frac{1}{2}$  Mark an).

Ausführliche Gebrauchsanweisung wird jedem Apparat beigegeben; auch sachmännlicher Unterricht gratis erteilt.

Herm. König,

Rüdersdorferstraße 42 und Zorndorferstraße 9.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Laden.

## Für die Weihnachtszeit

empfehlen wir zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

Geopold Jacoby: **Cunita.**

Ein Gedicht aus Indien in 10 Gesängen. Preis 2.50 M.

v. Wildenradt: **Der Zöllner von Klausen.**

Illustriert von E. M. Allen. Preis 1.— M.

Victor Hugo: **1793.**

Historischer Roman aus der französischen Revolution. Preis 2.— M.

Für die Jugend:

Gustav Schall: **Im Märchenlande.**

Eine Auswahl guter Märchen. Preis 1.50 M.

Für die reifere Jugend:

Erkman & Chatrian: **Frau Therese.**

Eine Erzählung aus der Zeit der großen französischen Revolution. Preis 1.— M.

H. G. Jenisch: **Ein neuer Totentanz.**

18 Blätter in Quart (23 x 31 $\frac{1}{2}$  Zentimeter). Preis 2.50 M.

Märchen- und Bilderbücher sind in reicher Auswahl und in allen Preislagen zu haben.

## Der Verkauf des Max Lachotzkischen

Konkurswarenlagers

und der dazu sortierten Waren, bestehend aus besseren fertigen

## Herren-Garderoben

unter anderen:

Ein Posten Herren-Paletots, bish. Verkaufspr. b. 75 M.

jetzt von 7 $\frac{1}{2}$  Mark an und höher.

Ein Posten Herren-Anzüge, bish. Verkaufspr. b. 70 M.

jetzt von 8 $\frac{1}{2}$  Mark an und höher.

Ein Posten Herren-Mosen, bish. Verkaufspreis b. 35 M.

jetzt von 4 $\frac{1}{4}$  Mark an und höher.

Herren-Schlafrocke - Joppen - Westen u. Stoffe sollen jetzt im Geschäftslokale

Friedrichstraße 105c

zwischen der Kaiser- und Weidendammer Brücke

ausverkauft werden. 14167.

## Hut-Fabrik u. Pelzwaren-Lager

## CARL RENZ

I. Geschäft: Berlin SO., Oranienstr. 3.

II. Geschäft: Charlottenburg, Kantstr. 134a.

Grosses Lager in Mützen, Schirmen. — Reelle Bedienung.

## Berlin N. Georg Gundermann

Spezial-Geschäft für

## Herren-, Knaben- u. Arbeiter-Garderoben

Herren-Winterpaletots . . . . . von 8,50 an.

Herren-Winterjoppen . . . . . 3,75 .

Herren-Winteranzüge . . . . . 7,50 .

Jeder Käufer, der dieses Inserat mitbringt, erhält einen besonderen Extra-Rabatt.

Lieferant des Rabatt-Sparvereins „Norden“. 1388L\*

## Pelz-Waren

alle Neuheiten, alle Pelzarten in größter Auswahl

Stolas, Kolliers, Muffen.

Georg Gottmann, Große Frankfurterstr. 130

\* Gottmann's Spezial-Hut ist der neueste, eleganteste, leichteste haltbarste, billigste Herrenhut der Welt!

## Gold-, Silber- und Alfenidewaren, Stand-, Wand-, Taschen- u. Weckeruhren

(dreijährige Garantie)

in größter Auswahl und moderner Ausführung. Spezialität:

Goldene Ringe und Ketten.

Ausgedehntes u. reichhaltig sortiertes Lager in prachtvollen Schmucksachen, Ohrgehängen, Nadeln, Medaillons etc.

Passende Weihnachtsgeschenke jeder Art!

Hochzeits-, Paten-, Jubiläumsgeschenke und Vereinsgaben!

Schöne und moderne Tafelaufsätze, Fruchtkörbe, Bowlen, Trinkhörner etc.

Streng reelle Bedienung! Billigste, feste Preise!

Gegr. 1877. Reinh. Wankel Gegr. 1877.

Brunnenstraße 163

(zwischen Anklamer- und Invalidenstr.) 13022\*

# Sielmann & Rosenberg

Kommandanten-  
strasse  
Ecke Lindenstrasse.

Um unsere grossen Lager schnellstens zu räumen, verkaufen wir heute und die folgenden Tage

## sämtliche Konfektion für den halben Preis.

Jackets u. Paletots, Eskimo,  
6, 8, 10, 12, 15 M., früher 15-30 M.

Blusenjackets in Astrachan  
u. Eskimo, 12, 15, 20 M., früher 20-40 M.

Jackettkleider u. Paletotkleider  
aus Tuch u. englischen Stoffen, garnierte französische  
Kleider aus neuesten Phantasiestoffen,  
'15, 20, 25 M., früher 30-50 M.

Abendmäntel, Theatermäntel  
u. Capes in weichen, hell- u. dunkelfarbigen Stoffen,  
auch mit Pelzbesatz, 8, 10, 12, 15 M., früher 20-40 M.

Schwarze Frauen-Capes, Havelocks  
u. Covert coat-Paletots.  
10, 12, 15 M., früher 20-35 M.

Regen-, Reise- u. Gummimäntel,  
10, 12, 15 M., früher 18-30 M.  
Trauerkleider, auch für starke Damen, 20 M.

Plüsch- u. Astrachan-Paletots  
20, 30, 40 M., früher 50-85 M.

Kostümröcke, schwarz, meliert u. weiss,  
neueste Modelle, tadelloser  
Sitz, prima Verarbeitung, 4, 6, 8, 10, 12, 15 M., früher  
10-30, in Seiden-Damast 20, 25 M. Elegante Ball-  
kleider 20, 25 M. Fussfreie Strassenröcke 3, 5, 7 M.,  
früher 6-15 M. Faltenröcke mit Sattel 9, 10, 12 M.,  
früher 15-20 M. Seidene und wollene Blusen in  
schwarz, weiss u. in allen neuen Farben, 3, 5, 7, 9 M.  
Morgenröcke, Matinees u. Unterröcke.

## Carl Dittmann,

Spezial-Geschäft für Wild, Geflügel und Fische.

Fernsprecher Amt 7 No. 90. Landsberger Allee No. 28 Fernsprecher Amt 7 No. 90.  
empfehlen: 13002

Hochprima Oderbrucher und Wartbrucher Fettgänse zu billigsten Tagespreisen.

Große blutfrische Hasen von 3.00 Mk. an, auch gespickt.

Rehrücken, Rehkeulen und Rehblätter, Hirschfleisch a Pfund von 25 Pfg. an. Zander,

Schellfisch, Flunder etc., jeden Vormittag frisch eintreffend, billigst.

Sowie sämtliche Sorten lebende Fische.

Besuchen Sie die

## Weihnachts-Ausstellung

von

# MAX BUSSE

1326L\*

BERLIN N.  
BRUNNEN-STRASSE 175

vis-à-vis Greifenhagen

Dort finden Sie die

grösste Auswahl in

### Uhren, Brillanten, Gold-, Silber- und Alfenidewaren

und streng reelle und  
billige Bedienung.



## Beim Einkauf

von Herren-Garderobe hat der Käufer die Verpflichtung, streng darauf zu achten,  
daß er in ein streng reelles Geschäft geht. Mein Geschäft ist seit nahezu

### 30 Jahren

wegen seiner Reellität und soliden Handhabung bei streng festen Preisen rühmlichst  
bekannt.

### Ein Versuch

führt sicher zu dauernder Kundschaft.

## Max Kaplan,

Friedrichstraße 1  
am Belle-Allianceplatz.

Zum Fest: Ausstellung von Schlafrocken jeden Genres.

Sonntags von 8-10 und 12-8 Uhr geöffnet.

Grösstes Spezialgeschäft der Branche!



Hüte Mützen  
Engros - Export und Pelzwaren.

Einzelverkauf zu erstaunlich billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Oscar Arnold Dresdener Strasse 116  
(kein Laden).

## Enorm billig

gelangen zum Verkauf  
diesen Sonntag bis  
8 Uhr abends, sowie  
täglich, die nur hoch-  
modernen letzter Saison  
zurückgesetzten, nur  
vornehmen Herren-

### Anzüge Paletots

aus feinsten Maßstoffen.  
Winter-Paletots, sonst Maß-  
preis bis 70 M., jetzt 15 bis  
42 M. Jackett-Anzüge, sonst  
Maßpr. bis 60 M., jetzt  
18-40 M. Gehrock-Anzüge  
jetzt 21-42 M. Beinkleider  
jetzt 7-12 M.

Deutsches Versandhaus,  
Jägerstr. 63, 1 Treppe.  
Auf Hausnummer achten!

Gegründet 1878

Winter-Paletots	von 18 M. an	Paletots nach Maass	von 30 M. an
Winter-Joppen	von 6 " "	Anzüge nach Maass	von 33 " "
Jackett-Anzüge	von 17.50 " "	Hosen nach Maass	von 10 " "
Rock-, u. Gehrockanzüge	v. 25 " "	Knaben-Anzüge	in größter Auswahl.

Streng feste Preise.

## M. Schulmeister

Schneidermeister

Am Kothuser Tor. Dresdenerstr. 4. Ecke Adalberstr.

724L\*

Leib- u. Bettwäsche,  
nur eigene Fabrikate,  
vortrefflichste Ausführung,  
aussergewöhnlich billig!

### Z. Alexander,

Wäsche-Industrie,  
103 Gr. Frankfurterstr. 103.  
Bitte genau a. d. Firmaz. achten!

## Gelegenheitskäufe in Schweizer Uhren, Gold- und Silberwaren



Schweizer Remontoir-Uhren  
für Herren in Nickel . . von 3.- M. an  
do. in Silber mit Goldrand " 7.- " "  
do. in Stahl . . . . . " 4.- " "  
do. in Gold m. prima Werk " 32.- " "  
Echte Gen'er Chronometer massiv,  
14 karat. Gold mit Sprungdeckel  
von 110.- M. In Silber v. 35.- " "  
Repetieruhren massiv, 14 kar. Gold  
mit Sprungdeckel . von 150.- " "

Schweizer Remontoir-Uhren  
für Damen in Silber . . von 7.- M. an  
do. in Stahl . . . . . " 7.- " "  
do. in Gold . . . . . " 13.- " "  
Silb. Uhren mit silb. Broschen " 8.- " "  
Gold. Uhren mit Broschen " 19.- " "  
Uhren m. Brill. 14 kar. Gold " 40.- " "  
14 kar. Gold, echte Gen't. Savonette-Uhren,  
Anker, 15 Rubis u. Chronometer 80 M.  
Emaill.-Uhren à la Vateau in Gold v. 20 M. an

In gestempeltem Gold.  
Ringe . . . . . von 0.75 M. an  
Broschen . . . . . 3.25 " "  
Ohrringe . . . . . 1.25 " "  
Armbänder . . . . . 12.- " "  
Lange Fächerkotten  
mit Schieber . . . . . 12.50 " "  
Herrenkotten, p. Gramm . . 2.- " "  
Nadeln . . . . . 1.50 " "  
Herzen . . . . . 3.80 " "

In gestempeltem Silber.  
Börsen . . . . . von 1.50 M. an  
Serviettenring u. Messer " 1.50 " "  
Armbänder . . . . . " 1.00 " "  
Broschen . . . . . " 0.30 " "  
Ohrringe und Ringe . . . . . " 0.40 " "  
Ketten . . . . . " 2.50 " "  
Zigarrenotis . . . . . " 6.- " "  
Dosen v. 2.75, Riechflakons " 1.- " "  
Stöcke von 2.50, Griffe " 1.50 " "

Ausser Obigem habe alle Waren von den billigsten bis zu den allerfeinsten Genres. Brautringe kosten das Gramm Gold 2 M. Altes Gold und Silber,  
Uhren nehme in Zahlung. Neuanfertigung. Reparaturen in eigener Werkstatt. Ich habe zwei eigene Geschäfte in der Schweiz.

Friedrich Sedlatzek, Berlin W. 5, Friedrichstr. 196, zwischen Leipziger und Krausen-Strasse.

